

Gegen Spardiktate und Nationalismus

Reisetagebuch:
Dritte Solidaritätsreise
nach Griechenland,
Herbst 2014



Inhalt

Vorbemerkung: Der Ausgang der Parlamentswahlen in Griechenland und die Basisbewegungen	5
Erste Eindrücke vom griechischen „Aufschwung“, von dem die Medien in Deutschland erzählen	7
Im Hotel Exarchion, über den Dächern Athens	8
Gedenken an Pavlos Fysass	9
Rede zum Gedenken an Pavlos Fyssas, gehalten von Rolf	9
Besuch im Arbeitslosenzentrum Perama	12
Solidarity4all	13
Besuch beim Flüchtlingsnetzwerk Diktio	16
Antifaschistische Koordination	24
Der Sieg der kämpfenden Putzfrauen	26
Besuch bei Basisgewerkschaften	27
Treffen mit den Metro-GewerkschafterInnen	29
Gespräch mit Vivi von der Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten im Athener Krankenhaus Evangelos	32
Eindrücke: gewerkschaftlicher Widerstand in Athen	33
Wenn du Recht bekommst, wirst du entlassen	33
Die kämpfenden LehrerInnen sind müde	34
Treffen mit entlassenen Schulwächtern	35
Empfang bei der PAME	36
Die Gruppierung „Kommunisten-Arbeiterkampf“	39
Treffen mit Kostas und Tassos von den Naturfreunden	43
Syriza – eine Systempartei?	44
Tribunal gegen die Troika?	45
Reisenotizen von Angela	46
Unsere Veranstaltung im Polytechnikum	48
Die Reise nach Livadia, Agios Nikolaos und Distomo	
Arbeiterzentrum Livadia	51
Aluminiumhütte	52
Distomo	55
Selbstverwaltung bei VIO.ME	56
Solidarische Klinik in Thessaloniki	57
Keine Drogen auf dem besetzten Ifanetgelände	59
ertopen in Thessaloniki	60
Interview mit der Zeitung der Redakteure	
Was für ein trojanisches Pferd?	61
SOS Chalkidiki	64
Spendenbericht	70

„Zuallererst möchte ich hier in Griechenland im deutschen Namen um Entschuldigung bitten für die Erpressungsversuche aus Berlin zu den Wahlen in Griechenland – „entweder ihr wählt wen wir wollen oder GREXIT“. Im deutschen Strafrecht kennen wir dafür den Begriff der Nötigung (§ 214 StGB), hier begangen von Leuten, die dauernd das Wort von den demokratischen Werten im Munde führen. Und ich beglückwünsche das griechische Volk, dass es den Anweisungen aus Berlin nicht gefolgt ist („δεν συνεμορφώθη προς τας υποδείξεις...“) und die 40jährige korrupte Herrschaft von ND und PASOK beendet hat, den Parteien, die die Krise herbeigeführt und das Land in die Misere geführt haben. Mein Glückwunsch gilt auch diesem Sender hier, der ERT 3, der jetzt darauf hoffen darf, dass sein 18 Monate währender Kampf für ein demokratisches, freies öffentliches Fernsehen von Erfolg gekrönt wird.“

Eberhard Rondholz am Wahlabend in einer Diskussionsrunde bei ERT 3 in Thessaloniki

Vorbemerkung:

Der Ausgang der Parlamentswahlen in Griechenland und die Basisbewegungen

Bereits während der vorletzten Solidaritätsreise im September 2013 charakterisierten viele unserer GesprächspartnerInnen die „Regierung Samaras als das schlimmste Regime nach dem Sturz der Obristen-Diktatur 1974“. Unser Besuch im September letzten Jahres stand im Zeichen der Hoffnungen und Erwartungen auf ein frühzeitiges Ende der verhassten Regierungskoalition aus ND und PASOK. Diese Hoffnungen gingen in Erfüllung. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 25. Januar 2014 wurde SYRIZA mit Abstand die stärkste Partei. Die faschistische „Goldene Morgenröte“ zog zwar wieder mit über 6 % ins Parlament ein, ihr weiterer Aufstieg konnte allerdings zunächst gebremst werden. Dennoch, sie wurde zur drittstärksten Partei im Parlament und wartet auf ein Scheitern der neuen Regierung, wovon sie sich einen gewaltigen Auftrieb erhofft.

Während sich in Mittel- und Nordeuropa die politischen Kräfteverhältnisse nach rechts verschieben, gab es in Griechenland einen kräftigen Linksruck. Dies ist in erster Linie den zahlreichen Initiativen der Selbsthilfe und den Aktivitäten der Basisgewerkschaften zu verdanken. Ohne die gelebte Solidarität, beispielsweise in den sozialen Gesundheitszentren, ohne die vielfältigen Formen des Widerstandes wären sicherlich mehr verarmte und enttäuschte WählerInnen den faschistischen Demagogen auf den Leim gegangen. SYRIZA verdankt seinen Wahlerfolg wesentlich dem unermüdlichen Einsatz der unzähligen AktivistInnen aus dem sozialen und politischen Widerstand im ganzen Lande. Einige von ihnen durften wir während unserer Solidaritätsbesuche kennen lernen.

Über ihr Engagement und ihre Projekte wollen wir mit diesem Reisebericht informieren.

Mit der Bildung der neuen Regierung werden die vielfältigen Initiativen der sozialen Selbst- und Nachbarschaftshilfe und des politischen Widerstandes nicht überflüssig. Ganz im Gegenteil – ihre Möglichkeiten der politischen und außerparlamentarischen Mobilisierung entscheiden mit darüber, ob SYRIZA dem Druck seiner äußeren und inneren Feinde standhalten kann. Dieser Druck ist enorm, wie die Reaktionen auf die ersten Beschlüsse der neuen Regierung zeigen. Die EU-Administration in Brüssel und die große Koalition in Berlin beharren auf der Erfüllung der Abmachungen, die man der alten Samaras-Regierung so reibungslos diktieren konnte. Sie drohen dem verschuldeten Land mit ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Erpressungsinstrumenten. Zeitgleich werden wir Zeuge einer medialen Hetzkampagne gegen die unbotmäßige Regierung. Das griechische Beispiel soll auf keinen Fall Schule machen.

Mit den ersten Maßnahmen versucht die durch SYRIZA geführte Regierung die ärgsten Folgen der sozialen und demokratischen Demontage zu beseitigen. Die Tarifautonomie, d.h. das Tarifvertragswesen, wird wieder hergestellt. Die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Betriebe und Leistungen wurde ausgesetzt. Die Gesundheitsversorgung für alle, auch für die drei Millionen aus jeglicher Sozialversicherung gedrängten Menschen, soll wieder in Kraft treten. Der Mindestlohn und die Minirenten werden angehoben. Dies ist ein glatter Bruch mit der Austeritätspolitik, wie sie den Ländern der EU auf Betreiben der Bundesregierung verordnet wurde.

Die Konstrukteure und Nutznießer der Austeritätspolitik – in Europa als auch in Griechenland selbst – werden alles daran setzen, dem linken Aufbruch ein Ende zu bereiten bevor er in Spanien, Portugal, Italien oder anderen Staaten der EU Nachahmung findet. Die



Eberhard Rondholz und Ulrike Eifler bei unserem Besuch von „ertopen“ in Athen

herrschende Klasse in Griechenland, an deren Spitze ein gutes Dutzend Familien stehen (Reedereien und Bauunternehmen), kontrolliert über ihre privaten Medien nicht nur die Presselandschaft. Ihre engen Beziehungen in den Staatsapparat – in Justiz, Polizei, Militär, Geheimdienst, als auch in die Steuerbehörden – wird sie nutzen, um ihre bisherigen Privilegien zu sichern. Bisher waren diese Familien entweder von Steuerzahlungen befreit, wie beispielsweise die Reeder, oder sie blieben von der Steuerfahndung verschont. Die Privilegien, die Steuerhinterziehung und die Korruption will die neue Regierung bekämpfen. Die griechische Oligarchie wird alles daran setzen, eine Regierung, die ihre Macht beschneidet, möglichst rasch zu beseitigen.

Im Rahmen der Troika gehören vor allem die Bundesregierung und die Mainstream-Medien in Deutschland zu den Scharfmachern im Kampf gegen den Regierungswechsel in Griechenland. Mit dieser Broschüre wollen wir der Desinformation und Hetze der Medien und den Erpressungsversuchen der Bundesregierung entgegentreten. Denn, ob dieser erste hoffnungsvolle Aufbruch seit Jahrzehnten Erfolg haben wird, entscheidet sich nicht allein in Griechenland, sondern auch bei uns in Deutschland.

Change Greece – Change Europe – Change for all!

Erste Eindrücke vom griechischen „Aufschwung“, von dem die Medien in Deutschland erzählen:



Auf dem Weg von unserem Hotel im Viertel Exarchia zum Ausweichhotel am Omonia-Platz, ungefähr 10 Minuten Weg, zählte ich 87 geschlossene und aufgegebene Geschäfte. Vassia, Athener Lehrerin, dazu: „Athen ist eine sterbende Stadt.“

Szenenwechsel: Nobelviertel im Norden von Athen. Auf der Hauptstraße teure Geschäfte, Badeaccessoires, Möbel, Auto-paläste, hin und wieder ein leeres Geschäft, auf der Straße Stau, SUVs, BMW-Cabrios, Mercedesse. Eine völlig andere Welt. Regierungspräsident Samaras: „Ich bin von den 18% Mittel- und Oberschicht gewählt worden, denen bin ich verantwortlich.“

Eine Frau aus dem Bürgertum, die Deutsch-Privatunterricht gibt, sagt, dass sie letztes Jahr im Winter halb geheizt habe, im kommenden Winter werde sie wahrscheinlich gar nicht mehr heizen können. Und dies, obwohl sie und ihre Töchter, die bei ihr leben, Geld verdienen.

Jennifer, die für uns übersetzt, lebt in einem Mehrfamilienhaus. Dort wurde im letzten Winter abends von 19 bis 21 Uhr geheizt. Die Hoffnung ist, dass es dieses Jahr etwas besser wird, weil der Heizölpreis gesunken ist.

Eine Musikerin, die beim Rundfunkchor des öffentlichen Senders ERT angestellt war und mit der Schließung des Senders entlassen wurde, schluckte jetzt die bittere Pille und verdingte sich beim neugegründeten Regierungssender. Monatliches Gehalt: 300 €.

Gisela, die letztes Jahr dabei war, war jetzt bei einem Bildungsurlaub mit dem hessischen DGB-Bildungswerk eine Woche hier. Der Unterschied zu vor einem Jahr? Auf der einen Seite sei die Lage der Menschen noch schlechter geworden. Auf der anderen Seite hätten sich die solidarischen Strukturen stabilisiert, hätten eine festere Grundlage.

Abends fahren wir zu einem Festival gegen Rassismus. Als wir aus der Metro aussteigen, sehen wir, wie sich gerade eine Demo der „Goldenen Morgenröte“ mit roten Hakenkreuz- und griechischen Fahnen sammelt. Auf dem Fest gibt es eine Podiumsdiskussion über Medien und die „Goldene Morgenröte“: Dort sind deren Führungsfiguren Popstars. Es wird über ihre Hochzeiten und ihr gesellschaftliches Leben berichtet. Sie wird als ein gleichberechtigter Teil des „pluralistischen Parteienspektrums“ angesehen, der einfach dazu gehört. Der „Schlag“ der Regierung vor einem Jahr, als ein Teil der Führungsriege der „Goldenen Morgenröte“ verhaftet wurde, war nichts als ein Manöver, um Wählerstimmen zu gewinnen und sich international als demokratisch zu präsentieren. Sie werden warm gehalten, weil man sie brauchen kann.

Auf der anderen Seite wird im neuen Regierungssender verboten, dass über die Rede des Syriza-Vorsitzenden Tsipras in Thessaloniki am 1. September auf der größten Industriemesse berichtet wird.

Nach der Ankunft

Athen,

Samstag 27. September 2014



Manfred *Graffiti in Athen*

Im Hotel Exarchion, über den Dächern Athens

Athen,
Sonntagmorgen,
28. September 2014

Wir treffen uns zum ersten Mal als gesamte Gruppe auf dem Dach des Hotels Exarchion. Wir sind diesmal 21, dazu ist auch noch eine Genossin aus Hamburg gestoßen, die für einige Tage in Athen ist. Einige griechische FreundInnen sind gekommen, die wir die letzten Male kennengelernt haben. Wir besprechen unser geplantes Wochenprogramm, was trotz der großen Teilnehmerzahl gelingt. Zahlenmäßig sind wir sicher am Rand angelangt, auf der anderen Seite zeigt sich, dass die praktische Griechenland-Soli-Arbeit es möglich macht, dass ein breites Spektrum von Menschen zusammen ein gemeinsames Projekt verfolgen kann. Es sind Aktive aus Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, Naturfreunden, selbstorganisierten Projekten, der Hausbesetzerszene dabei und die politische Farbenpalette umfasst viele Schattierungen zwischen Tieftrot und Anarchoschwarz. Alle sind bereit ihre politischen „Alleinstellungsmerkmale“ hinter sich zu lassen und die gemeinsame Sache in den Vordergrund zu stellen. Anders geht es heute auch nicht (mehr).

Manfred



Gedenken an Pavlos Fyssas

Am 18. September war der einjährige Todestag des antifaschistischen athener Rappers Pavlos Fyssas, der hinterrücks und brutal von zwei Faschisten der Goldenen Morgenröte ermordet wurde. Leider konnte unsere Gruppe an der großen Kundgebung zum Jahrestag nicht teilnehmen, da die meisten von uns erst am Sonntag den 28. September 2014 in Athen eintrafen. Kaum hatten wir im Hotel eingchecked, wollten wir sofort wieder los und fuhren nach Keratsini, dem Stadtbezirk nahe Piräus, wo die schändliche Tat begangen wurde.

Zur Erinnerung an Pavlos und im Gedenken an seinen Kampf gegen den Faschismus ist eine Gedenktafel errichtet worden. Unter einer Büste von Pavlos befindet sich eine von beiden Seiten beschriebene Marmortafel, auf der hinteren Seite ist eine Textstelle aus einem Song von Pavlos eingraviert, die Georgios übersetzte:

„Wenn du Druck hast, dann ist jeder Tag gut und schön zum Sterben, stehend zu sterben und den Blick auf die Öffentlichkeit. Bin Pavlos Fyssas, Grieche aus Perama, wir alle wissen, was das bedeutet, und zwar ohne Faschismus.“

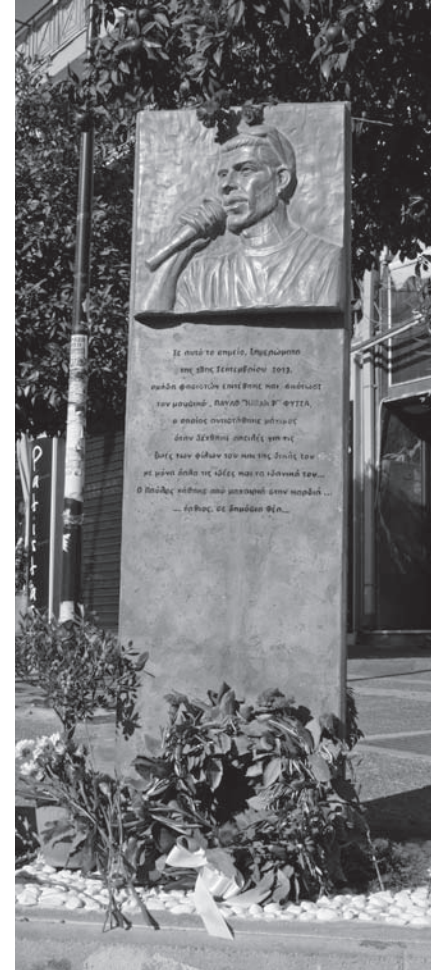
Pavlos kämpfte, aber sein Kampf folgte einem anderen Kredo als dem seiner Mörder, seine Waffen waren Worte, Reime und Bilder. In seinen Texten und Liedern verarbeitete er Erfahrungen, die er uals Teilzeitarbeiter im Hafen Peramas sammelte. Und so erinnert die Tafel: *„Pavlos hatte gekämpft, auch als er und seine Freunde bedroht wurden, doch seine einzige Waffe waren Ideen und Ideale.“*

Zu unserer spontanen Kundgebung gesellten sich ein paar Passanten. Während einige von uns ein Transparent hielten: „Nein zu Spardiktaten und Nationalismus – internationale Solidarität.“, hielt Rolf eine hingebungsvolle und bewegende Rede: eine Mahnung an das, was resultieren kann, wenn faschistische Gewalt banalisiert und nicht bekämpft wird, so wie Pavlos gekämpft hatte. Denn das Schweigen kann der Vorreiter für weitere faschistische Verbrechen sein.

So erinnerten dieses und letztes Jahr Graffitis daran, dass, wenn die Bevölkerung bei den Morden an den MigrantInnen sich empört hätte, Pavlos nicht gestorben wäre.

Doro

Athen, Keratsini,
Sonntagnachmittag,
28. September 2014



Rede zum Gedenken an Pavlos Fyssas, gehalten von Rolf

Wenig mehr als ein Jahr ist es her, dass wir uns hier zusammenfanden, wenige Tage nachdem Pavlos Fyssas hier an dieser Stelle von den Faschisten der „Goldenen Morgenröte – Chrysi Avgi“ ermordet wurde. Blumen über Blumen damals, heute auch diese Stele zu seinem Gedenken.

*„Wenn es der Tod ist
kommt er immer nur
als Zweiter
Immer an erster Stelle
steht die Freiheit“ – Giannis Ritsos*

Pavlos Fyssas, hier in Griechenland auch als Killah P. bekannt, Rapp- und Hip-Hop-Sänger, engagierter Antifaschist und Mitglied der linken Partei Antarsya – für ihn stand wie für

Ritsos, an erster Stelle die Freiheit: Freiheit von Unterdrückung, Ausbeutung, Sklaverei und Fremdherrschaft über die Bevölkerung seines Landes. Anders als für Ritsos hatte musste er das Eintreten für seine Überzeugungen mit dem Leben bezahlen. Ritsos Dichtung wurde an diesem Ort blutige Wirklichkeit.

*„Ich werde nicht weinen,
werde mich nicht fürchten.
Die mir mit glühenden Ketten drohen,
sollen wissen, dass ich ohne Furcht bin“ –*

sang Pavlos Fyssas in einem seiner letzten Lieder. Ob er wirklich furchtlos bleiben konnte, als der Mörder auf ihn einstach – wir wissen es nicht. Aber wir wissen heute in etwa, was am Abend des 17. September vergangenen Jahres an dieser Stelle geschah – die Versuche von Polizei und Behörden, den Mord als Folge einer Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Jugendgruppen darzustellen, wurden durch das Eingreifen einer jungen Polizistin, die, anders als ihre passiven männlichen Kollegen, zur Waffe griff und den Täter stellte, zunichte gemacht. Die Welle der Empörung einer breiten Öffentlichkeit in ganz Griechenland bewirkte, was längst hätte geschehen müssen: das – zumindest vorläufige – Durchgreifen von Justiz und Regierung gegen die Führung der Goldenen Morgenröte – einer Regierung, die die Faschisten bis dahin nicht nur geschont hatte, sondern bereit war mit ihnen zusammenzuarbeiten, falls Syriza zu stark würde.

Wir stehen heute vor einer anderen Situation als vor einem Jahr, beobachten mit Sorge das Anwachsen faschistischer Parteien in ganz Europa, in äußerster Form seit dem – von der deutschen Bundesregierung massiv geförderten – Anschluss der Ukraine an Westeuropa. Sie, die Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte ständig auf ihre Fahnen schreibt, hat sich, in Abstimmung mit den USA und anderen Nato-Partnern faschistischer Organisationen bedient, um den gegen Russland gerichteten Umsturz herbeizuführen. Die Gefahr des Faschismus ist von einem griechischem zu einem europaweiten Problem geworden. Was tun, um das weitere Vordringen faschistischer Bewegungen zu verhindern? Ein Hinweis mit Bertolt Brecht, der 1935 schreibt:

„Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun in verschiedenen Ländern (ihre Zahl wächst) ohne Rohheit nicht mehr zu machen. Manche glauben noch, es ginge doch; aber ein Blick in ihre Kontobücher wird sie früher oder später vom Gegenteil überzeugen. Das ist nur eine Zeitfrage...

Die große Wahrheit unseres Zeitalters (mit deren Erkenntnis noch nicht gedient ist, ohne deren Erkenntnis aber keine andere Wahrheit von Belang gefunden werden kann) ist es, dass unser Erdteil in Barbarei versinkt, weil die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln mit Gewalt festgehalten werden. Was nützt es da, etwas Mutiges zu schreiben, aus dem hervorgeht, daß der Zustand, in den wir versinken, ein barbarischer ist (was wahr ist), wenn nicht klar ist, warum wir in diesen Zustand geraten? Wir müssen sagen, dass gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir dies sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Foltern aufrechterhalten bleiben (was unwahr ist).

Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände in unserem Land sagen, dass das getan werden kann, was sie zum Verschwinden bringt, nämlich das, wodurch die Eigentumsverhältnisse geändert werden.“

Wir sehen und erleben, wie hier ein Land der EU ausgeplündert, zu einem Land der Dritten Welt gemacht wird, (noch) nicht mit militärischen, sondern wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen; wird wissen um die Kriege im Zuge der fortschreitenden Einkreisung Russland

und Chinas. Der Zusammenhang: das Kapital hat, wie wir wissen, bei fortschreitender Krise nur zwei Auswege: die gründlichere Ausbeutung vorhandener Märkte, wie wir sie hier bei unseren Besuchen erleben, oder die Erschließung neuer Märkte, das heißt Krieg; selbst die bürgerliche Klasse kommt nicht mehr umhin, das auszusprechen. Sie wollen keinen Krieg, wie Brecht gesagt hat, sie müssen ihn wollen.

Wie unsere Schwäche angesichts der wahrgenommenen Entwicklungen überwinden? Dazu abschließend ein Beispiel: »Solidarity4all«, von uns bislang nur wahrgenommen als griechische Selbsthilfe-Organisation, schafft nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung aus den letzten Tagen Hilfsgüter im Wert von 800.000 Euro mit Hilfe ägyptischer Freunde nach Palästina. Im diesem Bericht der SZ wird eine Mitarbeiterin von Solidarity44all zitiert: „Die Menschen wissen offensichtlich, wie schwer das Leben sein kann und sind daher empfänglich für das Leid anderer.“ Die Kraft der Schwachen: sie, die selber leiden, ganz unten sind, bringen zustande, wozu wir unter gesellschaftlich weit günstigeren Bedingungen noch nicht in der Lage sind.

Bertolt Brecht: „Alle, die über die Mißstände nachgedacht haben, lehnen es ab, an das Mitleid der einen mit den andern zu appellieren. Aber das Mitleid der Unterdrückten mit den Unterdrückten ist unentbehrlich. Es ist die Hoffnung der Welt.“

Lasst uns weitermachen!





Besuch im Arbeitslosenzentrum Perama

Athen,
Sonntagnachmittag,
28. September 2014

Die Arbeitsloseninitiative Perama begrüßte unsere Reisegruppe sehr herzlich. Nachdem mit alten FreundInnen ein kurzer Austausch möglich war, ging es um die Geschichte des Zentrums. Nach dem Ende der Besetzung des Syntagma-Platzes 2010 kamen viele Menschen wieder in ihre Viertel zurück und begannen sich vor Ort zu organisieren. Aus genau diesem Elan entstand das Arbeitslosenzentrum in Perama. Im Zentrum selber sind NachbarInnen verschiedenster politischer Ausrichtungen aktiv, einzig den Neonazis wird die Tür versperrt. Entscheidungen werden auf den regelmäßigen Vollversammlungen getroffen und die AktivistInnen beschreiben sich voller Stolz als einen unabhängigen, basisdemokratischen, selbstorganisierten und solidarischen Zusammenhang. Es geht darum die Anforderungen des Alltags in der Krise gemeinsam zu meistern. Sie halten sich nicht mit der offiziellen Rechtsprechung auf. Ihnen fehlt das Notwendigste zum Überleben, wie Strom und Wasser. Was bleibt da anderes übrig, als es sich zu nehmen? Sie sind kein ideologischer Zusammenschluss, sondern eine soziale und solidarische Nachbarschaftsstruktur. Sie berichteten, dass sie erst gestern eine größere Aktion organisiert hatten, bei der sie Schulmaterialien kostenlos an bedürftige Familien abgaben. Neben der Verteilung des Notwendigsten für den Schulbesuch erkämpften die AktivistInnen, die kostenlose Nutzung der Schulen in der Umgebung zur Verfügung gestellt bekamen. Sie können die Räume nun kostenlos für Nachhilfeunterricht nutzen. Viele LehrerInnen unterstützen die Peramaer Initiative durch ehrenamtliches Engagement.

Wichtig für die Menschen des Zentrums war es immer wieder zu betonen, dass ihre Aktionen sich aus einer Notwendigkeit ableiten. Sie haben keinen „Fahrplan“ der Revolution, sondern schauen, welche Bedürfnisse es in der Nachbarschaft gibt. So stießen sie Anfang des Jahres eine Kampagne mit der Forderung der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs an. Da Arbeitslose durch fehlendes Geld in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt sind, aber auch SchülerInnen auf dem Schulweg aus den Bussen und Bahnen geworfen wurden, da sie keinen gültigen Fahrschein hatten, musste das Recht auf Mobilität anders durchgesetzt werden. Sie bildeten Gruppen, welche Kontrolleure aus den Bahnen und Bussen verwiesen, bildeten größere Fahrgemeinschaften, um nicht von ihnen belästigt zu werden, und nahmen sich damit das Recht kostenlos am Nahverkehr teilzunehmen.



Wir kamen außerdem auf die Situation der Frauen zu sprechen, welche in der Versammlung des Zentrums die Mehrheit bilden. Die Männer erklärten es sich so, dass die Frauen viel schneller begriffen, was diese Krise für ihren Alltag bedeutet. Sie suchten daher neue Formen, um das Überleben ihrer Familien zu sichern. Die Frauen berichteten, dass es mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit auch eine Zunahme von häuslicher Gewalt gebe. Außerdem sei es als Frau noch schwerer in einer Region wie Perama einen Job zu finden. Aber sie möchten gemeinsam mit allen aus der Nachbarschaft neue Perspektiven suchen und ausprobieren, deshalb organisieren sie sich nicht als reine Frauengruppen. Es sei ein Problem der gesamten Gesellschaft.

Aufgeschreckt hat uns die Nachricht, dass die „Goldene Morgenröte“ versucht in Perama ihre erste Gewerkschaftsinitiative aufzubauen. Diese wird von den Reedereien unterstützt, welche sich in der Vergangenheit harte Auseinandersetzungen mit der von dem kommunistischen PAME-Flügel dominierten Gewerkschaft lieferten. Die PAME war zu Zeiten des normalen Werftbetriebs die größte und einflussreichste Gewerkschaftsgruppierung in Perama.

Diese Entwicklung muss auf jeden Fall weiter genauer beobachtet werden.

Carsten

Solidarity4all

Solidarity for all ist seit unserer ersten Griechenlandreise ein wichtiger Ansprechpartner. Das liegt nicht nur an Christos, von dem wir zum ersten Mal von diesem Projekt hörten, als es noch gar nicht existierte. Es liegt auch am Selbstverständnis dieser Initiative: solidarische Netzwerke nicht nur in Griechenland sondern länderübergreifend zu unterstützen und aufzubauen.

Athen,
Montagmittag,
29. September 2014

Es war daher kein Problem, dass unsere Ansprechpartner Christos und Eleni an diesem Tag abwesend waren. Christos war in Deutschland. Eleni, die den Themenbereich Gesundheit betreut, war mit einer Medikamenten-Spendensammlung auf dem Weg nach Gaza. Ihr Kollege Panajiotis, der uns für das Gespräch zur Verfügung stand, erklärte uns das Selbstverständnis und die Arbeitsweise von Solidarity4All. Es gibt keine formale Hierarchie. Entscheidungen werden grundsätzlich in Vollversammlungen gefällt. Solidarity4All arbeitet in den Themenfeldern: Bildung, Gesundheit, Solidarität. Die Aufgabe ist es, Selbsthilfestrukturen, die sich nach dem der Zerstörung der Sozialsysteme und des Lebensstandards gegründeten, zu unterstützen und zu vernetzen. Solidarity for all sorgt für den Informationsfluss in beide Richtungen.

Zur sozialen Situation in Griechenland führten Myrto und Panajiotis aus: Dass es neben den 1,6 Millionen offiziell als arbeitslos gemeldeten Menschen weitere 1,5 Millionen gibt, die unterhalb der Armutsgrenze und noch einmal 1,5 Millionen, die an der Armutsgrenze leben. Das ist die Hälfte der gesamten griechischen Bevölkerung. Auf Grund dieser Situation hat ein Drittel der Griech_innen keine Krankenversicherung mehr. Es geht weiter bergab: Es sollen weitere 1,5% der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst abgebaut werden.

Die Arbeit der Selbsthilfe-Strukturen und auch von Solidarity4All hat sich stabilisiert und ist bekannter geworden. Die insgesamt 17 solidarischen Arztpraxen in Athen haben sich in

einer Koordination vernetzt. Auf ihren regelmäßigen Treffen erarbeiten sie die politischen Forderungsgrundlagen an das Gesundheitswesen. Auf die Frage nach den Ressourcen der solidarischen Kliniken verwiesen sie darauf, dass Ärzte und das übrige Personal ausschließlich ehrenamtlich dort arbeiten. Die Medikamente werden meist von Apotheken gespendet. Bei der Medikamentensammlung für Gaza kamen innerhalb von 14 Tagen Medikamente im Wert von 840 000 € zusammen.

Zur Lebensmittelverteilung in den Stadtteilen fand im März eine Konferenz statt, um das Netz von Bauern) und Verbrauchern ohne Zwischenhandel auszubauen. Die 340 Initiativen, die solidarity for all in eine Landkarte Griechenlands eingetragen hat, arbeiten stabil. Es gab zwar keine Zunahme der Anzahl der Initiativen, aber eine qualitative Verbesserung. An der Konferenz nahmen 27 Projekte aus Attika (dem Athener Großraum) teil und 12 aus dem Rest des Landes. Nach Umfragen auf der Konferenz sind 540 Menschen direkt an der Lebensmittelversorgung und Verteilung beteiligt. Dazu kommen noch mal 605 Unterstützer_innen und 545 Leute, die im weiteren Umfeld beteiligt sind. Wegen des politischen Charakters der Initiativen gibt es Angriffe der Faschisten.

Stress gibt es auch von staatlicher Seite durch die Gewerbeaufsicht, die mit Hygienevorschriften argumentiert und mit fehlenden Handelslizenzen. In Tessaloniki wurde der Direkthandel mit Geldstrafen von 1500 – 2000€ unter Druck gesetzt. Weitere Anzeigen drohen, weil die Kommunen das Feld des Direkthandels selbst besetzen wollen. Es gab einen Streik der Wochenmärkte, der sich gegen ein neues Gesetz zur Neuregulierung der Lizenzgebühren für Wochenmärkte richtet. Mit diesem Gesetz soll der Direktverkauf eingeschränkt werden. Die Lizenzen sollen direkt vom Ministerium und nicht mehr von den Gemeinden vergeben werden.

Die Landwirtschaft in Griechenland ist durch Bauern geprägt, die maximal 200-300 Hektar besitzen. Ein Teil ist in konventionellen landwirtschaftlichen Genossenschaften organisiert, die von Korruption und Klientelismus der jeweiligen Regierung geprägt sind. Eine Ausnahme bildet der Baumwollanbau durch Großbauern, deren Kosten durch EU-Subventionen abgedeckt sind. Die Kleinbauern haben ein ökonomisches Interesse an der Ausschaltung des Zwischenhandels, der die Erzeugerpreise drückt. Die Preisunterschiede betragen bis zu 100%.

2% des Erlöses führen die Beteiligten beim Direktverkauf an die Selbstversorgungsinitiativen ab, was bei 1900 Euro etwa 40 Euro sind. Solidarische Genossenschaften gibt es nur in Ansätzen. Die Frage ist, wie sich diese verbreitern können.

Die Grundlage bei der Direktversorgung mit Lebensmitteln ist, die Bedürftigen bei der Organisation der Arbeit einzubeziehen.

Solidarity4All finanziert die Projekte nicht, sondern gibt nur logistische Unterstützung. Kriterien für die Zusammenarbeit mit Projekten sind, dass sie nicht rassistisch und selbstorganisiert sind. Entstanden ist die Idee von Solidarity4All in der Bewegung der Platzbesetzungen (occupy).

Die Einschätzung von Solidarity4all, ist dass der Staat langfristig die Projekte der Selbstorganisation nicht zulassen kann. Sie untergraben die Grundlage bürgerlichen Privateigentums. Deshalb muss solidarity4all sich zukünftig auf Repressionen einstellen. Sie gehen davon aus, dass eine gesellschaftliche Kultur des Zusammenhalts entwickelt werden muss und stimmen darin mit Syriza überein. Die Entwicklung innerparteilicher Demokratie wird aufgrund der Erfahrungen bei der Kandidat_innenaufstellung sehr kritisch gesehen. Das

Konzept von parteiähnlichen Organisationen sei abgenutzt und verbraucht. Man erreicht viele Menschen nicht mehr damit. Deshalb betont solidarity4all seine Unabhängigkeit.

Im Experiment der Selbstorganisation entstehen Grundzüge einer neuen solidarischen Gesellschaft. Wenn die solidarische Klinik von Elleniko Gesundheitsversorgung für 20 Tausend Menschen organisieren kann, zeigt dies, dass es funktionieren kann. Die Organisation von Strukturen auf praktischer sozialer Ebene bietet viel mehr Möglichkeiten der Beteiligung. Die sozialen Bewegungen können politische Organisationen und Institutionen unter Druck setzen. Was die Formen demokratischer Organisation betrifft, sind bei den Platzbesetzungen von Syntagma, plaza del sol in Spanien und anderen neue Formen der Demokratie entwickelt worden. In Griechenland sind es die klassischen Bilder von Autoritäten in den Dörfern Arzt – Pope – Lehrer, die sich verändern. Es gibt in einigen Gemeinden linke Bürgermeister, dort wird versucht zusammen zu arbeiten.

Die Perspektiven der Entwicklung der griechischen Wirtschaft sind sehr ungünstig. Eine Ursache ist die Agrarpolitik der EU. 75% der Lebensmittel werden importiert, dagegen wird die Produktion griechischer Baumwolle von der EU subventioniert. In Griechenland hat parallel dazu eine Entindustrialisierung stattgefunden. Tomatenkonservenfabriken wurden geschlossen. Was das Land an Bodenschätzen besitzt, wird privat ausgebeutet. Nur sehr vereinzelt entwickeln sich kollektive Strukturen in der Landwirtschaft.

It's a long way to go!

Hans



Besuch beim Flüchtlingsnetzwerk Diktio

Athen,
Dienstagnachmittag,
30. September 2014

Achim erwartete uns bereits in der Tsamedoustr. 13 und führte uns in den Garten nebenan, wo wir erst einmal von Mücken zerstoichen wurden. Nachdem wir beschlossen hatten, den Mücken den Kampf anzusagen und dennoch zu bleiben, stellte Carsten unsere Gruppe vor und übergab die Fotos zu einer Ausstellung über die Flüchtlingsproteste in Berlin. Er erläuterte, dass uns der Kontakt zu Flüchtlingsselbsthilfegruppen wichtig ist und wir uns gerne mit ihnen vernetzen möchten.

Nasim war als Vertreter des Netzwerks zur sozialen Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten gekommen, Achim als Vertreter des Netzwerkes für die politischen und sozialen Rechte.

Achim ist seit 24 Jahren in Athen und seit 21 Jahren im Diktio-Netzwerk organisiert. Im Zentrum „Diktio“ treffen sich unterschiedliche Gruppen, es ist ein eher loser Zusammenschluss; es gibt Gruppen in Athen, Thessaloniki und Volos. Die Haupttätigkeitsfelder sind Repression und Migration. Die soziale Frage sowie Umweltfragen sind erst in letzter Zeit hinzugekommen. Die Mitglieder definieren sich als antikapitalistisch, antinationalistisch, antifaschistisch und antirassistisch.

Einige arbeiten bei Syriza mit. Die Mehrheit steht Syriza wohlwollend gegenüber. Sie meinen, wenn es zu einer von Syriza geführten Regierung käme, dann könnte das dazu führen, dass einige Freiräume entstehen, die ihnen die politische Arbeit erleichtern. Und es könnte dazu führen, dass es weniger Repression gibt und dass die Migranten und Flüchtlinge nicht mehr so scharfen Angriffen ausgesetzt sind, wie das zurzeit der Fall ist.

Übereinstimmende Meinung im Diktio ist, dass all das aber nur gelingen kann, wenn eine oder mehrere starke Bewegungen das auch vehement auf die Straße bringen, denn sonst wird eine von Syriza geführte Regierung möglicherweise dasselbe Schicksal erleiden, wie das in Italien der Fall war: Sie wird nach rechts rücken, wird „mit den Gegebenheiten umgehen“ müssen und dann wird das ganze Projekt irgendwann scheitern. Deswegen würde es entscheidend sein, dass Bewegungen das Ganze unterstützen.

Nasim stellte das Netzwerk zur sozialen Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten vor. Das Netzwerk existiert seit knapp 20 Jahren und kümmerte sich in den 1990er Jahren überwiegend um die Migranten aus den Balkanländern. Es ging damals hauptsächlich um die Legalisierung und um die Bekämpfung des Rassismus. Seit 2000 kommen immer mehr Flüchtlinge aus Afrika und Asien. Daher ist der Schwerpunkt ihrer Arbeit momentan gegen das unmenschliche Grenzregime, die Abwehr von Flüchtlingen an der Grenze zur Türkei und die Internierungslager, in die Flüchtlinge und andere eingesperrt werden.

Seit 18 Jahren organisiert Diktio jährlich ein antirassistisches Festival, das mittlerweile in vielen Städten Griechenlands stattfindet. 1999 wurde die Schule für Migranten eröffnet, in der unentgeltlich Griechischunterricht erteilt wird und in der es nicht nur darum geht, die Sprache zu lernen, sondern auch den Kontakt untereinander zu verbessern und herzustellen. Es gibt im ersten Stock ein Sozialzentrum für Migranten („Steki Metanaston“), in dem verschiedene Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden, die dazu dienen sollen, das Zusammenleben der migrantischen Gruppen untereinander, aber auch der Migranten und der Griechen zu verbessern.

Ihre Arbeit basiert auf der Zusammenarbeit mit anderen antirassistischen Gruppen und es gibt eine gesamtgriechische Koordination, die sich mit Fragen des Rassismus und der

Migration befassen. Sie arbeiten mit der Gruppe der Rechtsanwälte für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten zusammen, die sich im Diktio um die Fragen der Flüchtlinge kümmert. Nasim ist zuständig für die Gruppe, die die Migrantinnen und Migranten berät.

Die Arbeit ist in letzter Zeit immer schwieriger geworden, da immer mehr Menschen ins Diktio kommen, die keinerlei Unterstützung von irgendeiner Stelle erhalten. In der Beratung geht es dann um ganz grundlegende Fragen: Woher bekomme ich etwas zu essen, wo finde ich einen Platz zum Schlafen?

Die Repression hat zugenommen. Nasim nennt als Beispiel die Aktion der Polizei „gastfreundlicher Zeus“, bei der mehrere Tausend Menschen, die irgendwie wie Migranten oder Flüchtlinge aussahen, überprüft und in Internierungslager gesteckt wurden.

Es ist schwierig, langfristige Kontakte zu knüpfen, da die meisten Geflüchteten Griechenland als Durchgangsland betrachten und eigentlich so schnell wie möglich weiter reisen wollen – nach „Europa“. Mit „Europa“ sind die nördlichen Länder wie Deutschland oder Frankreich gemeint. Griechenland wird als erste Station auf der Flucht nach Europa angesehen.

In der anschließenden Diskussion beantworteten Nasim und Achim unsere Fragen.



*Diskussionsrunde
Achim (links)*

Ist Griechenland wirklich ein Durchgangsland oder eher eine Sackgasse?

Die Faschisten behaupten, es wären zwei Millionen Flüchtlinge in Griechenland. Nach Schätzungen befinden sich allerdings ca. 200.000 bis 300.000 Personen ohne Papiere in Griechenland.

2004 ist eine Legalisierung von 550.000 der in Griechenland lebenden Flüchtlinge erfolgt, bei insgesamt 1.000.000 Menschen ohne Papiere. Die Zahl der Flüchtlinge ist seitdem aufgrund der Krise gesunken. Einige haben in anderen Ländern Asylanträge gestellt, weil sie wussten, dass zurzeit diejenigen, die in „Europa“, also außerhalb Griechenlands, Asylanträge stellen, nicht nach Griechenland zurückgeschickt werden. Viele sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt, insbesondere in die, die jetzt EU-Länder sind. Von dort wanderten sie

weiter in andere EU-Länder, wie Großbritannien. Von denen, die keine Papiere hatten, sind relativ viele in ihre Heimatländer zurückgegangen, da sie von der „Internationalen Organisation für Migration“ Geld erhielten, wenn sie ihre Asylanträge zurücknahmen.

Für viele Leute ist und war Griechenland eine Sackgasse, weil sie kein Geld haben. Früher kostete ein rumänischer Pass 600 bis 800 Euro, heute sind es 3.000 bis 4.000 Euro, da die Kontrollen am Flughafen in Griechenland verschärft wurden und dadurch die Anforderungen an die Qualität der Pässe gestiegen sind. Europäische, übrigens auch deutsche, Beamte kontrollieren bereits auf den griechischen Flughäfen die Pässe. Die gefälschten Pässe müssen von guter Qualität sein. Und das Geld für die Pässe haben die meisten nicht und dann haben sie ein Problem.

Es gibt auch nach wie vor Leute, die es über Patras versuchen, die versuchen, mit den LKWs raus zu kommen. Aber es ist ganz schwierig geworden, weil die LKWs sowohl in Italien als auch in Griechenland gut kontrolliert werden, mit Spürhunden und Durchleuchtungsgeräten. Trotzdem gelingt es immer wieder einigen, irgendwie weiterzukommen. Vor zwei Jahren sind viele dabei umgekommen, dass sie sich unter den LKWs versteckt hatten: Der LKW fuhr bei der Kontrolle über ein Gerät hinweg, das einen Herzstillstand auslösen konnte.

Was passiert mit den Menschen, die in Griechenland ankommen?

Die Leute, die nach Griechenland gelangen, kommen über die Türkei. Früher kamen sie über den Norden. Die Grenze zur Türkei verläuft am Fluss Evros. Es gab die Möglichkeit, den Fluss über eine Brücke zu überqueren und über Land einfach nach Griechenland zu gehen. Das ist seit drei Jahren nicht mehr möglich, weil ein hoher Zaun mit einem tiefen Graben den Weg versperrt.

Wenn die Menschen jetzt über den Fluss kommen, werden ganz viele abgefangen und wieder zurückgeschoben, was als „Landpushback“ bezeichnet wird. Sie werden in Schlauchboote gesetzt und auf die andere Seite wieder zurückgeschoben. Das sind aber sehr viel weniger geworden. Die meisten kommen über das Meer, mit Schlauchbooten, im Sommer 100 Menschen jeden Tag. Sie landen zuerst auf einer Insel und dürfen nur dann auf die Fähre zum Festland, wenn sie Papiere haben. Sie melden sich also bei der nächsten Behörde und werden dann in Lager gesperrt, für Wochen, Monate, im schlimmsten Fall bis zu einem Jahr. Dort werden sie erkennungsdienstlich behandelt und erhalten einen Zettel, auf dem steht, dass sie das Land innerhalb von 30 Tagen verlassen müssen. Mit diesem Zettel gehen sie auf die Fähre und reisen nach Athen. Dort landen sie ohne alles, ohne Geld, ohne Unterkunft, ohne Papiere und sollen das Land innerhalb von 30 Tagen verlassen. Was aber nicht geht. Dann versuchen sie sich irgendwie durchzuschlagen, geraten in eine Polizeikontrolle, kommen in eines der Internierungslager. Die Höchstgrenze der Dauer der Inhaftierung war mal 18 Monate, laut Europäischem Recht. Die griechische Regierung hat sich einen Trick einfallen lassen, um diese Höchstgrenze zu umgehen: Sie könne die Leute nicht in die Freiheit entlassen, da sie dann ja gefährdet wären. Also müsse sie sie „zu ihrem eigenen Schutz“ länger im Internierungslager, in „Schutzhaft“, behalten. Wer da rauskommt, ist wieder in der gleichen Lage, gerät wieder in eine Polizeikontrolle und wieder in ein Lager. Bei Diktio haben sie Leute kennengelernt, die diese Prozedur zehn Mal durchgemacht haben. Die Zustände in den Lagern sind gottserbärmlich.

Diejenigen, die Asylanträge stellen, können auch in diese Lager kommen. Es stellen aber nur ganz wenige Leute Asylanträge, weil sie ja gar kein Asyl in Griechenland haben wollen, sondern in andere Länder weiterreisen wollen, weil dort ihre Verwandten sind. Man kann über diese Verwandten (Dublin 2) in andere Länder kommen, aber nur zu nahen Verwand-

ten. Also stellen die Leute erst gar keine Asylanträge, sondern versuchen, irgendwie aus Griechenland wegzukommen. Sie lassen sich von Verwandten Geld anweisen und versuchen, mit einem falschen Pass über den Flughafen weiterzukommen.

Wie viele Leute sind bei euch aktiv und wie viele lassen sich beraten?

Jeden Tag kommen sehr viele Leute. Die meisten, die kommen, erhalten von offizieller Seite keine Hilfe. Die Organisationen, die Hilfe anbieten, werden nicht offiziell unterstützt. Der griechische Flüchtlingsrat hat eine Prioritätenliste: Die ersten, die aufgenommen werden, sind Familien mit Kindern. Für den Rest ist kein Platz, sie haben überhaupt keinen Zugang zu diesen Institutionen. Sie kommen bei Diktio vorbei oder rufen aus den Internierungslagern an. Eine andere Gruppe, die zu ihnen kommt, sind die Opfer rassistischer oder polizeilicher Gewalt. Andere kommen, weil sie was zu essen oder eine Schlafmöglichkeit benötigen. Es werden 10 bis 20 Leute am Tag beraten. Aber sie wollen natürlich keine staatlichen Institutionen ersetzen, keine Arbeit machen, für die andere bezahlt werden. Sie müssen eine Auswahl treffen, wen sie intensiver beraten, weil sie gar nicht genug Anwälte für alle haben. Natürlich erhalten alle Informationen, wo sie sich hinwenden können und was sie tun können.

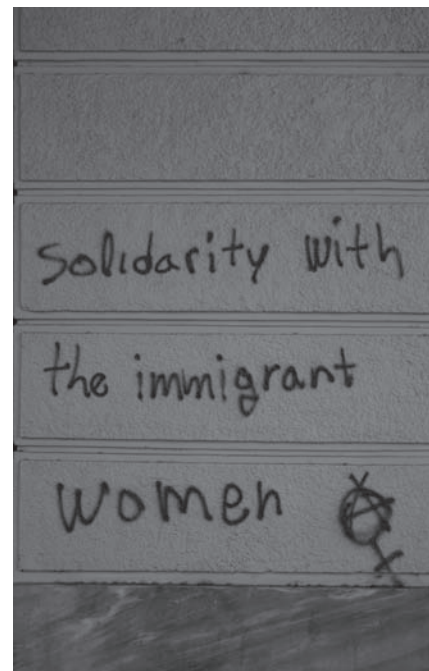
Die Anwälte arbeiten unentgeltlich. Das sind zum großen Teil junge Kollegen und Kolleginnen. Die Arbeit ist sehr aufreibend. Sie übernehmen die Fälle, an denen sie auch politisch weiter arbeiten wollen. Es kommt ihnen dabei darauf an, exemplarisch etwas politisch oder rechtlich zu klären, um dann auch in einigen Fragen Fortschritte zu erzielen. Es gab auch Fälle, die sie vor den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht haben.

In den letzten fünf Jahren hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Griechenland 13 Mal wegen der Haftbedingungen von Migranten verurteilt, und zwar sowohl in den Haftzentren als auch in den Polizeizellen, in denen die Situation noch schlimmer ist. Die Polizeizellen sind als Ausnüchterungszellen gebaut und für 6 bis 8 Leute eingerichtet, in die dann aber 20 bis 30 Menschen gepfercht werden, die monatelang keine Sonne sehen. Sie haben keinen Hofgang, sie erhalten gar nichts. Sie sind da drin unter abenteuerlichen Umständen, sie werden krank, sie haben Krätze, sie werden psychisch krank, was unter den Umständen völlig normal ist, sie haben nichts zu lesen, sie haben nichts. Machen sie Krach wegen dieser Situation, prügeln die Polizisten sie zusammen. Diese Zustände hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon bei der Dauer von einer Woche als Folter bezeichnet. Aber die Zustände dauern jetzt seit vielen Jahren schon an. Und es wird von der EU kein Druck ausgeübt, weil die EU daran interessiert ist, dass Griechenland als Wachhund an der Südostgrenze Europas diese Situation aufrecht erhält, denn davon erhofft man sich Abschreckung.

Die EU zahlt für jeden Flüchtling, der nach Griechenland kommt Geld, relativ hohe Beträge, die nur zum Teil zur Finanzierung der Lagerhaltung und der Verpflegung verwendet werden. Ein großer Teil des Geldes verschwindet in den Taschen der zuständigen Menschen. Die Zustände werden dann zwar vom Menschenrechtsgerichtshof kritisiert, aber die EU-Kommission oder die entsprechenden Länder unternehmen nichts, sondern sagen im Gegenteil, Griechenland solle diese Situation in genau dieser Form aufrechterhalten.

Gibt es überhaupt keine Sanktionen?

Theoretisch könnten sie Sanktionen verhängen, aber sie tun es nicht. Und wenn der Mensch dann weitergewandert ist, weiß doch keiner, wo er abgeblieben ist ... Ob der Kläger oder die Klägerin die ihm oder ihr zugesprochene Entschädigung erhalten hat, wissen wir daher in den meisten Fällen nicht. Und der griechische Staat sagt sowieso, er hat kein Geld.



Graffiti in Athen

Wie ist die Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Linken in Griechenland und hat sich durch den Mord an Pavlos Fyssas etwas geändert?

In Griechenland wird unterschieden zwischen links und anarchistisch. Anarchisten sind keine Linken, Linke sind Marxisten.

Mit der Linken gibt es schon eine Zusammenarbeit insofern, als es einzelne Abgeordnete zum Beispiel von Syriza gibt, die sehr aktiv sind, wenn es um Fragen der Migration geht. Und sie arbeiten mit vielen anderen linken Gruppierungen zusammen, die in Migrations- und Rassismusfragen aktiv sind, auch mit dem anderen Linksbündnis, das es in Griechenland gibt, mit Antarsya (<http://www.antarsya.gr/>). Und dann gibt es eine Zusammenarbeit mit einer antiautoritären, libertären Gruppe, der Alpha Kappa, Anarchisten, die die Frage der Haftzentren seit einem halben Jahr als sehr zentral ansehen. Die anarchistische Szene ist zumindest genauso gespalten wie die linke Szene. Alpha Kappa wird von anderen anarchistischen Gruppen als ein wenig seltsam betrachtet, da sie sich um soziale Fragen kümmern.

Es gab schon vor dem Mord an Pavlos Fyssas eine Vielzahl von Übergriffen und rassistischen Morden der „Goldenen Morgenröte“. Aber das hat keine Erwähnung gefunden, es gab keine Protestkultur auf der Straße und das änderte sich erst mit dem Mord an Pavlos, dass auf einmal Anarchisten, Autonome auf die Straße gingen.

Das ist nicht ganz richtig, es gibt linke Gruppierungen, die sich sehr wohl um diese Fragen gekümmert haben, aber das war tatsächlich so eine Randgeschichte. Migrationsfragen waren Fragen der außerparlamentarischen Linken, aber nicht der Anarchisten. Die meisten anarchistischen Gruppen sagen, etwas überspitzt, so ungefähr: Das interessiert uns nicht, die sollen den Kampf um Befreiung in ihren Heimatländern führen.

Es gab den Mord an Shehzad Luqman, ein halbes Jahr vor Pavlos Fyssas, da waren die Leute von Diktio natürlich auf der Straße. Aber das waren insgesamt nur ein paar Hundert. Und es waren nicht die vielen Tausend, wie nach dem Mord an Pavlos Fyssas.

Es handelt sich bei der griechischen um eine Gesellschaft, aus der früher selbst sehr viele migriert sind. Aber das ist halt schon ein bis zwei Generationen her. Das haben viele Menschen schon nicht mehr im Bewusstsein, weshalb die „Goldene Morgenröte“ die Migration zur Hauptgrundlage ihrer Propaganda machen konnte.

Zur Zeit sieht es etwas anders aus. Das Netzwerk für die Registrierung rassistischer Gewalttaten, das vom griechischen UNHCR initiiert wurde, hat festgestellt, dass die Anzahl rassistischer Übergriffe körperlicher Art sich verringert hat, seit der größte Teil der Führungsriege der Goldenen Morgenröte in Haft ist.

Nasim: Es gibt noch ein Problem. Die rassistische Gewalt gegenüber Migranten, die von der Polizei ausgeht. Und das hängt nicht mit der Goldenen Morgenröte zusammen. 50 Prozent der Vorfälle kommen von der Polizei, Küstenwache und Hafenspolizei, die offizielle Haltung hat sich nicht geändert, es ist nichts besser geworden.

Nach dem Tod von Pavlos Fyssas wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das nicht die tatsächlichen rassistischen Aktionen bestraft, sondern eher die rassistische Propaganda. Das war dann auch ein Grund dafür, dass viele Linke dieses Gesetz abgelehnt haben und gesagt haben, die nächsten, die darunter fallen, sind wir. Es gab in den ganzen letzten Jahren keine einzige Verurteilung aufgrund des Gesetzes gegen rassistische Gewalt und Propaganda.



Graffiti in Athen

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren eine Bewegung entwickelt, die zunehmend selbstbewusst politische Forderungen stellt, die sich aus einer sozialen Selbsthilfestruktur raus entwickelt hat, die aktiv auch mit relativ militanten Aktionen Forderungen im öffentlichen Raum erhebt – wird das hier wahrgenommen? Und gibt es solche Sachen hier auch?

Das ist eine Geschichte, die dann eher die Spezialisten betrifft. Nasim und Achim sind z. B. auf der „Action 2“-Liste, wo man natürlich auch über den Oranienplatz und so etwas liest, aber das sind nicht viele, die davon etwas mitbekommen.

Welche Aktionen macht ihr konkret gegen die Haftlager?

Die Haftlager in Griechenland waren immer das wichtigste Problem, was die Kontrolle der Migrationsflüsse angeht. Die Haftbedingungen, die Gründe, warum man sich in so einem Lager befindet, und auch die Kriminalität innerhalb der Haftzentren waren immer problematisch. Aber seit der Aktion „Gastfreundlicher Zeus“ sind die Haftzentren ein Skandal ersten Ranges. Im Sommer 2012, seit dem 4. August, als das Logging, bis zum Jahresende 2012 hat die Polizei 72.000 Leute eingesammelt, den Polizeiwachen zugeführt, überprüft und bis zu siebentausend Menschen in diese Haftlager gesteckt. Das einzige Kriterium der Überprüfung war die Hautfarbe – sie haben Touristen, Professoren und wen auch immer eingesammelt und festgehalten, bis zu 18 Monate. Insgesamt sind in diesen Lagern im Moment sieben- bis achttausend Leute. Sie können sie solange festhalten, wie sie wollen, den Leuten wird nicht einmal mehr gesagt, wie lange sie drin sein müssen. Deshalb wird in Griechenland in der linken und in der anarchistischen Szene von „Konzentrationslagern“ gesprochen, weil das genau diesen Charakter hat, die Leute unbegrenzt wegzusperren.

Im Sommer letzten Jahres hat Diktio eine Koordination zu diesen Haft-/Internierungslagern ins Leben gerufen. Aber das ist insofern eine schwierige Situation, da wahrscheinlich eine Mehrheit der griechischen Bevölkerung der Politik dieser Regierung zustimmt. Deswegen versuchen sie, das öffentlich zu machen. Sie weisen darauf hin, dass das nicht nur widerrechtlich, sondern auch unmenschlich ist. Aber das ist bisher auf keinen großen Widerhall gestoßen.

Anfang Juli sind sie nach Korinth gefahren, wo eines der großen Lager ist. Es gibt fünf große Lager, eins in Athen (Amygdaleza), eins in Korinth und drei im Norden: eins bei Xanthi, eins bei Komotini, eins ist bei Filakio. Das ist an der äußersten nordöstlichen Grenze zur Türkei, sehr abgelegen. Das in Athen befindet sich zwischen dem Zentrum und dem Parnissa, dem Berg im Nordwesten. Es liegt auf einem Gelände einer Polizeischule. Sie haben dieses Lager mit Containern aufgebaut. Man sieht das von außen überhaupt nicht. Dort sind ein paar Tausend Leute untergebracht, in Athen ca. 2.000, 1.500 sind in Korinth, die anderen verteilen sich auf die Lager im Norden.

Das Lager in Korinth ist in einem Militärgelände untergebracht, wo man das von außen auch wieder nicht sieht. Es gibt eine unglaubliche Unterdrückung dort, einige Fälle von Selbstmorden und versuchten Selbstmorden sind schon vorgekommen. In den Lagern sind eine Menge Leute, bei denen klar ist, dass die dort eigentlich gar nicht festgehalten werden dürften, wie die syrische Flüchtlinge, Minderjährige und Flüchtlinge mit besonderen gesundheitlichen Problemen. Es geht nicht um Abschiebung, denn sie können nicht abgeschoben werden.

Die Leute in den Lagern sind völlig abgeschottet. Sie haben keinen Zugang zu irgendetwas. Ärzte von draußen dürfen nicht rein. Der einzige, der dauernd Zutritt hat, ist der UNHCR und Abgeordnete. Der UNHCR hat natürlich für so eine Anzahl von Leuten überhaupt nicht genug Personal.

Gibt es Kommunikationsmöglichkeiten von drinnen nach draußen?

Nein, die gibt's nicht. Die ganze Frage der Internierungslager hat sehr viel mit der Frage der Behandlung der Krise zu tun. Es wird dort auch ausprobiert, was man machen kann, wie weit man gehen kann, ob das vielleicht eine Maßnahme für andere, die gegen das Krisenregime aufmucken, wäre. Sie haben vor einem Jahr Drogenabhängige in Exarchia festgenommen, nachts, und haben die in das Athener Internierungslager verfrachtet, zur Einschüchterung wahrscheinlich, denn die sind dann recht bald wieder laufengelassen worden, aber immerhin, dass so etwas überhaupt in Erwägung gezogen worden ist, sagt schon einiges aus.

Heute haben sie ein Lager von Roma geräumt, in einem der nördlichen (vornehmen) Vororte von Athen, wo Roma „natürlich“ nicht geduldet werden können, und haben da wohl auch ziemlich zugelangt, und Nasim meint, dass das dann wohl auch potentielle Insassen für so ein Lager werden könnten.

Wie viele Familien kommen über das Meer oder über die Türkei?

In den letzten Jahren hat das zugenommen: Es kommen Syrer, Iraker, Palästinenser mit ihren Familien, aber man kann nicht sagen, wie viele genau.

Beim Mord an den Flüchtlingen vor Farmakonisi waren insgesamt 28 Flüchtlinge an Bord. Unter den Toten waren acht Kinder und drei Frauen. Eine Frau und ein Kind konnten gerettet werden. Also waren fast die Hälfte Frauen und Kinder.

Das ist jetzt nicht repräsentativ, aber die Zahlen haben sich verändert, früher waren es überwiegend Männer. Das hängt mit der Kriegssituation in Syrien und in Afghanistan zusammen. Die Leute wollen ihre Familien in Sicherheit bringen.

Wen habt ihr in den Medien als Ansprechpartner?

Wir haben bei den Medien Ansprechpartner, bei der Zeitung der Redakteure und bei Eleftherotypia. Im Fernsehen haben wir niemanden, was insofern ein Problem ist, als dass das Fernsehen das größte Medium ist. Und beim Radio gibt es Sto Kokkino. Der Medienzugang ist einfacher und breiter im Verhältnis als in Deutschland. ARD und ZDF sind ein ziemliches Problem, Junge Welt ist o.k. und ERTopen natürlich auch, aber eben im Internet.

Es ist vorhin angeklungen, dass es keine oder kaum eine Selbstorganisation von Flüchtlingen gibt. Wir sind nun ja geprägt von den Berliner Erfahrungen, wo sich sehr viel bewegt hat, mit Unterstützern, aber selbstorganisiert von den Flüchtlingen, mit einem sehr großen Maß an Selbstbewusstsein.

Das geht also über Berlin hinaus, mit Tagungen in Paris, einem Marsch nach Brüssel... Ich kann mir nicht vorstellen, dass Griechenland davon völlig abgekoppelt ist von dieser Selbstorganisierungsbewegung, oder ist es so, dass die so wenig Bewegungsfreiheit haben, dass da überhaupt keine Verbindung entsteht?

Achim: Es ist so, dass hier viele Migranten in Bewegung waren, bevor diese Legalisierungen gelaufen sind. Nachdem die Legalisierungen durch waren, sind ganz viele von den Communities mehr oder weniger eingeschlafen, das war 2004. Was im Augenblick existiert sind Communities von Afghanen, Pakistanis und Bangladeschis, die relativ rege sind. Aber Selbstorganisation, so wie das in Deutschland gelaufen ist, ist mir nicht bekannt.



Danae (l) übersetzt die Antworten von Nasim (rechts)

Nasim: Weil Griechenland Durchgangsland ist, ist die Selbstorganisation von vornherein etwas beschränkt. Aber es gibt ein paar Communities und Gruppen von Migranten, die sich organisiert haben. Am besten organisiert sind die Vereinigung der arbeitenden Philippinos, die Vereinigung der afrikanischen Frauen, das griechische Flüchtlingsforum, und einige Communities der Pakistaner, Bangladeshis und Afghanen. Und es gibt eine Gruppe von migrantischen Arbeitenden, die Antarsya nahesteht. Die Communities beziehen sich jeweils auf ihre eigene nationale Gruppe. Kann sein, dass sie sich mit Asyl- und Flüchtlingsfragen beschäftigen oder auch mit Migrationsfragen. Die drei einzigen, die das so ein bisschen länderübergreifend oder nationalitätenübergreifend sehen sind die afrikanischen Frauen, die Philippinos und das Flüchtlingsforum.

Und es gibt Leute der zweiten Generation, die sich mit Fragen der Staatsangehörigkeit beschäftigen: Die PASOK-Regierung hatte ein Staatsangehörigkeitsgesetz verabschiedet, was so ungefähr aussah wie das von Otto Schily 1998. Das hat der Staatsgerichtshof kassiert. Es gibt jetzt nach wie vor jede Menge Leute, die in Griechenland geboren sind und mittlerweile 20 Jahre alt sind, aber keinerlei Zugang zur griechischen Staatsangehörigkeit bekommen. Insofern ist der gesamtgesellschaftliche Rahmen nicht besonders günstig dafür, dass sich die migrantischen Gruppen besonders gut selbst organisieren könnten.

Vor drei Jahren hat der Hungerstreik der 300 stattgefunden. Es waren zum größten Teil Flüchtlinge aus Kreta, die für den Hungerstreik nach Athen gekommen waren. Sie hatten teilweise Erfolg damit und erhielten Duldungen, die immer wieder verlängert worden sind. Erst letztes Jahr unter der Rechtsregierung wurden sie nicht verlängert.

In Manolada, einem Erdbeeranbaugebiet auf dem Peloponnes, hatten sich letztes Jahr die Arbeiter organisiert, um die Dinge in die eigene Hand zu nehmen. Sie kämpften für die seit Monaten ausstehenden Löhne. Sie waren nicht nur den Angriffen der Arbeitgeber, sondern auch der Polizei ausgesetzt. Sie sind mit Schrotflinten angegriffen und verletzt worden. Es gibt einen ziemlichen Druck aus der griechischen Gesellschaft, dass sie eben nichts unternehmen, sondern ihrer Arbeit nachgehen und Ruhe bewahren sollen. Die albanischen Bauarbeiter waren auch mal sehr gut organisiert, aber weil die Bauindustrie in Griechenland praktisch zusammengebrochen ist, sind die meisten zurückgegangen.

Manchmal machen auch die Frauen, die in den Haushalten wohlhabender Griechen arbeiten, etwas, aber von einer größeren zusammenhängenden Geschichte kann man da auch nicht reden.

Dann gibt es eine Gruppe, die sich widersetzt, das sind die Kleinhandeltreibenden, die arbeiten mit einer Gruppe der Wirtschaftsuniversität zusammen. Diese Gruppe existiert nach wie vor. Die meisten von ihnen sind festgenommen worden, als es eine große Polizeiaktion gab. Obwohl sie Papiere hatten sind sie in die Haftzentren gesteckt worden. Der Untersuchungsrichter hat sie entlassen, aber die Polizei hält sie weiter fest in den Haftzentren fest. Sie behauptet, dass sie öffentliche Ordnung gestört hätten. Kleinhandel zu treiben wird in Griechenland zurzeit als eine Störung der öffentlichen Ordnung betrachtet und sie werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit dafür verurteilt.

Fazit: „Das, was ich euch in Deutschland ans Herz lege: Übt Druck auf die deutsche Regierung aus., Veröffentlicht diese Zustände. Berichtet es vielen Leuten weiter und sagt ihnen, wie mit Flüchtlingen hier umgegangen wird.“

Kontakt: Nasim Lomani: nsm_lomani@yahoo.com

Brian

Antifaschistische Koordination

Athen,
Dienstag, früher Abend,
30.9.2014

Wie schon mit Diktio am Nachmittag trafen wir uns auf dem Grundstück gegenüber dem Netzwerk-Haus in Exarchia. Thanassis aus Perama erzählte kurz was über unsere Gruppe. Es waren vier bis fünf Leute von der Antifa-Koordination gekommen.

„Unterschiedliche Kräfte haben begonnen europaweit zu diskutieren. In Griechenland gibt es ca. 45 antifaschistische Strukturen. Alleine die Antifa in Piräus umfasst 31 Organisationen. Auf einer europaweiten Konferenz im April waren 32 Gruppen vertreten. Davon waren zwei aus Köln und Dortmund. Zwei konkrete Projekte wurden bei dem Treffen verabredet: die Einrichtung einer gemeinsamen Website und die gemeinsame Durchführung von Aktionen an zwei Terminen. Der erste Termin ist der 9. November (der Jahrestag der Reichspogromnacht).

Ziel ist eine paneuropäische Antifa-Bewegung. Bisher haben Gruppen aus Schweden, Belgien Deutschland, Österreich, Griechenland und Zypern zugesagt sich zu beteiligen; auch in New York soll es eine Aktion geben.

In Athen ist ein Konzert geplant. Gewünscht wird, dass ein/e Überlebende/r dort auftritt.



Wie ist die aktuelle Verfassung der ‚Goldenen Morgenröte‘?

Nach der Ermordung von Pavlos Fissas und der großen öffentlichen Empörung haben sich die Schlägertrupps von CA etwas zurückgezogen. Nach der Verhaftung einiger Kader gab es strukturelle Probleme. Einige haben sich zurückgezogen. Insgesamt ist die Partei weniger aktiv als 2011. Das juristische Verfahren wegen ‚krimineller Vereinigung‘ ist noch nicht abgeschlossen. Es dient aber ohnehin nur dazu das Image der griechischen Regierung aufzupolieren. Trotz dieser Situation ist aber der Stimmenanteil bei den letzten Europawahl

noch gewachsen. Das liegt auch an der Schwäche der Streikbewegungen. Es ist aber damit zu rechnen dass die Schlägertrupps von CA wieder aktiver werden. Ihre Aktionen sind nicht mehr so propagandistisch, aber sehr gewaltsam.

Demos gibt es fast immer nach einem faschistischen Angriff.

Am 16. September, dem Todestag von Pavlos während des des antirassistischen Festivals machte auch die Chrisi Avgi eine Kundgebung mit 700 bis 800 Leute.

Welche Möglichkeit gibt es die Faschisten zu stoppen?

Vor der Ermordung von Pavlos Fissas gab es viele CA-Gruppen an den Schulen. Viele Schüler gehen jetzt mehr auf Distanz. Es gibt mehr Aufklärung. Bisher wurden 2 Infozeiungen in 10Tausender Auflage an den Schulen verteilt und Infoveranstaltungen durchgeführt.

Wie ist die Chrisi Avgi international vernetzt?:

Es gibt gute Kontakte zur NPD, auch zu den faschistischen Gruppen in Rumänien und Ungarn bestehen Verbindungen. Eine besondere Orientierung gibt es nach Russland, nicht nur zu Gruppen um Sirinowski.

Das europäische Antifatreffen im April sollte der Auftakt für ein europäisches Antifa-Bündnis sein. (Die Linke im Europaparlament leistet dazu nicht gerade einen großen Beitrag.)

Ziel der antifaschistischen Koordination ist, mit allen zusammenzuarbeiten, die miteinander diskutieren wollen und bereit sind zu gemeinsamen Aktionen. Allerdings wollen sich einige antifaschistische Gruppen nicht beteiligen. Zum Jahrestag der Ermordung von Pavlos Fissas gab es vier unterschiedliche Demonstrationen. Dabei mussten sogar Zusammenstöße vermieden werden. Die Skepsis der anderen Gruppen bezieht sich auf die Anhänger von Syriza, aber auch gegenüber der Gruppe alpha kappa.

Gemeinsame Grundlage der Koordination ist es extra-institutionell zu sein und kein Vertrauen in die staatlichen Strukturen zu haben. Die Antifa muss eng mit den sozialen Bewegungen für den Umsturz zusammenarbeiten. Ziel der in der europäischen Antifa-Konferenz und der verabredeten website verbundenen Gruppen ist es den Nachrichtenfluss aus anderen Ländern Europas und Informationen aus Griechenland nach Europa zu erleichtern (Website: antifa-coordination.com)

Würde das Scheitern einer Syriza-Regierung nicht Chrysi Avgi stärken?

Insgesamt wäre die Glaubwürdigkeit der Linken erschüttert. Die linke Opposition innerhalb und außerhalb von Syriza versucht die Partei nach links zu drücken. Forderungen an eine (mögliche) Regierung sind:

Lager für die Flüchtlinge schließen – offene Grenzen – ein Antifa-Gesetz. Es gibt auch die Forderung nach einer Polizeireform. Manche antiautoritäre Gruppen fordern die Abschaffung von Polizei und Armee. Einig in der Koordination ist man sich bei der Forderung die Chrysi Avgi-Anhänger aus Polizei und Armee zu entlassen sind.

Gibt es offensivere Antifa Aktionen?

Es gibt Gruppen im Umfeld der Antifakoordination, die sich auf antifaschistische Verteidigung konzentrieren. Besser als offensive Aktionen ist es eine Massenbewegung gegen die Faschisten aufzubauen. Dabei gibt es noch deutliche Schwächen: Beim Antifa-Festival in Perama ist es nicht gelungen nennenswerte Teile der Bevölkerung einzubeziehen. Diese stand eher am Rande.

Andererseits gibt es natürlich Solidarität mit den Verhafteten einer Motorrad Demo, die gegen Faschisten im Stadtteil vorgegangen war. Es gibt eine Recherche-Gruppe, die die faschistischen Verbrechen dokumentiert. Diese Hintergrundinformationen sind für die Aufklärung der Bevölkerung wichtig.

Es gab ein ‚Exekutionskommando‘, das 2 CA-Leute erschoss. Es wird davon ausgegangen, dass das keine Linken waren. Das sogenannte Bekennerschreiben ist äußerst fragwürdig. Die Gruppe kennt niemand. Viele gehen davon aus, dass es eine Geheimdienstoperation war, um die öffentliche Meinung von der Empörung über Chrysi Avgi abzulenken.

Vierzehn Monate nach seiner Gründung ist die Antifakoordination gewachsen. Dies zeigen die Zusammenschlüsse im südlichen Attika in Kertasini und Perama. Grundlage ist gegenseitiger Respekt und Vertrauen.



Hans



Der Sieg der kämpfenden Putzfrauen

**Athen,
Mittwochmittag,
1. Oktober 2014**

Sie haben einen Teil des Bürgersteigs direkt neben dem Finanzministerium unweit des Syntagma-Platzes besetzt, zwei Zelte stehen da, alles hängt voller Transparente. Es dürfte das einzige Finanzministerium weltweit sein, über dessen Eingang ein Transparent mit dem Bild Che Guevaras hängt!



Der rote Gummihandschuh mit den zwei zum Siegeszeichen gespreizten Fingern ist in Griechenland längst zum Symbol für einen erfolgreichen Widerstand gegen die Spardiktate der Troika und deren dilettantische Umsetzung durch die Samaras-Regierung geworden. Ein Widerstand, den anfänglich wohl manche als hoffnungslos angesehen hatten. Denn was könnten schon 595 Putzfrauen gegen eine Regierung ausrichten, die durch mehrere Generalstreiks nicht zu Fall gebracht worden war?

Doch es kam anders. Die Samaras-Regierung hatte sich einmal mehr gründlich verrechnet und mit „Sparmassnahmen“ – die in Wirklichkeit reine Privatisierungsmassnahmen sind, weil die Kosten für die private Reinigungsfirma höher sind als die Löhne der entlassenen Frauen! – einen Protest entfacht, der von einer bewundernswerten Hartnäckigkeit und Entschlossenheit ist. Als am 17. September 2013 die mit der Reinigung der Finanzämter im ganzen Land beauftragten Frauen von einem Tag auf den andern zuerst freigestellt und danach entlassen wurden, gingen sie nicht einfach – jede für sich – nach Hause, sondern schlugen vor dem Finanzministerium auf dem Syntagma Platz buchstäblich ihre Zelte auf.

Regelmässig standen sie mit Besen und Schrubber Spalier, wenn die Technokraten der Troika zu Besuch in Athen waren. Ebenso nahmen sie solidarisch an allen Protestaktionen anderer Berufsgruppen teil oder besetzten mit einem Überraschungsangriff frühmorgens öffentliche Gebäude. Das Medieninteresse an den kämpferischen Frauen nahm internationale Ausmasse an, als im Mai 2014 das Gericht ihre Klage guthiess und die sofortige Wiedereinstellung verfügte. Die Freude über den unverhofften juristischen Erfolg war allerdings von kurzer Dauer. Denn nun spitzte sich der Konflikt erst recht zu.

Die Regierung legte Berufung ein und erwirkte beim Obersten Gericht die Aussetzung des erstinstanzlichen Urteils. Ausserdem liess sie das Protestcamp vor dem Finanzministerium durch die Polizei gewaltsam räumen. Knüppelpolizei gegen Frauen – die Bilder gingen um die Welt und verschafften den unbeugsamen Athener Putzfrauen zusätzliche Aufmerksamkeit. Und am gleichen Abend waren sie alle wieder dort, einzelne nun mit Gipsbein oder Verband.

Auch am Tag unseres Besuchs, am Mittwoch,

1. Oktober sind sie noch immer da und freuen sich über die Solidarität und unser zweisprachiges Transparent: „Grenzenlose Solidarität – Troika wegfeigen!“ Es ist der 148. Tag, verkündet eine Tafel, und: „Wir machen weiter!“ Und das vermutlich noch sehr lange, insbesondere falls das Urteil der Berufungsinstanz auf sich warten lässt. Dann könnte es durchaus sein, dass die mutigen Putzfrauen auch dann noch auf dem Syntagma Platz kampieren, wenn die Regierung Samaras bereits nicht mehr im Amt ist. Einen ungeahnten Wahrheitsgehalt bekäme dann das Plakat mit der wütenden Putzfrau, die mit dem Reisbesen Samaras und Venizelos wegfeigt, und der Bildlegende: „Wir putzen für euch!“

Ob und wann die kämpferischen Putzfrauen ihre Arbeit zurückbekommen, bleibt offen. Gewonnen haben sie ohnehin. Denn die Sympathien der Bevölkerung stehen auf ihrer Seite, während jene der Regierung einen neuen Tiefpunkt erreicht haben. Das Wichtigste jedoch ist, dass sie durch ihren Kampf ihre Würde zurückgewonnen haben. Das sieht man ihnen auch an, wenn man sie beobachtet, während sie ihre Geschichte erzählen. So leidgeprüft ihre Gesichter auch sind, aus ihren Augen strahlt Entschlossenheit und Stolz. Wenn sich die Betroffenen gemeinsam zu Wehr setzen, endet es nicht damit, dass der Chef die Kündigung überreicht. Das haben die kämpferischen Putzfrauen von Athen bewiesen und machen mit ihrem Widerstand allen andern Mut – nicht nur in Griechenland.

Rainer



Arbeitnehmer ohne Rechte und Arbeitgeber ohne Pflichten Besuch bei Basisgewerkschaften

Vor der Umsetzung des Memorandums waren griechische Arbeitnehmer durch eine umfassende Arbeitsgesetzgebung geschützt. Heute ist der griechische Arbeitsmarkt der deregulierteste in Europa. Während die Arbeitnehmer ohne Rechte sind, sind die Arbeitgeber ohne Pflichten. Die Einschränkungen im Arbeitsrecht zeigen deutlich, dass es in Griechenland nicht um den Abbau von Staatsschulden geht. Vielmehr soll eine Wirtschaftszone zur Maximierung der Ausbeutungsrate geschaffen werden.

Das, was die Kollegen der Basisgewerkschaften aus den Bereichen Buch und Papier, Architektur, Gastronomie und Callcenter erzählten, war für uns mitteleuropäische Gewerkschafter schwer vorstellbar: In ganz Athen gibt es nur noch einen einzigen Buchladen, der seinen Angestellten die alten Gehälter zahlt. Für die Kollegen aller anderen Buchläden ist der Monatslohn von 940 Euro auf 580 Euro gesunken. Viele arbeiten sogar monatelang unbezahlt. Per Gesetz wurden Tarifverträge abgeschafft, der Achtstundentag gestrichen und der Mindestlohn gekürzt. Auch der Kündigungsschutz existiert in Griechenland nicht mehr. In Callcentern erhalten die Angestellten nur noch Monatsverträge. Nur wer die von der Geschäftsleitung aufgestellten Zielvereinbarungen erreicht, erhält eine Vertragsverlängerung für den nächsten Monat.

Athen,
Dienstagabend,
30. September 2014

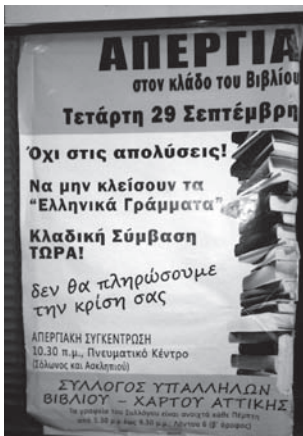
Dieser Schulterschluss von Politik und Kapital war uns aus der Berichterstattung der letzten Jahre bekannt. Neu dagegen war das aggressive Vorgehen der Arbeitgeber gegen die organisierte Arbeiterbewegung: Wenn Gewerkschaften zu Protest und Aktionen aufrufen, ziehen Arbeitgeber immer häufiger vor Gericht und klagen auf Erpressung. Wenn Kollegen im Betrieb den Dialog mit den Arbeitgebern suchen, rufen diese die Polizei und es kommt nicht selten zu Verhaftungen. Die kriminalisierende Strategie der Arbeitgeber schafft ein Klima von Einschüchterung und Angst.

Der Umbau des griechischen Arbeitsmarktes zu einer vollständig deregulierten Wirtschaftszone scheint in drei Phasen abzulaufen.

Erstens: Bessere Möglichkeiten für eine Umverteilung von unten nach oben. Das ist über die Einführung von Dumpinglöhnen und den einseitigen Anstieg von Sozialversicherungsbeiträgen für Arbeitnehmer sichergestellt worden.

Zweitens: Abschaffung des Arbeitsrechtes. Nicht nur das Aussetzen von Tarifverträgen hat zu einer großen Rechtlosigkeit geführt. Die aktuelle Forderung der Troika, das Streikrecht ganz abzuschaffen und ein Demonstrationsverbot für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes schränken die Möglichkeiten zur Gegenwehr nachhaltig ein.

Drittens: Brechung jeglichen Widerstandes in der Arbeiterbewegung. Dieser Prozess ist im Moment in vollem Gange. Gewerkschafter werden verhaftet, verklagt, kriminalisiert, öffentlich verleumdet und als Extremisten beschimpft.



Plakat der Gewerkschaft Buch und Papier

Die Kolleginnen und Kollegen aus den Basisgewerkschaften, mit denen wir im Gespräch waren, haben von beeindruckenden und vorbildlichen Kämpfen unter den widrigsten Bedingungen berichtet. Dennoch drängt sich die Frage nach der Wirkmächtigkeit von Arbeitskämpfmaßnahmen in einem Land auf, in dem die meisten Arbeitnehmer inzwischen arbeitslos sind. Wenn zudem die Regierung unter Ministerpräsident Samaras willfährig die Vorgaben der Troika umsetzt und sich damit auf die Seite des Kapitals stellt, scheinen der ökonomische wie der politische Hebel zur Gegenwehr klein.

Als deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dürfen wir nicht dabei stehen bleiben, den griechischen Kollegen Respekt und Anerkennung zu zollen. 36 erfolgreiche Generalstreiks zeigen, dass der Kampf der griechischen Kollegen nicht in Griechenland gewonnen werden kann. Er braucht die Unterstützung aus anderen europäischen Ländern. Der beherzte Kampf für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen, hohe Tarifabschlüsse und die unbefristete Übernahme von Azubis in Deutschland können das Klima in Europa verändern. Sie können andere Wege aufzeigen, Kräfteverhältnisse ändern und deutlich machen, dass mit der europäischen Arbeiterklasse noch zu rechnen ist. Vor allem aber spüren die Menschen, erst wenn sie sich bewegen, dass sie nicht ohnmächtig sind.

Ulrike E.



Treffen mit BasisgewerkschafterInnen in den Räumen der Gewerkschaft Buch und Papier



Hakan, VW-Vwertrauensmann. IGM Salzgitter (Mitte) mit Kollegen der Metro Athen

Treffen mit den Metro-GewerkschafterInnen

Die Gruppe traf sich mit dem Präsidenten der Metro-Gewerkschaft und anderen Mitgliedern des Vorstands. Die Entschlossenheit, die sie zum Ausdruck gebracht haben, war für uns umso beeindruckender, als die Lage, in der sie sich befinden, besonders schwer schien.

Athen,
Mittwochvormittag,
1. Oktober 2014

Zuerst wurde die Situation der Athener U-Bahn mit der der Berliner S-Bahn verglichen. Einigen ist aufgefallen, dass die Situation in Athen und in Berlin, was die Privatisierungsprojekte betrifft, vergleichbar ist.

Es wurde berichtet, wie die Streiks gegen Lohnkürzungen und Entlassungen seit Januar 2013 abgelaufen sind. Die Metro-Gewerkschaft ist nur eine unter mehreren Gewerkschaften für Nahverkehrsmittel. Sie ist eine Basisgewerkschaft. Im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften versucht sie ohne die Parteien zu kämpfen. Die anderen Gewerkschaften und die Medien waren gegen den Streik und die Metro-Gewerkschaft führte den Kampf ziemlich einsam. Zum Beispiel gab es Spannungen mit der PAME, dem Gewerkschaftsflügel der KKE, die gegen die Strategie des unmittelbaren und unangekündigten Streiks als Reaktion gegen die Entlassungen war. Seit dem Beginn der Krise und bis die Regierung den Aufstand mit Zwangsverpflichtungen beendete, streikte die Metro-Gewerkschaft 150 mal – auch am Wochenende, ohne sich einschüchtern zu lassen – obwohl die Leiter der U-Bahn-Firma direkt mit der Entlassung der Gewerkschaftsmitglieder drohten.

Diese Streiks waren eine Reaktion auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: massive Entlassungen, um 40% oder 50% gesenkte Gehälter, Abbau der Kollektivverträge, Personalmangel (2300 statt 2600 Mitarbeiter) und Vermehrung der Überstunden (die der Firma 25 Millionen Euro in zwei Jahren gekostet haben; für eine Arbeit, die 10 Millionen Euro hätte kosten können, wenn die Entlassung des Stammpersonals nicht vorgenommen worden wäre), Autoritarismus innerhalb der Firma, die Hand in Hand mit der Polizei handelte. Die anwesenden Gewerkschafter meinten, dass keine Besserung dieser Arbeitsbedingungen in Sicht sei.

Frappierend ist vor allem die Kriminalisierung des gewerkschaftlichen Kampfes, wie sie uns auch von anderen Gewerkschaftern, z.B. der Gewerkschaft Buch und Papier, beschrieben wurde.

Die Mitglieder der Athener Metro-Gewerkschaft sind zivilrechtlich, strafrechtlich und arbeitsrechtlich vor Gericht gezogen worden. Ihnen wird unter anderem Untreue gegenüber der Firma vorgeworfen. Keine andere Gewerkschaft der U-Bahn steht wegen ihrem Kampf vor Gericht. Zurzeit laufen 10 Prozesse gegen den Metro-Gewerkschaftsführer.

Am Ende unseres Besuchs überreichte Hakan die Geschenke der IG-Metall Salzgitter an die Metro-Gewerkschafter.

Celine

»Unsere Gehälter wurden um mehr als 50 Prozent gesenkt«

Ergänzung:
Interview aus Junge Welt
29. September 2014

Griechenlands Regierung hat die Löhne bei der Athener U-Bahn festgelegt, Tarifverhandlungen gibt es nicht mehr. Ein Gespräch mit Antonis Stamopoulos

Interview: Wolfgang Pomrehn



Plakat zum Metro-Streik

Im Januar 2013 haben die Beschäftigten der Athener U-Bahn gegen Lohnkürzungen und Entlassungen gestreikt, bis die Regierung den Ausstand mit Zwangsverpflichtungen beendet hat. Wie haben sich die Arbeitsbedingungen bei der Metro verändert?

Gleich zu Beginn der Krise gab es Entlassungen. Die gerade neu ausgebildeten Arbeiter wurden vor die Tür gesetzt. Das waren 210 Leute, und seitdem herrscht Personalmangel. Außerdem wurden unsere Gehälter auf Anweisung der Regierung gekürzt, und das, obwohl wir nicht zum öffentlichen Dienst gehören. Wir halten das für unzulässig und haben dagegen geklagt. Die Sache ist noch immer vor Gericht anhängig. Im Großen und Ganzen wurden unsere Gehälter um mehr als 50 Prozent abgesenkt. Das Weihnachtsgeld wurde zum Beispiel gestrichen.

Was heißt das konkret? Wieviel verdient zum Beispiel ein Zugführer?

Das Gehalt ist jetzt für alle gleich. Mit Schicht- und Wochenendzuschlägen sind das für eine 40-Stunden-Woche monatlich ungefähr 1180 Euro brutto, etwa 950 Euro netto. Außerdem gibt es ein kleines betriebliches Kindergeld. Bei drei Kindern sind es rund 100 Euro. Schließlich kommen bei einem Teil der Beschäftigten noch Überstundenzuschläge hinzu. In einigen Bereichen fallen durch den Personalmangel viele Überstunden an, und die Arbeitsbelastung ist sehr hoch.

Wir sind der Meinung, daß es gar nicht um finanzielle Probleme geht. Es wäre für die Metro günstiger, mehr Personal einzustellen, statt die vielen Überstunden zu bezahlen. Ein Beispiel: Unter den zu Beginn der Krise Entlassenen waren vier für die Reparatur der Fahrkartenautomaten zuständige Kollegen. Ihre Arbeit wird seitdem von einer Fremdfirma erledigt, was für das Unternehmen teurer ist, als wenn die vier weiter beschäftigt worden wären. Unser Ansicht nach deuten diese Entlassungen und die Fremdvergabe von Arbeiten darauf hin, daß die Privatisierung vorbereitet wird, das heißt, daß der Staat auch seine letzten Anteile an der Metro verkaufen will.

Kann man von rund 1000 Euro in Athen leben?

Natürlich nicht. Glücklicherweise haben viele eine eigene Wohnung oder leben noch bei den Eltern, oder haben ein Haus geerbt. Aber es gibt natürlich auch jene, die zur Miete wohnen, und Athen ist eine sehr teure Stadt. Eine Drei-Zimmer-Wohnung kostet mindestens 500 Euro im Monat, ohne Heiz- und Nebenkosten.

Was bedeuten die gestiegenen Arbeitsbelastungen und die Überstunden für jene, die bereits eine schwierige und verantwortungsvolle Arbeit haben, wie zum Beispiel die Zugführer?

In den letzten Jahren hat unter den Metro-Angestellten die Zahl der Herzprobleme, der Schlaganfälle und der Krebserkrankungen zugenommen. Wir sind der Meinung, daß das durch den Streß kommt: Wir kommen mit unserem Geld nicht mehr aus, müssen aber unsere Familien ernähren. Einigen Leuten droht die Pfändung des Hauses oder der Wohnung, weil sie ihre Kredite nicht mehr zahlen können. Dazu noch die Verantwortung für die Fahrgäste. Außerdem ist durch die Starkstromleitungen und Handyantennen die Strahlenbelastung in den Tunneln sehr hoch. Es gibt Studien darüber, doch die werden unter Verschuß gehalten.

Wie sieht es mit den Rechten der Gewerkschaften aus?

Die Löhne- und Gehälter werden von der Regierung festgelegt. Tarifverhandlungen mit den Unternehmen gibt es praktisch nicht mehr. Das einzige in dieser Richtung ist noch ein Übereinkommen des Dachverbandes mit der Regierung, in dem ein monatlicher Mindestlohn von 550 Euro festgelegt wird. Die Metroangestellten unterlagen außerdem bis zum Sommer einer Zwangsverpflichtung, mit der seinerzeit unser Streik Anfang 2013 gebrochen wurde. Aber wir werden weiter gegen Ungerechtigkeiten kämpfen, wenn nötig auch streiken, selbst wenn sie uns vor Gericht zerren.

Wie geht es weiter?

Wir sehen am Ende des Tunnels kein Licht. Die Arbeitslosenrate beträgt mindestens 30 Prozent. Viele Läden schließen, weil die Menschen kein Einkommen mehr haben. Wir haben Angst, dass die Gehälter weiter sinken. Hier hungern Menschen, und wir haben das Gefühl, es gibt keine Entwicklung. Nur die Selbstmordrate steigt. Wir möchten, dass in Deutschland gesehen wird, was wir hier durchmachen.



*Antonis Stamopoulos (2. v.l.)
im Kreis von Vorstandskolleginnen und Kollegen*

Probleme des öffentlichen Krankenhauswesens

Gespräch mit Vivi von der Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten im Athener Krankenhaus Evangelos

Athen,
Donnerstagsvormittag,
2. Oktober 2014

Vivi kommt in Begleitung eines Kollegen. Sie arbeitet als Medizinisch-Technische-Assistentin (MTA) in der Röntgen / MRT-Abteilung. Sie benötigt Gehstützen und trägt einen Knieprotektor. Auf Nachfrage berichtet sie, dass sie die Verletzung vor knapp zwei Wochen im Zusammenhang mit einer Protestaktion gegen das Outsourcing in ihrer Klinik erlitten hat: Die Polizei kam ins Krankenhaus und hat auf die Protestierenden eingepöbeln.

Das Krankenhauswesen in Griechenland ist mit zu geringen Mitteln ausgestattet und es fehlt Personal. 30.000 Stellen werden nicht besetzt. In den letzten Jahren wurden die Kosten um 60% gesenkt. Allein in den letzten Jahren sind 15.000 PflegerInnen in Rente gegangen, ohne ersetzt zu werden. Vor den letzten Wahlen gab es die Einstellung von 2900 Personen als Wahlshow. In nächster Zeit gehen weitere 5.000 KollegInnen in Rente, ohne das zu erwarten ist, dass es Neueinstellungen gibt.

In den Krankenhäusern werden inzwischen alle Fälle behandelt, auch kleine ambulante Sachen. Dies liegt daran, dass das ambulante Versorgungssystem mit der Schließung von 350 Polikliniken zusammengebrochen ist. Es fehlt sowohl an PflegerInnen als auch an ÄrztInnen. In ländlichen Gegenden gibt es Kliniken, die nur von Auszubildenden geführt werden. Die Ärzte verlassen das Land. Es kommen 3,5 Pflegekräfte auf 1000 EinwohnerInnen. Im Vergleich dazu sind es in Deutschland 9,5 zu 1.000.

Aktuell gilt ihr Kampf der Einrichtung von ESAN. ESAN ist eine private Firma, über die aktuell die Rentabilität und Effizienz der griechischen Krankenhäuser evaluiert wird. Sie rechnen damit, dass diese Daten zur Grundlage einer Schließungswelle von Krankenhäusern genutzt werden könnte. Der Stand der Privatisierung des Krankenhauswesens ist schwer zu beurteilen: Die Vollkrankenhäuser sind vorrangig in öffentlicher Hand. Aber der primäre Sektor und viele Spezialeinrichtungen für spezielle Behandlungen und vor allem für Diagnostik sind privat. In diesem Zusammenhang hat uns Vivi von einer dramatischen Entwicklung erzählt. Bestimmte Vorsorgeuntersuchungen wurden an private Einrichtungen ausgelagert. Das hat zu einem massiven Sprung in den Kosten geführt, auf bis zu 9 Milliarden Euro. Als sich dies abzeichnete, wurde der Anspruch auf die Untersuchungen rationiert auf 1 Milliarde Euro. Das führt dazu, dass die Menschen sich jetzt privat diese Untersuchungen einkaufen müssen.

Das Thema Diagnosis Related Groups (DRGs) interessiert sie und sind dazu an engerem Austausch interessiert. Das DRG ist ein Rationalisierungsverfahren zur Kostensenkung in Krankenhäusern. Für bestimmte Behandlungen erhalten die Krankenhäuser eine Fallpauschale. Für die Behandlung eines entzündeten Blinddarms erhält das Krankenhaus von der Krankenkasse eine bestimmte Summe zur Abdeckung der Behandlungskosten. Vivi berichtet, dass auch sie bereits mit den negativen Folgen des DRG-Systems, die aus Deutschland bekannt sind, argumentieren.

Zu den Gewerkschaftsstrukturen:

Jedes Krankenhaus hat seine eigene Gewerkschaft Diese sind im Dachverband der Krankenhäuser des Öffentlichen Dienstes (POEDHN) zusammengefasst. Dieser wiederum ist Mitglied im Dachverband für den gesamten öffentlichen Sektor (ADEDY). Daneben gibt es

noch eine ÄrztInnengewerkschaft. Diese ÄrztInnengewerkschaft ist Syriza-dominiert. Die Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten ist von PASOK und Nea Demokratia-Listen dominiert. Vivi gehört zu einer linken Liste innerhalb der Gewerkschaft. Sie rechnen sich bei den nächsten Gewerkschaftsinternen Wahlen im Februar gute Chancen aus in den Dachverbänden auf

Eindrücke: gewerkschaftlicher Widerstand in Athen

Freitagabend kurz nach unserer Ankunft in Athen, auf dem Nachhauseweg von einem Straßenfest der Putzfrauen beim Syntagma-Platz – es ist schon gegen null Uhr -erschallt plötzlich aus einer Seitengasse der Lärm von Sprechchören und Reden – neugierig geworden, biegen wir in die Gasse ein. Vor einer luxuriöseren Taverne ein selbst gemaltes Transparent, hinter dem sich rund drei Dutzend vorwiegend junger Leute versammelt sind und lautstark auf sich aufmerksam machen. Einige verteilen Flugblätter an die Gäste und an Vorbeilaufer. Wie sich auf Nachfrage herausstellte, protestierten zwei entlassene Kellnerinnen mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft gegen die Willkür ihres Chefs. Er hatte sie ohne Begründung entlassen und weigerte sich, die noch ausstehenden Löhne zu zahlen. Ein durchaus repräsentatives Beispiel für die Rechtlosigkeit und Ohnmacht, die mittlerweile zum Alltag griechischer „Arbeitnehmerinnen“ gehören. Die eher gut betuchten Gäste ließen sich davon allerdings weder den Abend noch den Genuss vermiesen.

Athen,
Freitagabend,
26. September 2014

Wenn du Recht bekommst, wirst du entlassen

Drei Tage vor dem Rückflug nach Deutschland konnten wir uns davon überzeugen, dass nicht nur in der Gastronomie derartige Praktiken üblich sind. Nikos von der Basisgewerkschaft Buch und Papier hatte uns auf eine Protestkundgebung der Gewerkschaft der Lehrkräfte an den privaten Nachhilfeschoolen aufmerksam gemacht. Für Samstag, den 4. Oktober, hatte sie zu einer Kundgebung vor dem privaten Bildungsträger „Prisma“ aufgerufen. Es handelte sich um eine so genannte unterstützende Privatschule, die vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich eine Art Nachhilfeunterricht für Gymnasialschüler erteilt, so dass sie die Prüfungen bestehen können. Das ist in Griechenland üblich, besonders seit der letzten „Schulreform“, bei der Prüfungen in Fächern stattfinden, die gar nicht mehr unterrichtet werden.

Athen,
Samstagmorgen,
4.10.2014



Protest gegen die Entlassung einer Lehrerin vor der privaten Nachhilfeschool

Vor den Räumen des Nachhilfeträgers ein ähnliches Bild, wie wir es von der Aktion für die entlassenen Kellnerinnen kannten. Etwa drei Dutzend DemonstrantInnen, Beschäftigte der Privatschule, unterstützt durch weitere Mitglieder der Gewerkschaft und anderer Basisgewerkschaften, protestierten gegen die Entlassung einer Kollegin. Die Vorgeschichten ähneln sich. Die Lehrerin arbeitete seit 24 Jahren für den privaten Bildungsträger – sie bekam, wie andere auch, jedes Jahr ein Vertrag von Ende September bis Mitte Juni. So brauchte der Arbeitgeber die langen Sommerferien nicht zu bezahlen. 400 Euro im Monat verdiente die Kollegin als Teilzeitkraft. Nachdem das Unternehmen ihr im Laufe der letzten Beschäftigungsperioden fast zwei Jahreslöhne (insgesamt 5.700,- Euro) schuldig blieb, wandte sie sich im April diesen Jahres an die zuständige Stelle beim Arbeitsministerium und bekam Recht. Als sie am 9. Mai die ausstehenden Gehälter einforderte, kündigte die Bildungsfirma „Prisma“ das Arbeitsverhältnis umgehend. Die Botschaft war klar: Beschäftigte, die sich gewerkschaftlich betätigen oder auch nur ihre Rechte einklagen wollen, werden gefeuert. Bis heute hat der Arbeitgeber die ausstehenden Gehälter nicht bezahlt. Gesprächen mit der zuständigen Gewerkschaft verweigert er sich. Auf gewerkschaftliche Proteste, mit denen die Auszahlung der geschuldeten Monatslöhne und die Weiterbeschäftigung der Kollegin durchgesetzt werden sollen, antwortet er mit Anzeigen wegen Nötigung. Der gewerkschaftliche Protest wird kriminalisiert und soll unterbunden werden.

Die Gewerkschaft der entlassenen Lehrerin, eine Basisgewerkschaft, macht nun mit Unterstützung von KollegInnen aus anderen Basisgewerkschaften öfters eine Kundgebung vor der Schule und fordert ihre Wiedereinstellung. Griechischer Arbeitsalltag!

Andi/Manfred

Die kämpfenden LehrerInnen sind müde

Athen,
Freitagabend,
3.10.2014

Da der größere Teil der Gruppe nach Saloniki gefahren ist, sind wir nur noch zu dritt und treffen uns mit Vassia und Nikos von der Grundschullehrergewerkschaft DOE und Vicky von der Gewerkschaft der Sekundarstufenlehrer OLME. Heike übersetzt für uns. Wir unterhalten uns diesmal nicht nur über das griechische Schulwesen, sondern auch über das Schulsystem in Deutschland und die Entwicklungen dort. Neu und interessant für sie war, dass in Deutschland viele SchülerInnen nach der 10. Klasse in eine berufliche Ausbildung gehen. Für sie war damit klar, dass diese Jugendlichen keine umfassende Schulbildung bekommen. In Griechenland ist es immer noch so, dass im Prinzip alle SchülerInnen zwölf Jahre zur Schule gehen und den Abschluss machen. Das wollen sie auch verteidigen.



*Nikos und Vassia am 1. Mai
2013 in Berlin*

Deshalb war die Gewerkschaft der Sekundarstufenlehrer im September 2013 auch in den Streik getreten vor allem wegen der „Reform“ der Oberstufe, die damals eingeführt wurde. Diese sieht vor, dass nach der 10. Klasse (dem ersten Oberstufenjahr) Prüfungen durchgeführt werden mit dem Ziel, dass Schüler ausgesiebt werden, die damit dem Arbeitsmarkt (den es eigentlich gar nicht mehr gibt bei einer allgemeinen Arbeitslosenquote von 27%) zur Verfügung stehen sollen. Der Streik war damals erfolglos und dieses Jahr fanden zum ersten Mal Prüfungen statt. Eigentlich hätten die Prüfungsgebiete schon im September bekannt gemacht werden sollen, tatsächlich wurden sie drei Tage vor der Prüfung (!) bekannt gegeben. Wie zu erwarten war das Ergebnis eine Katastrophe: Durchfallquote 30%! Daraufhin setzte man die Anforderungen nachträglich herab, sodass es nicht so katastrophal aussah.

Im letzten September wurden auch noch viele berufliche Oberstufen dicht gemacht, so dass jetzt diejenigen, die nach der 10. Klasse abgeschult werden, auf private Schulen gehen müssen.



Demonstration während des Streiks der LehrerInnen am 24. September 2013 in Athen

Die „Reform“ hat also zwei Resultate: Privatisierung und (für den Unterricht:) Lernen für die Prüfungen statt Lernen für die Bildung.

Was den Zustand der gewerkschaftlichen Bewegung unter den LehrerInnen angeht, so waren die Angriffe in den letzten Jahren seit der Krise so heftig und umfassend, dass die KollegInnen nicht mehr glauben, dass Kämpfe erfolgreich sein können. Die Überlegungen gehen zwar schon dahin, in Zukunft im Bildungsbereich die gewerkschaftliche Spaltung in Grund-, Sekundar- und Privatschulen zu überwinden und einen gemeinsamen Kampf zustande zu bringen und zuzuspitzen. Aber eine ungeheure Müdigkeit und Resignation stehen dem entgegen. Dazu kommt noch, dass Streiks den einzelnen immer viel Geld kosten und sie auch gefährlicher werden wegen der staatlichen Repression. Viele hoffen auf eine neue (Syriza-) Regierung, die durch Wahlen und nicht durch Kampf an die Macht kommen soll. Aber am Tag eins einer Syriza-Regierung müssen alle auf der Straße stehen um sie in eine bestimmte Richtung zu drängen oder ihren eingeschlagenen Weg zu unterstützen. Aber diese Einsicht ist sehr schwer zu vermitteln, da die Leute sagen, die neue Regierung solle das mal machen.

Manfred

Treffen mit entlassenen Schulwächtern

Wir hatten vor einer Woche nach dem Fest gegen Rassismus in der U-Bahn einige von den entlassenen Schulwächtern getroffen und uns zu einem Treffen verabredet. Wir trafen uns bei den streikenden Putzfrauen, ich war alleine von unserer Gruppe, für mich übersetzte Hira, eine Deutschlehrerin, die uns kennengelernt hatte und spontan anbot, beim Treffen dabei zu sein. Ich kannte den Ort ja schon gut und da Samstag war, saßen wir direkt unter dem Guevara-Transparent vor dem Eingang zum Finanzministerium.

Athen,
Samstagnachmittag,
4.10.2014

Unter Schulwächtern muss man sich so etwas wie Hausmeister vorstellen. 2001 hatte die Regierung beschlossen, dass an allen Mittel- und Oberstufenschulen (also nicht an den sechsjährigen Grundschulen) sogenannte Schulwächter eingeführt werden sollen. Diese sollten nicht nur die Hausmeisterjobs machen, sondern auch die Schulen während und nach dem Unterricht bewachen. Dazu brauchten sie einen Oberstufenabschluss, wurden aber die ganze Zeit nur als „Lehrlinge“ eingestuft, was zur Folge hatte, dass sie keinerlei

gegen die Diktatur der Obristen (1967 bis 1974), die viele Opfer gefordert hätten. Von dieser Tradition, die in den betreffenden Familien weitergeben wird, zehrt die KKE noch heute. Nach Aussagen von Sokrates aus Thessaloniki beispielsweise können KKE und PAME noch immer zu bestimmten Anlässen genauso viele Demonstranten mobilisieren wie die gesamte übrige Linke zusammen.

Unserem unermüdlichen Begleiter Damon gelang es über seine persönlichen Kontakte, ein offizielles Treffen mit der PAME zu arrangieren. Wir wollten uns nicht zufrieden geben mit der weit verbreiteten Haltung innerhalb der griechischen Linken, es wäre zwecklos mit der KKE bzw. PAME zu reden, ohne selbst den Kontakt und den Austausch zu suchen. Das entspricht ja auch dem formulierten Selbstverständnis der Reisegruppe, mit allen linken Kräften zu reden, ohne sich parteipolitisch vereinnahmen zu lassen. Wir machten uns auf den Weg mit dem Wissen um die Bedeutung der KKE und mit dem Vorsatz, durch Nachfragen und eigene Beiträge unsere Kritik deutlich zu machen.

Die PAME residiert in einem noblen Altbau in der Nähe des Syntagma. In dem großzügig ausgestatteten Büro/Konferenzraum wurden wir vom zuständigen Sekretär für internationale Beziehungen empfangen. Im ersten Teil des Gespräches erläuterte uns der Genosse die Geschichte und die Politik der PAME:

Bis 1990 existierte in Griechenland eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, in der alle ideologischen und parteipolitischen Richtungen vertreten waren. Zwei außen- bzw. weltpolitische Ereignisse führten zu einer Änderung des Kurses der KKE – zum einen der Beitritt Griechenlands zur EU und die Verträge von Maastricht, zum anderen der Niedergang des sozialistischen Lagers. Damals hätte die Mehrheit in der griechischen Gewerkschaftsführung das Ende des Klassenkampfes und von Streiks propagiert. Sie hätte den Weg des gesellschaftlichen Dialogs und der Sozialpartnerschaft eingeschlagen, in dem auch die Gewerkschaften zum Wirtschaftswachstum beizutragen hätten. Der Verrat der Führung hätte den Aufbau einer eigenständigen, getrennten klassenkämpferischen Front notwendig gemacht. Im April 1999 sei deshalb die PAME gegründet worden.

Heute, 15 Jahre nach ihrer Gründung, sähen sie sich in ihrem Vorgehen bestätigt. Der von den Gewerkschaftsführungen geführte soziale Dialog habe keinen Sinn. Aus dem Dialog sei in der Krise ein Diktat geworden, die Klassenkämpfe müssten deshalb weiterlaufen. Die Arbeiterklasse brauche darin eine Führung. PAME habe in den letzten vier Jahren große Kämpfe geführt. Mit den Ergebnissen seien sie nicht zufrieden. Das habe vor allem zwei Ursachen: Der Terror der Unternehmer angesichts von einer Arbeitslosigkeit von 30 Prozent und die reformistische Führung der Gewerkschaften erwiesen sich als Hindernisse.

PAME setze sich aktuell zwei Ziele: Die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung und die Zusammenarbeit mit den Bauern, der Jugend und den Kleinbürgern. Es gäbe kleine, aber positive Schritte in diese Richtung. Die ideologischen und theoretischen Kontroversen spielten in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Der Charakter der Krise führe, je nach unterschiedlichen Erklärungen, zu entsprechenden Maßnahmen. Für die PAME wäre es im Unterschied zu anderen linken Erklärungen keine Krise der Banken und des Finanzsektors, sondern eine Krise des Kapitalismus. Auch die Politiker wären nicht schuld an der Krise, wie Chrysi Avgi behauptete. Seit zwei Monaten führe die PAME eine Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit. Für den morgigen Samstag sei eine Kundgebung am Omoniaplatz in Athen und in 55 anderen Städten geplant, am 1. November eine zentrale Demonstration.

Anschließend stellten wir die Reisegruppe vor, insbesondere seine Zusammensetzung aus den unterschiedlichsten politischen Strömungen der Linken. Wir hoben das Prinzip hervor, dass die ideologischen und theoretischen Differenzen uns nicht daran hindern, gemeinsam praktische Schritte zu gehen, beispielsweise zum Aufbau internationaler Solidarität wie mit

unseren Besuchen in Griechenland. Wir wiesen zudem auf die Erfahrungen aus Deutschland hin, wo die Gewerkschaftsführungen seit Gründung der BRD den Weg des sozialen Dialogs und nicht des Klassenkampfes gingen. Trotzdem habe es keine gesellschaftlich relevanten eigenständigen Gewerkschaften auf Seiten der Linken gegeben. Die Spaltung der Arbeiterbewegung vor 1933 habe mit zur Niederlage gegenüber dem Faschismus geführt. Die sektiererische Taktik der KPD in der Weltwirtschaftskrise (Gründung eigener Gewerkschaften, SPD als Hauptfeind) konnte nicht zur Überwindung der Spaltung auf einer eigenständigen, klassenkämpferischen Position beitragen.

Danach schilderten wir unsere Erfahrung des letzten Jahres, als der Demozug der PAME unbeirrt durch das Spalier anderer GewerkschaftskollegInnen zog. Auf die Frage, warum die PAME nicht gemeinsam mit anderen Gewerkschaften demonstriere, sondern Wert auf eigene Sammelpunkte und Kundgebungen lege, erhielten wir eine viel sagende Antwort: Das käme einer zusammen gerührten Suppe gleich, von der niemand wisse, was darin enthalten sei. Die ideologische Klarheit müsse auch organisatorisch zum Ausdruck kommen. In der Vergangenheit hätten sich auch Provokateure unter die Demonstranten gemischt, um Auseinandersetzungen vom Zaune zu brechen. Als Beispiel führte er den 5. Mai 2010 an. Die Medien erzeugten ein Bild von Gewalt und Chaos, um Angst zu schüren. Die Bevölkerung solle so von der Teilnahme an Demonstrationen abgehalten werden. (Damals kam es bei der Besetzung des Syntagma durch Hunderttausende zu Auseinandersetzungen zwischen der KKE/PAME und Demonstranten aus dem anarchistischen Lager. Als diese versuchten das Parlamentsgebäude zu stürmen, stellten sich ihnen die Ordner der PAME/KKE entgegen und wurden angegriffen.)



Separater Block der PAME während des Streiks der LehrerInnen am 24. September 2013 in Athen

Zum Abschluss des Gespräches wollten wir noch wissen, wie sich die PAME gegenüber dem angekündigten Streik der Fluglotsen verhalte. Wir würden in einem solchen Fall an deren Gewerkschaft herantreten und fragen, in welcher Form wir den Ausstand unterstützen könnten. Die Antwort: Er sei über den geplanten Ausstand der Fluglotsen nicht ausreichend informiert, wir müssten darüber den zuständigen Sekretär befragen.

Ein persönliches Fazit: Ich hatte schon im Vorfeld keine große Erwartung an den Inhalt eines offiziellen Gespräches mit der PAME – wieso sollten die wegen des Besuchs einer ausländischen Solidaritätsgruppe ihre bisherige politische Linie hinterfragen lassen? Dennoch war das Gespräch in meinen Augen aus mehreren Gründen wichtig: Wir haben

deutlich gemacht, dass wir auch die durch die PAME geführten Arbeitskämpfe, wie vor drei Jahren den Stahlarbeiterstreik, unterstützen. Wir sind bereit uns trotz aller Differenzen mit ihnen inhaltlich, aber auch kritisch auseinanderzusetzen. Da wir ja auch in Deutschland über unsere Erfahrungen möglichst breit informieren und diskutieren wollen, können wir die KKE nicht einfach ignorieren – zum einen wegen ihrer historischen Verdienste und ihrer politischen Rolle in den aktuellen Auseinandersetzungen in Griechenland zum anderen im Hinblick auf die DKP und ihr gewerkschaftliches Umfeld in Deutschland.

Andi

Die Gruppierung „Kommunisten-Arbeiterkampf“

Bereits vor unserer Abreise machten uns griechische Freunde aus Berlin auf die Gruppierung aufmerksam. Sie waren auf die Webseite von „Kommunisten-Arbeiterkampf“ gestoßen. Weil sie dies für eine wichtige Initiative von ehemaligen Mitgliedern der KKE hielten, hatten sie uns deren Erklärung teilweise ins Deutsche übersetzt. Nach unserem doch eher etwas formellen Gespräch mit der PAME, waren wir gespannt, wie kritische Stimmen, die das Innenleben der KKE und PAME kennen, uns die Situation erläutern würden. Jennifer war sofort bereit zu übersetzen. Sie war früher selbst Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes.

Athen,
Samstag,
4. Oktober 2014

Das Gespräch leitete Jennifer mit einer Darstellung unserer Reisegruppe ein, deren Zielsetzung sie teilt und die sie im Laufe der zahlreichen Übersetzungsnäher kennen lernen konnte. So ersparten wir uns die Übersetzung vom Deutschen ins Griechische. Wir ergänzten diese Darstellung mit dem Hinweis, dass wir beide uns auf die historische Tradition der KPD-O in der Weimarer Republik beziehen. Aus dieser Sicht, schilderten wir noch kurz die Erfahrungen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und benannten die wesentlichen Fehler der KPD-Führung angesichts des drohenden Faschismus, wie die RGO-Politik, Sozialfaschismustheorie sowie Ablehnung einer Politik der Einheitsfront. Nun berichtete ein Genosse der Gruppe „Kommunisten – Arbeiterkampf“ seinerseits:

Seit 1990 wurde durch die Parteiführung eine Entwicklung eingeleitet, in der die KKE letztendlich die Grundlagen des Marxismus-Leninismus verließ. Eingeleitet wurde dies durch eine Änderung der strategischen Ausrichtung der Partei, die zwangsläufig zu den schwerwiegenden taktischen Fehlern führen musste. Griechenland selbst wurde in der Analyse als imperialistischer Staat bezeichnet. Als Begründung für diese Einschätzung diente die Expansion griechischer Banken und Unternehmen in die nördlichen Nachbarstaaten wie Albanien und Bulgarien nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks.

Die für die Taktik von Kommunisten wesentliche Broschüre von Lenin über „den linken Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ wurde aus dem Schulungsprogramm und den Parteibibliotheken verbannt, sie sei überholt. Auch die Schulungsarbeit mit den Texten der marxistischen Klassiker wurde immer stärker reduziert. Diskussionen darüber mit Bezug auf die heutige Situation waren nicht mehr erwünscht. Die Mitglieder wurden auf das Programm der Partei und das Zentralorgan verwiesen, in denen sich die Verbindung zwischen den marxistischen Grundlagen mit der aktuellen Strategie und Taktik widerspiegeln.

Durchsetzen konnte die Führung den Kurswechsel mit Hilfe des Parteiapparates, deren Funktionäre ja materiell abhängig von der Partei, sprich dem Zentralkomitee, sind. Der Parteiapparat erwies sich zunehmend als konservatives Element. Nach dem 16. Parteitag strebte die Parteiführung den Aufbau einer eigenen Gewerkschaft an. Die Gründung der PAME erwies sich als verhängnisvoll. Viele Genossen, selbst unser Gesprächspartner, hätten sich

durch den Übertritt in einen PAME-Gewerkschaftsverband von ihren betrieblichen Kollegen isoliert. Der Kurs von PAME, stets gesondert aufzutreten, hätte dieses Problem verschärft. Zudem sei die PAME ein fast ausschließlich durch Funktionäre der KKE gelenkter Verband. Damit seien die Unterschiede zwischen Gewerkschaften und Partei immer stärker verwischt worden. In der KKE würden der gewerkschaftliche und der politische Kampf gleichgesetzt, mit verheerenden Konsequenzen.

Die Partei hätte mittlerweile den Kampf um Reformen völlig aufgegeben. Entsprechende Initiativen aus dem linken Lager würden als Reformismus zur Stabilisierung des Kapitalismus abgelehnt. Die KKE lehnt jegliche Zusammenarbeit mit SYRIZA und die Unterstützung einer von ihr geführten Linksregierung ab. Der Kampf der VIO.ME-Belegschaft stößt ebenso auf Ablehnung, weil die Selbstverwaltung im Kapitalismus die Unterordnung unter deren ökonomische Gesetzmäßigkeit bedeute. Das Bekenntnis der KKE zum Sozialismus und zur Revolution bliebe so lediglich verbalradikal, ohne entsprechende praktische Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Selbst den Kampf um Branchentarifverträge würde mittlerweile nicht mehr geführt, weil man keine Lohnabsenkungen unterschreiben wolle, was angesichts der Kräfteverhältnisse oft nicht zu vermeiden sei. Damit überlasse die PAME die Regelungen von Bezahlung und Arbeitsbedingung vollends der Willkür der Unternehmer. Statt eine Taktik der Einheitsfront zu verfolgen, hätte sich die Partei und PAME aus den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verabschiedet. Dies käme in dem stets getrennten Auftreten, auf gewerkschaftlichen Demonstrationen anlässlich von Streiks und „Generalstreiks“ zum Ausdruck. Es führe auch zu einer Degenerierung in der Mitgliedschaft, die sich an Auseinandersetzungen, beispielsweise mit der Polizei, nicht beteiligen würde. Trotz des verbalen Bekenntnisses zur Revolution und zum Sozialismus hätte die Politik der Parteiführung daher eine objektiv konterrevolutionäre Wirkung, da sie sich praktisch an den unmittelbaren Kämpfen nicht mehr beteilige.

Auf die Frage, ob sie Chancen sähen, den Kurs der KKE korrigieren zu können, antwortete der Genosse sinngemäß: Darüber seien sie sich selbst nicht einig. Die Mehrheit und auch er selbst halten dies nicht für realistisch. Es gäbe allerdings auch Genossen, die weiterhin der

Partei angehören und dort inkognito für dieses Ziel arbeiteten. Von ihnen würde auch die Webseite der Gruppe gestaltet.

Auf ihre politischen Zielsetzung/Perspektive angesprochen, erläuterte er: Sie begriffen sich nicht als eine neue Organisation/Partei, sondern als Strömung innerhalb der revolutionären Linken. Sie seien zunächst ein Auffangbecken für Genossinnen und Genossen, die sich auf Grund der geschilderten Tatsachen, von der KKE abwendeten. Die Antwort, wie und durch wen eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse geschaffen werden könne, bliebe den kommenden Klassenausinandersetzungen vorbehalten. In ihnen würden sich die entsprechenden Kräfte/Kader herausbilden, mit denen diese Aufgabe in Angriff genommen werden könne.

Graffiti in Athen



Zur Information noch Auszüge aus der Erklärung der Bewegung „Kommunisten-Arbeiterkampf“

[...] Wir sind keine Unbekannten ohne politische Vergangenheit, jedoch haben wir nicht vor den Messias darzustellen und zu behaupten wir hätten Lösungen zu all den Problemen. Wir sind Kommunisten. Wir stammen politisch aus der KKE und befinden uns ungewollt außerhalb unserer Partei – entweder weil wir ausgestoßen wurden oder weil wir uns zum Austritt gezwungen sahen. Wir wurden ausgestoßen weil wir nicht geschwiegen haben, weil wir uns geweigert haben im Namen einer falschen formalistischen Parteitreu den Arbeiterkampf aufgeben. [...] Wir sind davon überzeugt, dass Tausende von Kommunisten/innen und Arbeitskämpfer innerhalb und außerhalb der KKE über den Kurs der Partei äußerst besorgt sind.

Wir möchten klarstellen, dass unsere Bewegung keine politische Partei ist. Wir stehen zu unseren Genossen/innen die sich noch innerhalb der Partei befinden [...] Unsere Absicht liegt nicht darin, die historische Rolle, die die KKE gespielt hat, in Frage zu stellen. Unsere Absicht ist es, sicherzustellen, dass der ersichtliche Niedergang dieser Partei, der unausweichlich ist, falls die Parteilührung weiter an diesem Kurs festhält, nicht gleichzeitig den Niedergang jeglicher politischen Organisation der Arbeiterklasse bedeutet. Wir werden nicht zulassen, dass aufrichtige Kommunisten/innen gesenkten Hauptes resignieren und sich aus dem Arbeiterkampf zurückziehen, weil sie aus der Partei ausgestoßen wurden. [...] Die Kommunisten/innen die sich eine authentische aber gleichzeitig praxisorientierte und den heutigen Umständen entsprechende Parteipolitik wünschen müssen sich organisieren und aktiv werden. Sie müssen für ihre Prinzipien kämpfen.

Der Marxismus fordert den Kommunisten zur konkreten Analyse einer konkreten Situation auf – die unreflektierte Reproduktion situations- und epochenübergreifender Thesen/Formulierungen ist mit dem kritischen Geist des Marxismus nicht vereinbar. Nur eine Partei mit einem soliden, aktualisierten Programm, welches sich den heutigen Problemen und Herausforderungen annimmt, kann Perspektive schaffen und ihre historische Mission erfüllen. [...] Die Bewegung „Kommunisten-Arbeiterkampf“ wird mit all ihren Kräften sich für die Erfüllung dieses Zieles einsetzen. Wir appellieren an die Arbeiterklasse, an allen Kommunisten/innen, an die Jugend, für dieses Ziel zu kämpfen. Wir glauben fest daran, dass der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht umsonst war. Was aktuell droht ist jedoch einer schwere Niederlage, die für die Arbeiterklasse verheerende Folgen für die kommenden Jahrzehnte haben wird. Das gilt es zu verhindern.

5. Juli 2014

Ein persönliches Fazit: Die Schilderungen weckten in mir Erinnerungen an Berichte und Schilderungen der Fraktionskämpfe in der KPD zu Zeiten der Weimarer Republik. Die Mittel und Methoden der KPD-Führung gleichen denen des KKE-Vorstandes im heutigen Griechenland. Auch die Konsequenzen der sektiererischen Taktik scheinen mir ähnlich.

Fast alle GesprächspartnerInnen, die wir im Verlauf unseres Griechenlandbesuches trafen, waren sich darüber einig: Nach drei Jahren erfolglosen Anrennens gegen die Spardiktate konzentrierten sich die Hoffnungen vieler Menschen auf einen greifbar scheinenden Regierungswechsel. Unter einer SYRIZA-geführten Regierung würden sich zudem die politischen Spielräume für den gewerkschaftlichen Kampf als auch für die sozialen Initiativen erweitern, so viele der Aussagen. Der Regierungswechsel müsse allerdings begleitet werden durch eine breite außerparlamentarische Mobilisierung. Nur so wäre gewährleistet, dass eine solche Regierung nicht gegenüber der Macht der Troika einknickt und sich SYRIZA zu einer erneuerten Variante der PASOK entwickle.

Meines Erachtens könnte die KKE in dieser Lage eine vorantreibende Rolle spielen. Voraussetzung wäre, dass sie ihren sektiererischen Kurs aufgibt und die Abwehrkämpfe gemeinsam mit allen Kräften des sozialen und politischen Widerstandes führt. Auch der strikte

Abgrenzungskurs und die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit SYRIZA müsste zu Gunsten eine Politik der Einheitsfront aufgegeben werden. Darunter verstehe ich das Angebot, eine durch SYRIZA geführte Regierung zu unterstützen oder sich an ihr zu beteiligen – mit der Forderung, die im SYRIZA-Wahlprogramm angekündigten Sofortmaßnahmen auch praktisch umzusetzen. Eine solche Taktik würde nicht nur den linken Flügel von SYRIZA stärken – auch die KKE würde neue Anhänger und Wähler hinzugewinnen.

Etliche Tatsachen, wie der innere Zustand der Regierungskoalition und die Anfang nächsten Jahres anstehende Wahl des Staatspräsidenten, lassen Neuwahlen im nächsten Frühjahr wahrscheinlicher werden und damit auch ein Wahlsieg von SYRIZA. Damit wäre aber noch nichts gewonnen, denn die internationalen Kräfteverhältnisse, die Abhängigkeiten Griechenlands von den internationalen Gläubigern, blieben davon zunächst unberührt. Ich halte es für ausgeschlossen, dass die Vertreter der Troika die Wahl einer Linksregierung durch Zugeständnisse bei ihren Sparauflagen und Diktaten honorieren werden. Sie werden eher versuchen mit Hilfe der innergriechischen Opposition (von den Anhängern der ND bis hin zur faschistischen Rechten) diesem Experiment ein Ende zu bereiten. Die derzeitige Schmutzkampagne, die Dämonisierung der Opposition, zeigen wie polarisierend die innenpolitischen Debatten von den Regierungsparteien geführt werden. Vom ersten Tage an wird also eine mögliche Linksregierung unter enormen Druck von Außen und Innen stehen. Ob sie diesem Druck standhalten kann, hängt von Faktoren ab, die sie zwar beeinflussen aber nicht selbst schaffen kann. Eine Voraussetzung, um dem Druck standhalten und um den eigenen Spielraum erweitern zu können, ist die schon angesprochene außerparlamentarische Mobilisierung – als Unterstützung und zugleich als Kontrolle der eigenen Regierung. Die zweite Voraussetzung ist das Echo, das im übrigen Europa hervorgerufen wird. Als isoliertes nationales Experiment kann ich mir eine Linksregierung auf Dauer kaum vorstellen. Wenn in anderen Ländern der EU die innenpolitische Stabilität durch verschärfte Klassenauseinandersetzungen gefährdet würde, wäre dies die beste Unterstützung für eine Linksregierung in Griechenland.

Sollte eine mögliche Linksregierung am Widerstand ihrer innen- und außenpolitischen Feinde scheitern oder in der völligen Anpassung enden, würde die Stimmung wohl umschlagen. Enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen fördern die Resignation und Passivität. Nicht die Kritiker von SYRIZA auf der linken, sondern die reaktionären und faschistischen Kräfte würden gestärkt daraus hervorgehen. Das Scheitern einer Linksregierung wäre eine historische Niederlage mit langfristigen Konsequenzen. Der Kurs der KKE-Führung wird weder den aktuellen Anforderungen der Klassenauseinandersetzungen noch den drohenden Gefahren gerecht.

Andi



Graffiti in Athen

Treffen mit Kostas und Tassos von den Naturfreunden

(Naturefriends Greece, ΦΙΛΟΙ της ΦΥΣΗΣ)

Kostas Foteinakis stellte die Arbeit der NaturFreunde Griechenlands vor. Die NaturFreunde Griechenlands kümmern sich sowohl um Umwelt- als auch um soziale Probleme und sind im Kampf gegen Nazis (goldenen Morgenröte) aktiv. Sie sind Mitglied im Netzwerk „Solidarity for all“. Zur Zeit bereiten sie eine Kundgebung auf dem Syntagma-Platz am europäischen Aktionstag gegen TTIP am 11. Oktober 2014 mit vor.

Athen,
Mittwoch, früher Abend,
1.10.2014

Sie engagieren sich u. a. gegen Euratom, die geplante Privatisierung der Strände, für eine ökologische Abfallentsorgung, gegen die Zerstörung der Wälder, gegen den Goldabbau in Skouries, gegen Privatisierung und gegen den Kahlschlag im Gesundheitswesen. Sie haben in Athen am Marsch gegen den Klimawandel teilgenommen.

Privatisierung der Strände? Was ist da geplant?

Noch muss der Strand für jeden zugänglich sein. Alle 5 Meter muss die Möglichkeit bestehen, an den Strand zu gelangen. Den Hotelbetreibern gefällt das natürlich überhaupt nicht. Sie versuchen, dieses Gesetz so zu ändern, dass der Strand vor dem Hotel nur noch von Hotelgästen betreten werden kann. Ein neues Gesetz soll die Bebauung der gesamten griechischen Küste ermöglichen; illegal errichtete Gebäude sollen legalisiert werden. In Griechenland haben die Pläne einen Proteststurm entfacht und es gab eine Petition dagegen. 200 unterschiedliche Gruppen, unter ihnen die griechischen NaturFreunde, haben diese unterschrieben. Viele Griech_innen können sich schon keinen Urlaub in Griechenland mehr leisten. Das geplante Gesetz würde ihnen auch noch den Zugang zu den Stränden verwehren. Einige der schönsten Strände Griechenlands stehen bereits auf einer Verkaufsliste.

Die NaturFreunde Griechenlands haben ca. 300 aktive Mitglieder. Sie finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Im März 2014 stellte Bruno Lampasiak von den NaturFreunden Deutschlands in Griechenland sein Buch "Naturfreund sein heißt Mensch sein: Naturfreunde im Widerstand 1933 bis 1945" vor.

Kostas nannte noch Zahlen aus dem Eurobarometer, das Anfang September 2014 zum Thema „Einstellungen europäischer Bürger_innen gegenüber der Umwelt“ erschienen ist. An der Untersuchung haben 28.000 europäische Bürger_innen teilgenommen, darunter 1.000 Griech_innen. Im Durchschnitt interessieren sich 95 % der Befragten für Umweltprobleme; in Griechenland sind es 97 %. Sie halten Umweltschutz persönlich für wichtig und finden, dass mehr getan werden müsste. Und das trotz der Krise. Die griechischen NaturFreunde sehen trotz der Krise eine eher positive Tendenz in Griechenland, was den Umweltschutz und ökologische Probleme betrifft.

Sie veröffentlichen regelmäßig Artikel in der Zeitung "Avgi", in der monatlich über Umweltfragen berichtet wird. Die NF Griechenlands arbeiten zusammen mit: Syriza, den Grünen, Alpha Kappa, Diktio.

Mehr Infos: <http://www.nfgr.org> <http://naturefriends-gr.blogspot.de/>

Brian

Syriza – eine Systempartei?

Athen,
Sonntagabend
28. September 2014



Nach einem anstrengenden Tag trafen wir uns auf dem Hoteldach zur Diskussion über die politische Situation mit unseren Freunden Damon, Eurydike, Vassia und Nikos. Damon, ein alter politischer Fahrensman, eröffnete das Gespräch: Syriza sei eine Systempartei. Im parlamentarischen System wechseln sich eine progressive und eine konservative Partei in der Regierung ab, sobald die jeweils andere sich abgenutzt habe. Das bürgerlich-kapitalistische System bleibe dabei unangetastet. Bisher waren das die PASOK und die Nea Demokratia, die aktuelle Regierungspartei (in Koalition mit der PASOK). Da die PASOK abgewirtschaftet habe, werde Syriza demnächst von den herrschenden Kräften an die Macht gelassen und übernehme so die ehemalige PASOK-Position. Syriza werde aus einer linken Kraft zu einer an das System angepassten Partei. Syriza stütze sich vor allem auf die noch privilegierten Beschäftigten im Öffentlichen Dienst; privilegiert seien sie deshalb, weil sie noch einen sicheren Job mit einem festen Gehalt hätten, im Unterschied zu den meisten Beschäftigten im Privatsektor oder den Arbeitslosen. Syriza mache zu viele Versprechungen, die sie nicht halten können und werde so zu einer noch größeren Enttäuschung führen, was einen Schwenk der Wähler nach ganz rechts auslösen werde. Die Alternative wäre eine Partei, die den Menschen über die düstere Lage reinen Wein einschenke, sie aufkläre, keine Versprechungen mache, sich selbst nicht als Retter aus den Nöten präsentiere und sich organisch mit der Volksbewegung verbinde.

Damons provokanter Einstieg löste eine intensive Diskussion aus: Auch wenn Syriza an der Regierung sei, gehe der Kampf ja weiter. Die aktiven Widerstandsbewegungen innerhalb und außerhalb der Partei würden ja weiter kämpfen. Deshalb sei eine Vorhersage über die Entwicklung von Syriza gar nicht zu treffen, da der Ausgang dieses Kampfes offen sei.

Die heutige Situation sei nicht vergleichbar mit den Zeiten vor der Krise. Damals konnte das von Damon richtig beschriebene Wechselspiel funktionieren, weil das kapitalistische System noch ausreichend Spielräume geboten habe. So hätten die Parteien an der Regierung ihre jeweilige Wählerklientel noch befriedigen können. Diese Spielräume gebe es heute nicht mehr. Entscheidend sei die Stärkung der realen Widerstandsbewegung und nicht die Fixierung auf die Parteien.

Wenn Syriza an die Regierung komme, werde es darauf ankommen, ob die Menschen den Kampf aufnehmen, machtvoll auf die Straße gehen und so die Regierung zwingen in ihre Richtung zu gehen.

Es komme heutzutage gerade nicht darauf an, dass sich eine Partei organisch mit der Volksbewegung oder Arbeiterbewegung verbinde. Das habe einmal die griechische Vergangenheit gezeigt, wo die Gewerkschaften fest mit der PASOK verbunden waren. Aber auch das deutsche Beispiel lehre das, als unter der SPD-Schröder-Kanzlerschaft die Agenda 2010 durchgesetzt wurde. Die Arbeiterbewegung war organisch über die Gewerkschaften mit der SPD verbunden und war wehrlos gegenüber diesem Angriff auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Es komme gerade darauf an, dass die Widerstandsbewegungen sich eine weitgehende Unabhängigkeit, eine „solidarische Distanz“ gegenüber den Parteien bewahrten, so dass sie weiterhin aktionsfähig bleiben, auch wenn eine progressive Partei an die Regierung komme.

Für jede linke Bewegung bzw. Partei sei es entscheidend, welche Perspektive sie habe, um das Land aus der Krise zu führen. Nur eine realistische Perspektive mache es möglich, dass die Massen bereit sind Opfer zu bringen und eine Führung zu akzeptieren. Eine solche Perspektive gebe es im Moment für Griechenland nicht. Griechenland habe weder eine Perspek-

tive innerhalb der Eurozone und der EU, was die letzten Jahre zeigten, in denen die Regierung Samaras auf diesen Weg gesetzt und die Menschen ins Elend geführt habe. Noch gebe es außerhalb der Eurozone oder gar der EU eine Perspektive, dafür sei Griechenland viel zu klein und ökonomisch viel zu schwach. Griechenland brauche Unterstützung von anderen Bewegungen in anderen EU-Ländern, die sich auch dem Troika-Diktat widersetzen. Solche Kräfte seien aber derzeit nicht zu sehen. Eine Syriza-Regierung könne bestenfalls versuchen, solange sie in Europa alleine bleibe, etwas bessere Bedingungen für den Schuldenabbau auszuhandeln. Das alleine sei schon sehr, sehr schwierig, würde aber etwas Erleichterung verschaffen.

Syriza werde von manchen wie ein Messias gesehen, was sie aber gar nicht sein könne. Und wenn sie kein Messias sei, dann werde ihr das vorgeworfen. Syriza sei der Ausdruck eines widersprüchlichen Prozesses, der nicht zu Ende sei, wenn sie an die Regierung kommen sollte.

Tribunal gegen die Troika?

Die Gruppe war heute nachmittag/abend in Keseriani und Perama. Ich ging mit Angela von attac Hamburg, die auch gerade in Athen ist, zu einem von ihr organisierten Treffen bei solidarity4all. Außer uns waren acht GriechInnen da, fast alle MitarbeiterInnen in solidarischen Kliniken. A. stellte einen Vorschlag vor, den sie in einer kleinen attac-Gruppe entwickelt haben, nämlich ein Tribunal zur Troika-Politik nächstes Jahr in Berlin zu veranstalten. Schwerpunkt soll Griechenland sein. Mir kam es so vor, dass bisher außer der Idee und der Bereitschaft zum Engagement einiger weniger nicht viel dahinter steckt. Was mir bei der Diskussion auffiel: A.

entwickelte, dass das Tribunal möglichst nach einer von ihr erwarteten Regierungsübernahme von Syriza im Februar/März 2015 stattfinden sollte, um Syriza zu unterstützen. Da gab es sofort breiten Widerspruch. Viele Menschen in den Solikliniken begreifen sich nicht als Syriza-Unterstützer, sondern legen Wert auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit. Deshalb bestanden sie darauf, dass ein mögliches Tribunal möglichst das ganze solidarische und linke Spektrum umfassen solle. A. war ganz überrascht, sie hatte nicht mit diesem heftigen Widerspruch gerechnet. Für sie ist klar, dass eine Syriza-Regierung auf jeden Fall unterstützenswert ist, wenn man den Menschen in Griechenland helfen will. Aber in vielen solidarischen Strukturen, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, ist es ganz klar, dass sie kein Parteiprojekt sind und nicht von einer Partei geführt oder organisiert werden wollen. Das haben sie die ganze Zeit gehabt und das hat sie in die Misere gebracht. Deshalb beharren sie strikt auf ihrer Unabhängigkeit und Überparteilichkeit als notwendiger Basis ihrer Zusammenarbeit.



Graffiti in Athen

Manfred

Reisenotizen von Angela

In einer Bar fragt mich ein junger griechischer Lehrer: "Wie ist Griechenland heute im Vergleich zu früher?" Ich sage: "Früher haben wir in Griechenland Ferien gemacht." Wann werde ich jemals wieder so unbeschwert sein?

In unserem Hotel in Exarchia dauert der Lärm selbst nachts an. Schreie, Trommeln, Fetzen von Rap Musik, übertroffen vom Geräusch der Motorräder. Ein Wunder, dass ich überhaupt mitunter eine Mütze Schlaf bekomme. Einmal ein melancholischer, rhythmischer Gesang im Wechsel mit den Lauten eines Blasinstruments, kommt mir passend vor zu den traurigen Vorgängen im Land.

Das Hotel hat eine Veranda. Dort kann man gemütlich mit einem Kaffee von der Ecke sitzen. Hier treffe ich am ersten Abend A., die aktiv ist in der Solidarklinik Exarchia und die ich im Frühjahr kennengelernt habe. A. ist von Beruf Übersetzerin, sie spricht fließend Deutsch. Sie war lange arbeitslos und damit auch nicht versichert. Jetzt hat sie eine Arbeit, aber was für eine! Für einen griechischen Verlag übersetzt sie ein Buch, dafür sitzt sie Tag und Nacht drei Monate lang am Computer. Am Ende bekommt sie 1000 Euro.

Wir gehen über die Platia von Exarchia, voll mit jungen Leuten, ein süßlicher Duft von Wasserpfeifen weht in meine Nase. Wir biegen ein in eine ruhige Straße, links und rechts villenartige Häuser, mit Plakaten beklebt. A. erzählt mir, die Bewohner von Exarchia hätten die Drogenhändler vertrieben. Wie? Einfach durch Nachbarschaftsversammlungen, Kulturaktionen auf der Straße. Ich sehe noch die Transparente.

Ich frage sie, ob wie eine Kleinigkeit essen gehen wollen. In diesem Moment habe ich ganz vergessen, dass sie gar kein Geld hat. Wie selbstverständlich es für mich ist, immer Geld für dies und das zu haben. Es ist mir peinlich, dass ich nicht gleich gesagt habe, ich wolle sie einladen. Wir reden über ihre Arbeit, über die Weltlage, die nicht gerade fröhlich stimmt.



Graffiti in Athen

Sie kritisiert an Syriza, die Partei hätte mehr für die Massenbewegung tun müssen, stattdessen habe sie sich auf die Wahlen konzentriert. Ihre Hoffnung ist die "Gesellschaft", ich denke, sie meint die Solidarität der Armen, die Kraft der Schwachen.

Am nächsten Morgen trifft sich die Reisegruppe auf der Terrasse des Hotels Exarchion. Vorstellungsrunde. Ein bunt gewürfelter Haufen von linken Gewerkschafter/innen. Sie machen schon schon dritten Mal so eine Reise, sind miteinander vertraut. Es herrscht ein lockerer Ton. Ich fühle mich dazu gehörig, obwohl ich das offiziell gar nicht bin.

Mein Hauptanliegen ist ja das Tribunal gegen die Troika. Das heißt, ich will unsere Idee des Tribunals einigen Aktivistinnen vorstellen und sie um ihre Mitarbeit bitten. M. wird mich unterstützen, indem er protokolliert. Am Abend gehen wir zum Büro von Solidarity4all, nur zehn Minuten vom Hotel. Kommt überhaupt jemand? Doch, doch, so allmählich kommen alle an, Q. von der Solidarklinik Piräus, Th. von der Klinik Nea Smirni, ein weiterer Aktivist von Nea Smirni, F. von der Schule für Einwanderer und A., die beim Übersetzen hilft.

Ich stelle unser Programm vor und erwähne auch eines unserer Anliegen: Wir wollen Syriza im Falle einer Regierungsübernahme unterstützen. Ich hatte angenommen, dass dies für gut und richtig befunden würde. Doch gerade das stößt bei den meisten Anwesenden auf

Bedenken. Einige meinen, wir sollten uns nicht abhängig machen von einer möglichen Regierungsübernahme. Denn viele Solidaritätsstrukturen hätten mit Syriza nichts zu tun. Selbst A. meint, wir sollten uns nicht auf Syriza festlegen, sondern von einer Anti-Austeritäts-Regierung sprechen. Das Ganze wird von Q. zugespitzt auf die Frage: **Wollt ihr Syriza helfen oder wollt ihr helfen, die Lage in Griechenland zu verbessern?**

Syriza wird offensichtlich von den meisten nicht als die Kraft gesehen, die Entscheidendes für die Lösung der Probleme tun kann. Th. meint, wichtiger wäre es, einen Zusammenschluss vieler linker Gruppen europaweit zu erreichen. Dagegen wirft Eu. ein, wenn die griechische Neuverhandlung der Schulden beginnt, dann sei das ein Weg, der unterstützt werden müsse.

Der Vertreter der Einwanderschule in Piräus bemüht sich, einen anderen Ton anzuschlagen. Er meint, unser Projekt sei sehr wichtig. Es ginge dabei nicht nur um die Anklage, sondern ganz wichtig seien die Alternativen zur Austeritäts-Politik. Sie wollten überlegen, wie sie durch Zeugnisse aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beitragen können. Sie wollten Daten sammeln über die Solidarkliniken, die Migrantenschule, die Arbeitslosen-gruppe. Am Ende verabreden wir, dass wir von Hamburg aus eine Gruppe zusammenstellen, die das Tribunal organisiert.

Am selben Tag, an dem wir uns bei solidarity4all trafen, hat sich ein Mensch in Piräus selbst verbrannt.

Noch am nächsten Tag bin ich verwirrt und frage M. und Eu. nach ihrer Wahrnehmung. M. meint, die solidarischen Gruppen wollten nicht mit Syriza identifiziert werden, weil ihnen häufig vorgeworfen würde, sie wären "Syriza-Gruppen". Sie wollten die Solidarbewegung offen halten. Eu. sagt, natürlich werden sie das Tribunal unterstützen. Sie grenzten sich von Syriza ab für den Fall eines Scheiterns.

Trotzdem bleibt mir unklar, warum Syriza in Widerspruch zu den sozialen Bewegungen gesehen wird. Weiß ich doch, dass viele gerade dort aktiv sind. Und – was wäre die linke Alternative zu Syriza ? Welche andere Kraft gibt es, die Austeritätspolitik zu beenden ? Ein Scheitern von Syriza, so eine Aktivistin der antirassistischen Koordination, wäre das Ende einer linken Politik für Jahrzehnte.

Ich habe an mehreren Treffen der Reisegruppe teilgenommen. Am stärksten hat mich das Treffen mit Vertretern der Basisgewerkschaften beeindruckt. Die Lage der Arbeitnehmer ist verheerend, Rechtlosigkeit, Ausbeutung, Unternehmerwillkür bestimmen das Bild. Besonders empörend finde ich, dass in vielen Bereichen Sonntagsarbeit ohne Zuschläge eingeführt wurde. Bei 12 Stunden täglicher Arbeitszeit – was für ein Leben!

Trotzdem sind nur wenige organisiert. Im Bereich der Gastronomie gibt es nur 310 Mitglieder, und davon sind 20 Personen aktiv. Die RednerInnen machen trotzdem keinen verzweifelten Eindruck, sie organisieren Aktionen direkt vor den Betrieben, um die schlimmsten Dinge zu verhindern, zum Beispiel unbezahlte Arbeit.

In den Pausen oder beim Warten vor den Treffen gibt es viele Gespräche untereinander. Da gibt es viele unterschiedliche Positionen bis hin zur Ablehnung des Staates schlechthin. Einer sagt, Angela Merkel kenne nur Samaras, aber sie kenne nicht den Mut und die Unbeugsamkeit vieler Griechen.

Ja, darauf setze ich auch.

Unsere Veranstaltung im Polytechnikum

Athen,
Mittwochabend,
1.10.2014

In der Vorbereitung auf unsere Reise hatten wir die Idee auf einer öffentlichen Veranstaltung unsere Gruppe und unsere Praxis vorzustellen. Dabei wollten wir in eine Diskussion über Möglichkeiten der Zusammenarbeit kommen. Unsere griechischen Freunde organisierten einen Hörsaal im Polytechnikum, die „Zeitung der Redakteure“ und auch ERT open veröffentlichten den Termin und wir hatten auch selbst im Vorwege unseren Einladungstext auf Griechisch bei unseren Treffen verteilt.



Das Polytechnikum

Vor der Veranstaltung führten Nikos und Giorgos uns über das Gelände des Polytechnikums. Hier hatten im November 1973 Studenten das Gebäude besetzt um ihre demokratischen Rechte durchzusetzen. Diese ließ mit Panzern und Militär das Gebäude stürmen und richtete unter den Besetzern ein Massaker an. Im Nachhinein zeigte sich, dass dieses Ereignis der Beginn des Endes der Militärdiktatur war.

Aus wikipedia:

„Am 14. November besetzten einige tausend Studenten das Polytechnio in Athen. Andere versammelten sich in weiteren Universitätsinstituten. Alle Studenten forderten, dass sie ihre Vertretung selbst wählen durften. Die Wahlen sollten am 4. Dezember 1973 abgehalten werden. Papadopoulos zögerte zunächst, da sich der Direktor und der Senat des Polytechnio hinter die Studenten stellte und selbst der Erziehungsminister zu vermitteln suchte.

In den nächsten Tagen schlossen sich Tausende von Arbeitern und jungen Leuten den Studierenden an. Am 15. November „gegen 20 Uhr stieg die Zahl auf etwa 15.000. Dem Leitungskomitee wurden zwei Arbeiter und ein Schüler assoziiert.“

Am 16. November besetzten auch in Thessaloniki und Patras jeweils ca. 1.000 Studenten Institute ihrer Universitäten. Am Nachmittag ordnete Papadopoulos den Einsatz der Armee in Athen an. Nachdem das Gelände des Polytechnio von der Polizei abgeriegelt worden war, setzten sich um 22.30 Uhr Militäreinheiten mit 10 Panzern und drei gepanzerten Mannschaftstransportwagen in Richtung Zentrum in Bewegung. Inzwischen war der Vorhof des Polytechnions voll von Studenten. Es kam zu verzweifelten Verhandlungsversuchen, doch um ein Uhr früh am 17. November walzte ein Panzer das Eingangstor nieder.(...)

Die im späteren Prozess gemachten Angaben über die Opfer schwanken. Danach hatte es zwischen 700 und 1.000 Verhaftete, zwischen 180 und 200 Verletzte und 23 Tote gegeben. Bei der Polizei soll es weniger als ein Dutzend Verletzte gegeben haben, von denen keiner Schussverletzungen hatte. Nur ein Polizist war ernsthaft verletzt. Die Unruhen gelten allgemein als ‚Aufstand der Studenten‘, doch zeigt eine Zuordnung der Verhafteten bei der Niederschlagung in der Nacht des 16. auf den 17. November, dass die Beteiligung weit umfassender war: ‚Nur 49 Studenten stammten vom Polytechnion. 268 Studenten gehörten anderen Athener Universitätsinstitutionen an. 74 waren Schüler und 475 Arbeiter.‘“

Der Ort war also durchaus historisch, ob das später auch über unsere Versammlung gesagt werden wird? Gekommen waren außer uns etwas über 30 Griechen über den Abend verteilt, also nicht schlecht, aber auch nicht überwältigend.

Fünf von uns waren vorne und stellten unsere Gruppe vor und das, was wir hier in Athen und in Deutschland machen. Carsten erläuterte dann, dass man Punkte des gemeinsamen

Kampfes finden müsse. Die Diskussion begann etwas schwerfällig und es kamen Nachfragen zu einzelnen konkreten Punkten. Achim vom Athener Flüchtlingsnetzwerk fragte z.B. wie unsere Arbeit in den verschiedenen europäischen Flüchtlingsinitiativen und –netzwerken aussehe. Ein anderer meinte, dass es letztlich doch bei Geldspenden bleibe.

Andy führte dann aus, dass wir zweierlei versuchten. Zum einen auf betriebliche und gewerkschaftliche Zusammenhänge einzuwirken und dort über die griechischen Entwicklungen zu informieren. Das gebe es bisher kaum. Zum anderen Initiativen gegen Wohnraumsverdrängung, Zwangsräumungen, für Unterstützung von Flüchtlingen zu verbinden. Wir seien keine Konkurrenz gegen bestehende Inis, im Gegenteil, je mehr es davon gebe, desto besser.

Bei unserem Besuch bei den Metro-beschäftigten sei aber klar geworden, dass die Problem in Griechenland und Deutschland ähnlich seien: Ausgliederung, Privatisierung usw. Gerade auf dieser konkreten Ebene wäre eine Koordination der Beschäftigten sinnvoll.

Der beste Beitrag von internationaler Solidarität wäre natürlich, wenn die deutschen Beschäftigten ihre herrschende Klasse unter Druck setzen würde. Das wäre natürlich wesentlich effektiver als unsere Reise und unsere Geldspenden.

Dann drohte die Versammlung zu entgleisen. Eine Frau, die jetzt in Rente ist, aber lange in Deutschland lebte, drückte ihre Verbitterung darüber aus, wie sie immer wieder die abfälligen Bemerkungen über „die Griechen“ habe hören müssen, dass sie zu faul seien, keine Steuern bezahlten usw. Das sei das eigentliche Problem. Sie wollte mit ihrem Klagelied gar nicht mehr aufhören.

Wir hatten natürlich alle das Gefühl, dass wir eigentlich die falsche Adresse sind, denn wenn wir diese Vorurteile teilen, wären wir ja gar nicht hier. Aber wir konnten das irgendwie nicht rüberbringen

Dann trat Rainer aus Zürich auf. Er komme aus der Schweiz, einem der reichsten Länder der Welt. Reich deshalb, weil das Fluchtgeld der Reichen in den dortigen Banken gebunkert werde. Vermutlich seien die Schmiergelder von Siemens und anderen Konzernen an griechische Politiker direkt nach Zürich überwiesen worden. Aber die Schweiz sei gleichzeitig das Land, indem es mehr Tote durch Selbstmord gebe als durch Verkehrsunfälle. Offensichtlich mache der gesellschaftliche Stillstand die Schweizer so depressiv, dass das Land eine der weltweit höchsten Selbstmordraten habe. Wenn er jetzt nach Griechenland komme und hier die kämpfenden Putzfrauen und andere kämpfenden Menschen sehe, dann sei das für ihn ein einziges Antidepressivum!

Damit war das Eis gebrochen, er hatte genau den richtigen Ton getroffen, denn was die Frau ausdrückte, war ein verbreitetes Gefühl unter den normalen Menschen hier. Sie fühlen sich durch die Berichterstattung in den ausländischen Medien und durch persönliche Erlebnisse zutiefst in ihrer Würde verletzt.

Dies sprach dann auch ein Taxifahrer an, der von der Veranstaltung gehört hatte und gekommen war. Er höre oft von Nordeuropäern, die er im Taxi zu Luxushotels chauffiere, abschätzig Bemerkungen. Es sei schön zu sehen, dass es auch andere Deutsche gebe. Er erzählte dann von seinem Dorf, wo sie gegen die Privatisierung des Strandes und des Zugangs zum Meer kämpften.



Gedenktafel für die Opfer des Aufstandes neben dem, von Panzern der Militärjunta niedergewalzte Eingangstor

Danach wurden dann Ideen eingebracht, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbreitert werden könnte.

Giorgos aus Pérama meinte, europäische Zusammenarbeit sei letztlich ihre einzige Hoffnung.

Christos von solidarity4all meinte, Griechenland sei zwar einerseits ein neoliberales Labor, andererseits der Ort, wo soziale Kämpfe erneuert würden. Deshalb zahle Nordeuropa an Griechenland, damit die Krise dort bleibt. Politische und materielle Solidarität sei möglich und notwendig. Und so wie der Streik der griechischen Putzfrauen ein internationales Echo ausgelöst habe, könnten auch deutsche betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe in Griechenland aufgegriffen werden.

Céline berichtete von dem aufkommenden Rassismus in Frankreich gegen Deutsche in letzter Zeit. Deshalb seien internationale Begegnungen und Solidarität wichtig, um zu sehen, dass es überall Armut gibt. Die internationale Zusammenarbeit sei zwar anstrengend, aber man dürfe sie nicht der Bürokratie überlassen.

Für Kalle ist der Aufbau des Kontakts zwischen griechischen und deutschen GewerkschaftskollegInnen deshalb wichtig, um sich konkret auszutauschen; nicht nur, dass wir erfahren, was in Griechenland los ist, sondern auch dass wir die Strategien des deutschen Kapitals vermitteln. So können die Griechen klarer sehen, was auf sie zukommt, z.B. was in Deutschland für eine (Privatisierungs-)Politik im Gesundheitswesen getrieben wird. Hier kann man Erfahrungen im Widerstand austauschen.

Danach gingen wir noch als riesige Gruppe gemeinsam in ein Restaurant. Da wir die Griechen und ihre Gastfreundschaft schon kannten, hatten wir unter uns verabredet, dass wir auf jeden Fall die Rechnung bezahlen wollten. Dies müssten wir aber heimlich anstellen, sonst würden sie uns zuvorkommen. Ich schlich mich also nach einiger Zeit zur Kasse und bat um die Rechnung. Da sah mich ein Grieche mit dem Geldbeutel an der Kasse stehen. Sofort waren fünf Leute um mich, hoben mich hoch und trugen mich weg. Ich hatte keine Chance!

Manfred



Das unvemeidliche Ende intensiver Siskussionsabende

Die Reise nach Livadia, zur Aluminiumhütte in Agios Nikolaos und nach Distomo

Arbeiterzentrum Livadia

Am Donnerstag um 9 Uhr stand unser Reisebus bereit uns nach Livadia zu bringen. Als erstes wollten wir zum Arbeiterzentrum fahren um dort Jannis Stathas, den Vorsitzenden des Arbeiterzentrums, zu treffen. Wie auch letztes Jahr war Jannis derjenige, der uns eine komfortable Reise ermöglichte indem er uns den Reisebus organisierte.

Jannis ist seit 2012 für Syriza als Abgeordneter im Parlament. Er ist auch stark an der gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland interessiert, denn Jannis war auch bei den Gegenbesuchen in Salzgitter und schaute sich das Stahlwerk und das VW-Werk dort an. Zwar ist Jannis jetzt Politiker, aber vor allem war er 15 Jahre lang Arbeiter in dem Aluminiumwerk in Agios Nikolaos und kämpfte für die Arbeiterrechte über zwölf Jahre lang.

Deswegen hat er es sich dieses Jahr nicht nehmen lassen, wieder mit uns zum Alu-Werk rauszufahren. Doch bevor es zum Aluminiumwerk geht, haben wir gefühlte fünf Minuten Zeit um uns etwas auszutauschen und auf den neuesten Stand zu bringen, noch bevor die lokalen Medien gerufen und ein kleines Interview aus dem Ärmel geschüttelt wird. Vorher will Jannis von uns wissen, wie es in Deutschland mit dem Streikrecht ist. David erzählte ihm von dem anstehenden DGB-Treffen am Wochenende, bei dem die Themen Tarifeinheit und Streikrecht genauer diskutiert werden sollen. Doch er erklärt ihm auch, dass es in Deutschland mit dem Streikrecht auch nicht so weit her ist. Jannis wirkt dabei etwas verärgert. Ich kann ihn verstehen.

Uns interessierten dann noch die gesprühten Symbole der „Goldenen Morgenröte“ am Arbeiterzentrum und welche Bewandnis es damit auf sich hat: Ist der Einfluss der Goldenen Morgenröte in Livadia gewachsen, gibt es zunehmenden Vandalismus und Gewalt gegenüber dem Arbeiterzentrum? Jannis winkt ab, es wäre bloß eine psychologische Zermürbungstaktik der Chrysi Avgi. Die Macht der Faschisten habe in Livadia nicht zugenommen. Zudem sei es hier ein spezieller Fall, weil das Arbeiterzentrum für die Entschädigung für Distomo durch die deutsche Regierung kämpft und die faschistische Partei in dieser Region die Notwendigkeit der Reparation nicht einsieht und negiert. Deswegen die Graffitis, aber eine wirkliche Bedrohung gebe es nicht, es sei nur das Klaffen einer Trethupe. So klein wie gedacht sollte das Interview dann doch nicht werden. Nachdem Jannis telefoniert hatte, waren nach zehn Minuten die ersten beiden Reporter da und danach auch gleich die nächsten beiden mit einer riesigen professionellen Kamera, die auf der Schulter hockte wie ein dunkles seelenfressendes Techno-Ungetüm. Mir war der Aufwand höchst unangenehm. Zum Glück konnte der Rest der Reisegruppe hinaus, während die beiden Interviews von Manfred und Ulrike gehalten wurden.

Manfred gab ein kurzes Statement zu unserer Motivation nach Distomo zu fahren und äußerte sich zu unserer Solidarität mit den Menschen, die für die Entschädigung kämpfen, und Ulrike berichtete über uns als Reisegruppe und unsere Projektarbeit.

Da wir einen knappen Zeitplan hatten, war nach einer halben Stunde der Aufenthalt im Arbeiterzentrum vorbei und wir sputeten uns um zur Aluminiumhütte zu kommen.

**Livadia,
Agios Nikolaos,
Distomo,
Donnerstag,
02.10.2014**



Mit Jannis im Arbeiterzentrum von Livadia

Aluminiumhütte

Der Weg dorthin war einfach malerisch. In Richtung des Golfes von Korinth führen wir steile Serpentinaugen entlang, gesäumt von Hügeln voller Olivenbäume und Sträucher, und ab und an konnten wir Höhlen in den Felshängen erkennen, die wahrscheinlich von früheren Arbeitern als Behausungen genutzt wurden.



Teile des riesigen Aluminiumwerkes (links), auf dem Weg aus dem Betriebsratsbüro (rechts)

Schon vom weiten konnten wir den Stahlkoloss mit seinen Schornsteinen, Bohrern und Transportbändern erkennen. An der Schranke angekommen, kam uns ein Wächter hektisch aus dem Wachhäuschen entgegen geeilt und wies uns zur Seite. Es dauerte eine kurze Weile, bis wir endlich passieren konnten, von Weitem konnten wir das Signalhorn eines Krankenwagens hören. Im Büro der Betriebsgewerkschaft wurden wir dann darüber aufgeklärt, dass kurz vor unserem Eintreffen ein Unfall stattgefunden hatte, ein kaputtes Druckventil hatte zu einer Explosion geführt, doch zum Glück war keiner dabei verletzt worden.

Im Büro der Betriebsgewerkschaft trafen wir den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft, seinen Stellvertreter, weitere Mitglieder und natürlich Jannis, der gesprächsbereit am vorderen Tischende saß. Im Gespräch mit den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft und Jannis erfuhren wir, dass die Firma „Aluminium of Greece“ einzelne Bereiche outsourct hatte. Zu den Arbeitern, die jetzt von anderen privaten Firmen angeheuert wurden, gehören das Putzpersonal, die Hausmeister und das Sicherheitspersonal. Ungefähr 600 Arbeitsplätze wurden fremdvergeben. Die Zahl der Festangestellten beträgt rund 1200 Arbeiter.

Arbeiter im Werk sind in zwei Gewerkschaften organisiert, die Leiharbeiter können sich nur innerhalb einer eigenen Subunternehmergewerkschaft organisieren. Dadurch haben sie kaum Möglichkeiten zu streiken oder sich mit den festangestellten Arbeitern zu solidarisieren.

Letztes Jahr wurde erwähnt, dass das Alu-Werk die wenigsten Lohneinbußen in der Industrie hatte. Dieses Jahr hatte ich das Gefühl, dass über konkrete Zahlen nicht gesprochen wurde, ja, es habe auch Kürzungen bei den alten Verträgen gegeben, aber nicht so gravierende. Die Neuestellten bekämen allerdings teilweise sogar 50% weniger als noch vor einigen Jahren. Doch ich kann mich nicht erinnern genaue Zahlen gehört zu haben.

Während der Diskussion zeigte mir ein Arbeiter mit einer ziemlich sympathischen Langhaar-Irokesen-Frisur gehärtete Aluminiumreste, die als Symbole des großen Streiks im Büro auslagen. Damals hatten die Arbeiter flüssiges Aluminium auf die Fahrbahn gegossen um die Produktion zum Erliegen zu bringen.

Der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft befand sich damals noch als einfacher Arbeiter auch in einem zehntägigen Hungerstreik und musste danach ins Krankenhaus gebracht werden. Doch alles in allem scheinen die großen Themen wie Zuschläge wegen gesundheitsschädigender Arbeit und Gefahrenzuschläge vom Tisch zu sein.

Jedes Mal, wenn der Vorsitzende sich zu einem Punkt äußert, fährt Jannis ihm galant über den Mund und beendet meist das Argument für ihn. Ein bisschen finde ich es schade, denn ich möchte zwar Jannis die Kompetenz als ehemaliger Arbeiter im Alu-Werk nicht absprechen, aber über die momentane Situation hätte ich gerne schon mehr von den jetzigen Arbeitern gehört.

Ansonsten haben wir erfahren, dass die einst umsonst zur Verfügung gestellten Arbeiterhäuser jetzt für die Festangestellten mit einer symbolischen Jahresmiete von ca. 20 Euro belegt wurden und eine Haus- und Grundstückssteuer vom Einkommen abgebucht werden würde. Arbeiter der Subunternehmen müssten mtl. ca. 150 Euro Miete zahlen.

Auf die Frage nach Gesundheitsschäden oder Unfällen im Werk berichtete Jannis vergnügt, was er bei seinem Gegenbesuch in Salzgitter an Sicherheitsvorkehrungen gesehen hätte, habe auf ihn um einiges gefährlicher als hier in Livadia gewirkt.

Uns interessierte auch die Absicherung der Arbeiter nach einem Unfall. Es scheinen von der Gewerkschaft für längere Arbeitsausfälle Löhne den Arbeitern gezahlt zu werden. Doch auf die Fragen, wie lange und wie es mit der Invaliden- und Frührente oder Sicherung der Familie nach einem tödlichen Unfall aussehe, wurde immer nur gesagt, dass die Gewerkschaft die Familien und Arbeiter unterstütze, doch wie genau die Firma ihre Arbeitnehmer absichert, wurde mir in dem Gespräch nicht so richtig klar.

Danach ging es zur Rundfahrt durch das Werk mit einem Kollegen, der uns zu den einzelnen Produktionsschritten Genaueres erzählen konnte. Wir sahen die separaten Schritte der Produktion von Aluminiumoxid aus dem Rohstoff Bauxit, was durch Aufschließen in



*Im Gespräch
mit dem Betriebsrat*

Natronlauge gewonnen wird und wichtig für die Endproduktion von Aluminium ist. Auf die Frage, wie lange er denn glaube, dass Rohstoffe für die Produktion vorhanden seien, sagte er ganz trocken, dass es höchstens für weitere 30 Jahre reichen würde, dann wäre das Bauxit aufgebraucht.

Bei vielen von uns kamen Bilder einer Geisterstadt vor das innere Auge, wenn wir an das Arbeiterdorf dachten, von dem uns Jannis vorher noch berichtete, dass sie dort auch ihre eigene Fußballmannschaft hätten und auch sonst alles da wäre, damit die Familien sich dort wohl fühlten. Doch wie wohl werden sie sich in 30 Jahren dort fühlen?

Bei keinem der vorbei laufenden Arbeiter konnte ich Schutzmasken entdecken, aber die ganze Landschaft, alle Auto, Häuser, Fabrikanlagen waren von einem zinnberroten Staub bedeckt. Unser Führer bestätigte mir dann das, was ich schon befürchtet hatte, die ganze Landschaft war mit Bauxit-Staub bedeckt.

Und als wir nach der Tour rausfahren, begleitete uns der Staub noch Kilometer lang an den Bäumen und Straßenrinnen aus dem Aluminiumwerk Richtung Distomo hinaus.



*Die Reisegruppe mit
Kollegen der Aluminiumhütte
in Agios Nikolaos*



Die Gedenkstätte in Distomo

Distomo

Schon auf dem Weg zur Gedenkstätte wurde mir ganz mulmig in der Magengrube. Wir mussten durch das Dorf hindurch fahren um zur Gedenkstätte zu kommen und auch an dem Platz, wo die Menschen versammelt und bestialisch erschossen und massakriert wurden.

Die Gedenkstätte selber ist in einem modernen architektonischen Stil gehalten. Dies alles kommt mir surreal und abstrakt vor. Es geht etwas den Hang hoch, dann kommt auf der linken Seite ein Marmorrelief, welches den Tag des Massakers in Bildern festhält. Von rechts nach links aufgereiht eine Geschichte, welche mich Wut und Schande und vor allem Machtlosigkeit fühlen lässt und ein Unverständnis, warum bis heute Deutschland nicht bereit ist seine Schuld und Schande einzugestehen und Entschädigung zu leisten.

Hier ist auch der Heimortort von Jannis, der bei dem schrecklichen Massaker der Waffen-SS am 10. Juni 1944 den Großteil seiner Familie verlor (er selber wurde später geboren).

Und während wir auf dem Hügel stehen, auf dem das Monument errichtet wurde, und Jannis lauschen, der diesen Tag nochmal mit Worten aufleben lässt und von den Partisanen erzählt, die gegen die Faschisten kämpften und von den Dorfbewohnern geschützt wurden, worauf als Rache die Waffen-SS die Bewohner des Dorfes kaltblütig umbrachten, starre ich auf die steinerne Tafel, auf die Namen und das Alter der Ermordeten, die dort eingraviert für die Ewigkeit stehen. Jannis sieht dies und zeigt mir die Namen seiner Familienmitglieder: Es sind um die 15 Personen. Zwei- und Vierjährige sind dabei. Eigentlich gibt die Tafel preis, dass drei Generationen ausgelöscht wurden.

Bei manchen Namen stehen bis zu 25 Personen. Der Kloß in meinem Hals wird immer dicker, denn ich sehe auch die Namen von denen, die noch nicht mal ihre Augen richtig geöffnet hatten. Die jüngste Ermordete war ein Mädchen von gerade mal zwei Monaten. Und im Hintergrund lässt der Wind die Schnur an den Fahnenmast knallen, so dass ein monotones Klingeln ertönt, wie ein Warnsignal, das uns mahnen soll.

Doro



Auf unzähligen Tafeln sind die Namen der Opfer des Massakers eingraviert



David, Hakan und Dimitris

Selbstverwaltung bei VIO.ME

Thessaloniki,
Freitag,
3. Oktober 2014

Politischer Tourismus scheint aktuell die Haupteinkommensquelle der verbliebenen 22 Arbeiter von vio.me zu sein. 2011, als die Besitzer, einfach untergetaucht waren, waren sie noch 65 Arbeiter, die sich für eine Wiedereröffnung des Baustoffwerkes einsetzten. Heute geben sich Solidaritätsgruppen die Klinke in die Hand. Wir selbst sind eine davon. Bereits in den Projekten in Athen waren die Reinigungsmittel von vio.me überall präsent. Dimitris Koutamatsioulis empfängt uns. Nach kurzen Scherzereien, kommt er gleich auf den Punkt: „Wir haben nicht ewig Zeit, um 14.00 Uhr kommt die nächste Gruppe.“ Dennoch werden wir zu Tee und Kaffee eingeladen. Da das Werksbüro zu klein für unsere Gruppe ist sitzen wir im Hof der Fabrik. Es geht relativ detailliert um die Aktuelle Situation. Wie genau es um den Betrieb steht ist dennoch schwierig zu erfahren. Der Eindruck, der bleibt ist, dass die Geschichte des Erfolgs von vio.me für sie selbst bedeutsamer ist, als für die Gruppen, denen sie erzählt wird.



Ökonomisch ist es nicht gut um den Betrieb bestellt. Das hat sehr unterschiedliche Gründe. Sie können sich derzeit 15 Euro am Tag auszahlen. Vio.me konnte die im Betrieb gelagerten Bestände an Baustoffen nicht verkaufen. Sie werden weiterhin mit Prozessen von den vormaligen Besitzern überzogen. Und sie haben im Sinne einer anzustrebenden nachhaltigen und ökologisch sinnvollen Wirtschaft die Produktion von Baustoffen auf Reinigungsmittel und Seifen umgestellt. Ein weiterer Grund für die Umstellung der Produktion war, dass sie viele Grundstoffe hätten importieren müssen, was für sie nicht möglich war. Bis vor einem drei-viertel Jahr hatten sie keine gültige Rechtsform, so dass sie ihre Produkte nicht offiziell verkaufen konnten, sondern nur innerhalb solidarischer Projekte vertreiben konnten.

Im Gespräch bemüht sich Dimitris die Verwirrungen, die immer wieder entstehen, wenn es um zeitliche Abläufe der Klagen, der beiden Besitzer la farge und der Familie Filipou geht, zu erläutern. Es ist schwierig, da eine ganze Reihe juristischer Fachbegriffe übersetzt werden müssen. Vio.me hatte zuvor alle Prozesse gewonnen. Allerdings gab es jetzt schon wieder einen Prozess gegen sie, von dessen Existenz sie zunächst nicht einmal wussten. Sie erfuhren erst davon, als eine Gerichtsvollzieherin zum Pfänden kam. Als diese wiederum von der Geschichte von vio.me erfuhr, legte sie ihr Mandat sofort nieder – dies ist eine Anekdote, die Dimitris gerne erzählt.

Bereits im April 2014 konnten sie eine Genossenschaft gründen, was ihnen ermöglicht ihre Produkte nicht nur offiziell in Griechenland zu vertreiben, sondern auch in Deutschland. Zum Schluss erhalten wir noch eine Werksführung. Der produzierten Menge entsprechend ist derzeit alles im Handbetrieb. Auf großen Platten liegt die Vorstufe für die Seifen aus, die dann in Formen gepresst und in einem Wärmeraum getrocknet wird. Die Qualität überwacht ein italienischer Chemiker, der darüber hinaus prüft, ob alle Inhaltsstoffe aus biologischem Anbau kommen. Noch viel wichtiger als die Produktion ist den *vio.mes* die politische Vernetzung geworden. Wie sie nicht müde werden zu betonen braucht es viele *vio.mes*, damit sie politisch und ökonomisch überleben können.

Solidarische Klinik in Thessaloniki

Wir wurden großzügig zum Mittagessen eingeladen von den MitarbeiterInnen der solidarischen Klinik. Hier erfahren wir, dass es dort inzwischen eine Arbeitsgruppe gibt, die sich mit Komplementärmedizin / Naturheilkunde beschäftigt. Sie wollen unabhängiger von der Pharma- und Medizinindustrie sein und ein anderes Medizin- und Gesundheitsverständnis entwickeln. Sie haben angefangen, ärztliche Anamnesegespräche gemeinsam mit einem Psychologen beziehungsweise mit einem Psychotherapeuten zu führen und die Erfahrung gemacht, dadurch viel schneller oder überhaupt auf den Kern gesundheitlicher Probleme zu stoßen. Diesen Psychosomatischen Ansatz wollen sie ausbauen. Sie berichten, dass es trotzdem schwierig sei. Da wie sie es sagen, das Verhältnis zwischen Arzt und Patient ein magisches ist. Der Arzt soll den Patienten retten. Die Beziehung ist eine therapeutische Beziehung und so etwas brauche Zeit. Das Problem, was jemand hat, muss erst zur Ruhe kommen. Erst wenn der Stress sich abgebaut hat, kommt die soziale Beziehung. Die von den Patienten geforderte Mitarbeit gestaltet sich schleppend. Dennoch arbeiten sie weiter daran, das Arzt-PatientInnen-Verhältnis weniger hierarchisch zu gestalten und die Selbstverantwortung der PatientInnen zu stärken.

Auf dem Weg zur Klinik werden wir auf das Büro der „Goldenen Morgenröte“ in unmittelbarer Nachbarschaft zur Klinik aufmerksam gemacht. Vor diesen haben sie keine Angst, unter anderem weil der linke Fanklub des Fußball Erstligisten von Thessalonikis sich solidarisch erklärt hat und im Falle von faschistischen Übergriffen selbst eingreifen und sie unterstützen würde.

Die Solidarische Klinik Thessaloniki befindet sich in einem unscheinbaren Gebäude, dass an ein Plattenbauprovisorium der 1970er Jahre erinnert. Täglich werden hier etwa 55 PatientInnen kostenlos behandelt und es werden mehr. Selbst die umliegenden Krankenhäuser schicken nicht versicherte Patienten hierher, berichtet eine der Ärztinnen. Das Projekt ist zu 100 Prozent ehrenamtlich organisiert. 120 ÄrztInnen und Ärzte und 80 weitere Menschen, die sich um die Verwaltung, die Logistik kümmern sowie Krankenschwestern und ArzthelferInnen beteiligen sich daran. Die Arbeitsbereiche sind nicht festgeschrieben. Es wird uns eine ehemalige Sekretärin vorgestellt, die in der Klinik zur Zahnarzthelferin ausgebildet wurde. Sie berichten darüber hinaus, dass rund die Hälfte der Behandlungen zahnärztliche sind, etwa 50 ZahnärztInnen mitsamt ihren jeweiligen HelferInnen arbeiten ehrenamtlich dort.

Die Klinik hat täglich von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr und am Nachmittag von 17.30 bis 22.00 Uhr geöffnet. Das Gespräch ist kurz, denn kurz nach fünf Uhr kommen bereits die ersten Patienten. Wir sitzen zusammen mit Eva und einer ihrer Kolleginnen im Wartezimmer. Nur ist dies der Flur, weshalb alle dort durchgehen müssen. Im Behandlungszimmer nebenan

Thessaloniki,
Freitag,
3. Oktober 2014



bereitet eine der Zahnärztinnen die nächste Behandlung vor, während wir mit der Soligruppe und zwei Ärztinnen des Projekts im Wartebereich sprechen. Sie schaut zu uns herüber und fragt lachend, ob sich jemand von uns behandeln lassen möchte.

Für diejenigen, die in den letzten beiden Jahren nicht mit der Reisegruppe das Projekt besucht haben wird seine Geschichte noch einmal kurz vorgestellt. Gegründet wurde die Klinik bereits vor der Krise, um Flüchtlingen eine Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Mit der Wirtschaftskrise und dem Spardiktat kamen immer mehr GriechInnen, da das Gesundheitssystem in Griechenland weitgehend zusammengebrochen war. Die Dramatik schildert eine Ärztin anhand zweier Beispiele. Anhand eines Jugendlichen mit Diabetes und eines 50-jährigen mit einem Herzinfarkt. Die Behandlung von Diabetes war bisher in Griechenland bisher kein Problem. Ohne Krankenversicherung, konnte ein Jugendlicher allerdings kein Insulin bekommen. Er würde innerhalb von drei oder vier Tagen sterben müssen.

Ein zweites Beispiel, dass sie anführen ist, dass weil die meisten älteren Menschen immer noch krankenversichert sind, würde der Herzinfarkt eines Siebzigjährigen behandelt, ein fünfzig Jähriger würde an den Folgen sterben, da dieser ohne Krankenversicherung keine Behandlung bekommen kann. Diese Tatsache bezeichnen sie als staatlichen Mord. Grundsätzlich verfügen die Solidarischen Kliniken über genügend Medikamente. Bis auf onkologische Präparate und eben solche Insulin-Produkte, sind sie offenbar in ausreichender Menge verfügbar. Viele Menschen bringen tütenweise Medikamente vorbei, die sie selbst nicht brauchen.

Zwischenzeitlich hat es wohl von staatlicher Seite den Versuch gegeben, die solidarischen Kliniken offiziell einzubinden /sie zu funktionalisieren, dies wurde aber abgelehnt.

Finanziert wird das Projekt durch Spenden. Staatliche oder kirchliche Gelder wollen sie nicht annehmen, um unabhängig zu bleiben. Die Autonomie ist ihnen sehr wichtig, so dass es für diejenigen, die sich in der Klinik engagieren nicht möglich ist eine Bescheinigung über ehrenamtliches Engagement zu bekommen. Niemand soll seine Karriere auf die Arbeit

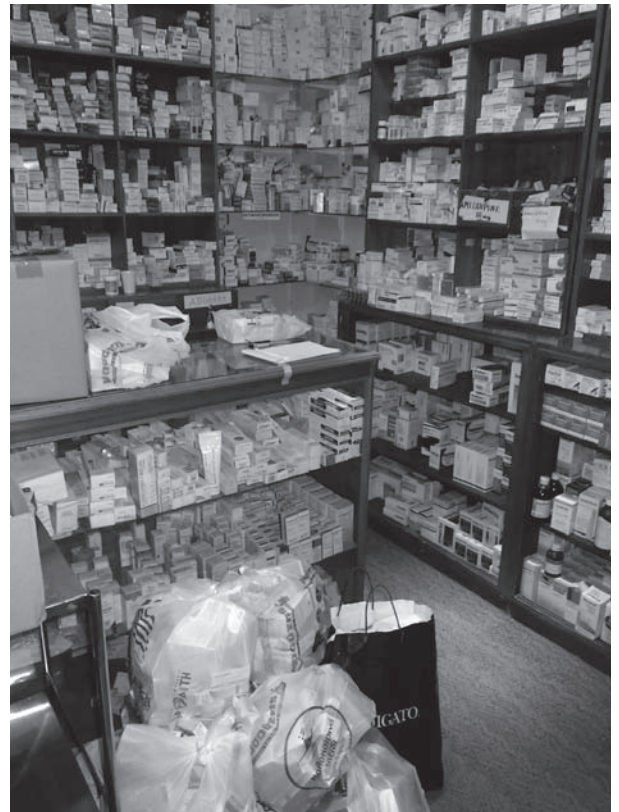


*Gespräch im Wartezimmer
der solidarischen Klinik*

in der solidarischen Klinik stützen können. Die eigene Spendenstrategie orientiert sich am Kunst- und Kulturbereich. Sie machen Ausstellungen, es gibt einen Kalender der solidarischen Klinik und sie veranstalten Konzerte.

Ein ärztlicher Mitarbeiter der Klinik, er gehört dem linken Syriza-Spektrum an und ist ansonsten als Allgemeinmediziner tätig, berichtet uns, dass sie von einer Whistleblowerin einer Berliner Public-Health-Institution darüber informiert wurden, dass Mitte des Monats die Gesundheits-Taskforce der Troika nach Thessaloniki kommen wird. Vorher soll es ein Treffen der Basisgewerkschaften im Gesundheitswesen geben, um diesbezüglich eine Strategie bzw. Aktionen zu überlegen. Sie wollen uns auf dem Laufenden halten. Sie teilen unsere Einschätzung, dass es der Troika um eine vollständige Deregulierung der bestehenden Strukturen geht, um im Anschluss ein komplett marktförmiges Gesundheitswesen implementieren zu können.

Gegen Ende der Reise haben wir das Glück, an einem Soli-Open-Air-Konzert für die Klinik teilnehmen zu können. Es wurde von den MitarbeiterInnen organisiert. Zwei sehr bekannte griechische Liedermacher und ihre Bands treten unentgeltlich auf. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Bereits nach kurzer Zeit ist der große Platz voll mit vielen jungen, aber auch älteren Menschen, viele müssen der Musik von draußen zuhören. Nachdem die Kassen schon geschlossen sind kommen die Leute von draußen und fragen: „Wo können wir bezahlen?“ Fast alle Lieder werden mitgesungen, wir verstehen die Texte leider nicht, es geht aber offenbar nicht nur um politisches, sondern auch um Liebe, Natur und was sonst noch so wichtig ist. Die Stimmung ist berührend und gleichzeitig sehr entspannt, wir sind bis zum Ende um 2.30 dabei...



Die Apotheke der Klinik

Cordula und Ulrike K.

Keine Drogen auf dem besetzten Ifanetgelände

Am Freitag Abend haben einige von uns noch das besetzte Fabrikgelände Ifanet in Thessaloniki besucht. Die frühere Textilfabrik mit einer Fläche von 19.600 m² wurde besetzt, nach dem es mehrere Jahre bereits leer stand. Im Mai 2014 feierte es seinen zehnten Geburtstag. Nach anfänglichen 15 bis 20 BewohnerInnen sind aktuell nur 2 Personen, die dort wohnen. Es treffen sich trotzdem viele Menschen dort zu Konzerten, Partys oder als organisierte Strukturen. Im großen Seminarraum trifft sich aktuell ein Unterstützerkreis, der aktiv gegen die rassistischen Bürgerinitiativen der Nachbarschaft vorgeht, die gegen ein geplantes Heim für syrische Kriegsflüchtlinge hetzen. Auch der Bezirksbürgermeister des Stadtteils engagiert sich gegen den Mob, aber aus finanziell-taktischen Gründen, da die EU viele Gelder für den Ausbau solcher Unterkünfte zur Verfügung stellt, wie uns dortige AktivistInnen erzählen.

Neben einer politischen Struktur hat sich dort schon seit Beginn der Besetzung ein Umfeld von BMX'ern gebildet, die eine Hälfte der ehemaligen Produktionsstrecke in kompletter Länge zu einem Bikepark ausgebaut haben. Die Leute von Ifanet finden es super, dass sich Leute in Eigenregie den Raum nutzbar machen, sagen aber, dass es sich bei diesen Leuten

Thessaloniki,
Freitag,
3. Oktober 2014

um sehr unpolitische Menschen handelt. Sie interessieren sich nur für ihre Räder und es gibt wenig bis gar keinen Kontakt zu ihnen, weshalb es mit ihnen mehr parallel läuft.

Der obere Bereich des Hauses bietet einen großen Sportraum für das Selbstschutz-Training, mehrere kleine Schlafräume für Bands und Gäste und einen großen Seminarraum. Wir nutzen „Trampelpfade“ zwischen Müll und Bauschutt, um auch noch einige Keller- und Außenbereiche zu besichtigen. Die Leute von ifanet weisen uns darauf hin, dass wir vorsichtig sein sollen, da immernoch viele Nadeln von Junkies herumliegen, die das Gelände vor den Besetzern nutzten. Auf unsere Frage, wie es um den Drogenkonsum in der griechischen Linken bestellt ist, antworten sie, dass Drogen von Gras bis Heroin nicht toleriert werden. Sie gelten als Weichmacher, die politische Bewegungen schwächen. Seit dem Beginn der Wirtschaftskrise sei ein dramatischer Anstieg von Drogenabhängigen und – Toten zu verzeichnen. Sie erklären uns, dass man mit Joint zwar nicht gleich rausgeworfen würde, aber sie fordern auf, den woanders zu rauchen. Unter den Anwesenden, die zu einer Party ins ifanet kamen, schien keiner Drogen zu nehmen, außer den legalen, also Alkohol.

Alles im allen war das ein sehr schöner Ort mit viel genutztem Potenzial. Endlich wieder etwas subkultureller Flair und viele sympathische Menschen, auch wenn leider nur zwei Personen den Squat wirklich zum Leben benutzen. Auf unsere Frage hin, warum eigentlich nicht so viele Squats existieren und hier nur so wenige wohnen, sagten sie, dass viele bei ihren Eltern oder in großen Wohngemeinschaften wohnen, um sich die Miete zu teilen. Ansonsten wären die Mieten einfach nicht so hoch – und Wagenplätze sind einfach zu „punkermäßig“.

ERT – open in Thessaloniki

Thessaloniki,
Freitag,
3. Oktober 2014

Seit anderthalb Jahren bekommen sie kein Gehalt mehr und kämpfen weiter. Um ihren Job, um ihr Einkommen und ihre Perspektive. Nach der Schließung haben sie noch vier Monate ihr Gehalt überwiesen bekommen. Dann konnten sie ein Jahr lang Arbeitslosengeld beziehen.

Eleutheria von ERT-open Thessaloniki erzählt, dass sie irgendwann einen Vertrag vorgelegt bekamen, den sie nicht unterschrieben. Sie sollten faktisch als Wachschutz wieder eingestellt werden. Die Ministerin für Medien bediente sich eines ganz eigenen Tricks, berichtet Eleutheria weiter. Das gesamte Technische Equipment in den Sendestationen wurde persönlich auf die einzelnen Techniker versichert, so dass diese persönlich für Schäden aufkommen müssten. Auf diese Weise wurde die ehemaligen Angestellten gezwungen das Sendebauwerk besetzt zu halten. Seit dem können sie keine Kameras für die Berichterstattung mitnehmen. Sie könnten keine davon ersetzen. Für den neuen Staatssender Nerit zu arbeiten kommt für sie dennoch nicht in Frage. Ihre Hoffnung ist, dass die Europäische Rundfunk Union (EBU) mehr Druck auf die griechische Regierung macht und den neuen Staatssender weiterhin nicht anerkennt. Für die EBU existiert derzeit in Griechenland kein öffentlich-rechtlicher Sender. Eine Protestnote ging an Samaras, es nicht rechtens war ERT zu schließen, da es keine alternative gab. Eleutheria betont dann noch, dass der Regierungseinfluss bei Nerit noch viel massiver ist, als es bei ERT war. Zudem sei der Sender gar nicht arbeitsfähig. Vier der sieben Produktionsleiter haben mittlerweile gekündigt. Das Programm bestehe in weiten Teilen aus Archivmaterial von ERT.

So können sie nur noch mit kleinen Privatkameras filmen. Es gibt aber viel Unterstützung. Insbesondere von Dokumentarfilmern, die ihnen das Material kostenlos zur Verfügung





*Ulrike, Danae und Hans
auf Sendung*

stellen. Programm kommt auch von der Universität für Cineastik. Sie selbst können nur noch mit privaten Kameras filmen. Es interessieren sich viele Kollegen für die Situation von ERT aus England, Frankreich, Spanien, Italien oder Norwegen. Es kamen keine Kollegen aus Deutschland.

Das Publikum von ERT hat sich seither verändert. Waren es vorher eher ältere Leute, die ERT geschaut haben, ist es heute ein jüngerer. Senden können sie aktuell nur übers Internet, weshalb sie keine Einschätzung haben, wie viele Menschen ERT täglich sehen. Sie berichten aus den sozialen Kämpfen, von der Wasserprivatisierung oder vom Streik bei Coca-Cola. Außerdem soll in der Woche nach unserer Abreise eine offene Versammlung stattfinden, bei der Programmwünsche vom Publikum für das nächste Jahr eingebracht werden können. Und es soll eine Finanzierung diskutiert werden. An diesem Abend werden wir am Ende einer Sendung eingeladen. Hans stellt die Gruppe vor und erzählt mit welcher Motivation wir nach Griechenland gekommen sind. Dann stellt der Moderator noch eine Frage: „Würdest du für Faschisten arbeiten?“

Was für ein trojanisches Pferd?

Interview mit Nikos Sverkos von der Zeitung der Redakteure.

Im Rahmen der Solidaritätsreise entstand dieses Interview mit der Genossenschaft der Zeitung der Redakteure, H Efimerida ton Syntakton. Nikos Sverkos, verantwortlich für politische Reportagen, erklärte sich zum Gespräch bereit. Die Fragen stellte für CONTRASTE Ulrike Kumpe.

Setzt die Zeitung der Redakteure Hoffnungen in eine Syriza-Regierung?

Syriza hat als einzige griechische Partei in ihr Programm aufgenommen, dass sie eine nachhaltige Wirtschaft wollen. Sie wollen Genossenschaften unterstützen. Diese Entscheidung ist natürlich für uns interessant. Das ist ein großes politisches Statement. Alle anderen Parteien einschließlich der kommunistischen Partei haben das nicht getan. Die Kommunisten

halten uns ohnehin für ein trojanisches Pferd des Kapitalismus. Und die Regierungspartei Neue Demokratie baut eine Mauer zu uns auf. Wir haben alle Parteivorsitzenden, der im Parlament vertretenen Parteien interviewt nur nicht den Ministerpräsident Samaras. Wir haben es anderthalb Jahre versucht, aber er hat immer abgelehnt. Er denkt wir wären... Sie denken....

...,dass ihr ein trojanisches Pferd des Kommunismus seid?

Ja, genau. Und dabei hat selbst der Parlamentspräsident uns ein oder zwei Interviews gegeben.

Vor einigen Tagen waren einige deutsche Gewerkschafter hier und haben gesagt, dass wir doch nur die Macht für Syriza wollen. Ich habe geantwortet, nein. Wenn Syriza an die Macht kommt, ändert das an der Austeritätspolitik und dem schrumpfenden öffentlichen Sektor erstmal gar nichts. Wir wollen nicht die Regierung stürzen, wir wollen die Politik ändern. Wir wollen einen vollständigen politischen Wandel.

Gibt es in Griechenland eine Abwanderung der Zeitungleser von konservativen hin zu liberalen Zeitungen?

Ich weiß nicht, ob es eine solche Veränderung in Griechenland gibt. Alle Medien arbeiten auf unterschiedliche Weise. Schau dir die Entwicklung der Berichterstattung in Griechenland in den letzten fünf Jahren an, besonders das erste Jahr des Memorandums. Es gab einfach keine Nachrichten, es gab nur Propaganda. Du musst dir vorstellen, das ist ein Beispiel, dass es einige wenige sehr bekannte Journalisten gab, die von der Troika bezahlt wurden oder sie hatten einfach enge Verbindungen zur griechischen Regierung und diese ganze Struktur, das ganze System produzierte einfach nur Propaganda.

Als die Zeitung der Redakteure gegründet wurde, vielleicht sahen die Leute unsere Zeitung da schon als Oase. Mittlerweile haben wir unsere Leser getroffen und sie sagen uns, dass sie die Zeitung als Oase empfinden. Sie sagen uns, dass wir unsere Strategie fortführen sollen, dass wir unsere Prinzipien nicht aufgeben dürfen. Es gibt Menschen, die suchen nach Nachrichten und nicht nach Propaganda.

Wir sind die dritt- oder viertgrößte Zeitung in Griechenland, wir sind eine Genossenschaft. Wir haben mit Korruption zu tun und mit geschlossenen Türen. Wir haben uns während der Krise gegründet. Deshalb ist es eigentlich ein Wunder, dass es uns gibt.

Ich denke, dass die Menschen versuchen andere Wege zu finden, um sich zu informieren, um auf dem Laufenden zu bleiben. Es interessiert sie, was in der Wirtschaft, der Politik, der Kultur oder im Sport passiert. Ich denke nicht, dass es eine Verschiebung speziell hin zu liberalen Zeitungen gibt. Es ist eher so, dass sie nicht für Propaganda bezahlen wollen, sondern für wirkliche Nachrichten.

Diskutiert ihr die Art und Weise, wie Nachrichten gemacht werden?

Wir haben einen Kodex für unsere Arbeit, wenn du das meinst. Wir glauben an die Unabhängigkeit eines jeden Arbeiters und Journalisten in unserer Zeitung. Wir benutzen keine beleidigende Sprache oder Kraftausdrücke. Wir respektieren die Menschen mit ihren Informationen. Wir haben auch einige politische Grundsätze: Wir stehen in Opposition zur Austeritätspolitik. Wir glauben, dass die Belange der Bevölkerung, der Arbeiter und Arbeitslosen zentral sind. Wir glauben an die Notwendigkeit einer ökologischen, nachhaltigen, antifaschistischen und föderalen Welt.

Habt ihr als Genossenschaft ein regelmäßiges Treffen? Habt ihr weitere Treffen, beispielsweise mit dem Auslandsressort? Wie seid ihr intern strukturiert?

Jeden Tag trifft sich der Chefredakteur (Director of the Newspaper) mit den Ressortchefs beispielsweise der Außenpolitik, Kultur, Weltnachrichten. Sie besprechen, welche neuen Nachrichten für uns interessant sind und worüber am Folgetag berichtet werden soll. Sie haben dieses Treffen jetzt gerade. Mehr oder weniger regelmäßig einmal im Monat treffen sich die Mitglieder der Genossenschaft. Auf der Versammlung geht es dann darum, wie wir eine größere Verbreitung der Zeitung erreichen können. Oder ob wir das Layout ändern. Oder wie wir mit dem Internet umgehen. Oder wie wir mit der Genossenschaft selbst umgehen. Einmal im Jahr haben wir eine Generalversammlung. In der wählen wir den Vorstand. Es sind 5 Leute. Die Vorstandsmitglieder treffen sich einmal in der Woche, manchmal auch zwei oder drei Mal. Sie sprechen vor allem über die ökonomische Situation und informieren die monatliche Versammlung. Die ökonomische Situation ist uns allen sehr bewusst. Wenn es Entscheidungen größerer Tragweite zu fällen gibt, ist eine zweidrittel Mehrheit der Genossen notwendig. Wir wollen, dass sich möglichst alle mitgenommen fühlen. Alle bekommen auch den gleichen Lohn, ob Chefredakteur oder Sekretärin.

Dass die Menschen in Griechenland immer ärmer werden oder das Internet benutzen und für Informationen nichts bezahlen, ist das ein Problem für euch?

Ja, das ist ein Problem, oder besser: es ist ein so genanntes Problem. Es ist nicht neu, es ist eine Entwicklung der letzten zehn Jahre. Am Anfang haben sie nicht zum Internet gewechselt, weil es noch zu teuer war. Heute wechseln sie zum Internet, weil es seine Natur ist. Im Internet kannst du exzellente Nachrichten kostenlos bekommen, aber auch jede Menge Schrott. Das Internet zum Nachrichten lesen zu nutzen, ist einfach die nächste Generation. Es gibt allerdings noch einen soliden Kern an Menschen, die eine Zeitung lesen wollen, weil sie davon überzeugt sind, dass in ihr wahrheitsgemäß berichtet wird und sie können Informationen genauso gut herausgreifen, von denen sie denken, dass sie wahr oder real sind.

Außerdem gibt es weitere Insolvenzen. Die Eleftheria, die größte liberale Zeitung in Griechenland musste vor dreieinhalb Jahren schließen. Jetzt ist sie aber zurück. Und wir haben die Zeitung der Redakteure gegründet. Und die Sache ist, dass wir als Wunder betrachtet werden. Was ist passiert? Warum konnten wir uns gründen? Wie kann unsere Genossenschaft funktionieren? Sie können es einfach nicht glauben, wie wir heutzutage in der Krise eine nachhaltige Medien-Genossenschaft gründen können. Das betrachten sie als Wunder. Ich denke, dass die Leute dankbar für unsere Anwesenheit sind. So wie sie dankbar für unsere Anwesenheit sind müssen wir auch dankbar in ökonomischer Hinsicht sein. Das war jetzt nicht sehr marxistisch, aber ich denke, dass wir verstehen müssen, dass wir in einer Welt leben, in der die Bedeutung von freier Presse deutlich schwieriger geworden ist. Viel häufiger ist es eine Show. John Oliver in den USA hat indirekte Werbung aufgedeckt. Er zeigte es an einem Artikel aus der New York Times. Dieser Artikel handelte von Frauengefängnissen in den USA und warum sie nicht gut sind. Der Sponsor des Artikels war netflix.com und wollte das Thema Frauengefängnisse präserter machen, weil es eine neue Soap gab mit dem Titel »Orange ist das neue Schwarz«. Eine Comedy-Serie über weibliche Insassen. Als Bürger und Leser musst du geübt und gut informiert sein, um zu erkennen, was dahinter steckt.

Vielen Dank für das Gespräch Nikos.

Erschienen in CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation,
Nr. 363 – Dezember 2014



SOS Chalkidiki

Chalkidiki,
Samstag,
4. Oktober 2014

Der letzte Tag unserer Reise führt uns zur östlich von Thessaloniki gelegenen Halbinsel Chalkidiki, auf der seit 2012 eine Goldmine im Tagebau entsteht. Hier hatte die Firma Hellas Gold, ein Tochterunternehmen des kanadischen Konzerns Eldorado Gold, 2011 die Schürfrechte erworben. Seitdem wehrt sich die dort lebende Bevölkerung gegen diesen zerstörerischen Abbau und die damit einhergehende Zerstörung von Natur und Vergiftung des Grundwassers. Sie werden deswegen mit heftiger staatlicher Repression überzogen.

Wir starten sehr spät, es ist fast Mittag, als wir mit einem Transporter und einem weiteren PKW Thessaloniki verlassen. Nach einer zweistündigen Fahrt durch eine Hügellandschaft treffen wir auf einer Abfahrt hinter der Ortschaft Palaiochori auf Lazarus Toscar, einen wohl ca. 60 Jahre alten Mann mit grau-weißem Bart, der ehemalige Bürgermeister des Dorfes Megali Panagia. Die Abfahrt scheint erst vor kurzem gebaut worden zu sein. Der Teer ist noch dunkel und nicht von der Sonne ausgebleichen. Lazarus fährt in seinem Fahrzeug voran, es geht hinauf in die bewaldeten Hügel. Nach wenigen Kilometern nähern wir uns einem bewachten Tor mit Ein- und Ausfahrt. Lazarus stoppt sein Fahrzeug mitten auf der rechten Spur direkt vor der Einfahrt des abgesperrten Geländes. Rechts in einer Haltebucht vor dem Tor stehen einige Fahrzeuge. und eine Polizeiauto. Als ich den Transporter rückwärts in die Haltebucht zurücksetzen will, schreitet Lazarus ein und winkt mich und die anderen aus dem Fahrzeug raus. Wir sollen den Transporter genauso vor dem Tor stehen lassen, auch wenn dadurch die Einfahrt blockiert sei. Ich komme seiner Anweisung nach, wenn auch mit einem mulmigen Gefühl, da ich nicht weiß, wie die Sicherheitskräfte und die Polizisten reagieren werden, wenn wir den Zugang zum Gelände zwar nicht blockieren, aber doch etwas behindern. Lazarus dagegen scheint sehr selbstbewußt.

Nachdem sich alle um ihn gesammelt haben, schreitet er an der Spitze der Gruppe mit festem Schritt auf das Tor zu. Niemand hält ihn auf, auch wenn die Sicherheitsleute hinter dem Tor angespannt wirken. Nachdem wir das Tor einige Meter passiert haben, hält Lazarus an und dreht sich zu uns um. Er deutet hinter sich. Dies sei „unser“ Land, ohne Lizenz habe

man hier mit Hilfe der Polizei und der Regierung begonnen zu bauen. Das Gebiet, auf das wir nun blicken würden, sei 30.000 qm groß und 1/10 der Fläche, die „sie“ letztlich zerstören würden. Das gesamte Gebiet sei bewaldet gewesen, die Firma habe alles gerodet. Von unserem Standort könne man aber nur einen kleinen Teil sehen.

Mit anklagender Stimme deutet Lazarus auf die Sicherheitsbeamten, die uns beobachten. 500-700 EUR würden die Mitarbeiter im Monat verdienen. Ich blicke die Männer an. Wenn sie das Gewissen plagt, so zeigen sie es uns gegenüber nicht. Die Gesichter bleiben ausdruckslos. Dann zeigt Lazarus nach rechts: Dort, außerhalb unserer Sicht, entstehe ein 500.000 qm großes Loch, ein offener Tagebau. Hellas Gold habe unweit davon eine Lagerstätte für den Abraum und die aus der Gold- und Zinkgewinnung resultierenden Schlacke errichtet, welcher von 150m hohen Erdwällen umgeben sei. Man gehe davon aus, daß der Regen alles in das Grundwasser und in das Meer spülen werde.

Der ehemalige Bürgermeister führt uns wieder aus dem Gelände heraus und will mit den Fahrzeugen einen steilen mit Steinbrocken und tiefen Spurrillen übersäten Waldweg direkt neben dem Tor hinauf. Ich schüttelte den Kopf. Der Weg ist zwar nicht steiler als viele der Forstwege, die ich während meiner Ausbildung im Harz bewältigen mußte. Aber wir haben nur einen leichten Fiattransporter und keinen Allradantrieb. Zudem möchte ich nur ungern Schäden am Unterboden des geliehenen Fahrzeugs verursachen. Lazarus verzieht die Mundwinkel, als ich den Kopf schüttelte. Also laufen wir den Berg hinaus.

Nach einigen hundert Metern ist der Bürgermeister aus dem Atem. Der Weg ist gesäumt von gelagertem Holz. Der dichte Wald versperrt uns jedoch trotz der erhöhten Lage jegliche Blicke auf den Abbau. Lazarus bleibt stehen und reibt sich den Schweiß von der Stirn. Seit nunmehr 2006 organisieren mehrere Gruppen den Widerstand gegen den Abbau. Jeden Mittwoch gebe es eine Versammlung. Es herrsche eine direkte Demokratie. Beschlüsse würden von allen gemeinsam gefällt und nicht durch eine kleine Führungselite. Fast 80% der Bevölkerung in der näheren Umgebung und seinem Ort seien ursprünglich gegen den Abbau gewesen, während die anderen 20% durch Hellas Gold, deren Subunternehmen oder andere abhängige Firmen angestellt gewesen seien und deswegen offiziell für den Abbau argumentierten. Aber die Krise und damit einhergehende Arbeitslosigkeit hätten ihren Teil dazu beigetragen, die Bewegung und Unterstützung in der Bevölkerung zu spalten. Heute



*Lazarus Tosca, der ehemalige
Bürgermeister von Palaiochori*

sei die Hälfte für, die andere Hälfte gegen den Tagebau. Die Menschen bräuchten die Jobs und das Geld. Anders sei die Situation noch immer in den Dörfern am Meer. Dort seien fast 95% gegen Hellas Gold, weil sie nicht von den Jobs profitieren würden und die potentielle Verschmutzung des Meeres sie als Tourismusorte viel schlimmer treffen würde.

Lazarus deutet auf das gelagerte Holz am Rande des Weges. Die Mehrheit der Bevölkerung nutze den abgeholzten Wald nicht. Die hier eingesetzten Waldarbeiter seien aber vorwiegend aus anderen Orten gekommen, weil die lokalen Forstwirte die Arbeit verweigert hätten. Aber auch andere seien nicht bereits zur Zusammenarbeit. Seine Familie beispielsweise bestehe mehrheitlich aus Mechaniker. Aber trotz guter Angebote durch Hellas Gold und hoher Arbeitslosigkeit würden alle sich weigern, hier zu arbeiten.

Eldorado Gold habe den kompletten Bereich „gekauft“ bzw. das Schürfrecht erworben und sei daher auch autorisiert, die Menschen zu vertreiben und ihre Häuser zu zerstören. Hinter Eldorado Gold stehe der griechischen Bau- und Medienmogul Geórgios Bóbolos, der Berlusconi von Griechenland. Der einzige Unterschied sei, daß Bóbolos keine direkten politischen Ambitionen habe, sondern „nur“ auf diese Einfluß nehme. Der Staat habe ihm die Konzession für den Abbau für lediglich 11 Millionen EUR verkauft. Drei Monate später schätzte man den Wert bereits auf 600 Millionen EUR. Bisher seien Einnahmen von ca. 350 Millionen EUR geflossen. Hellas Gold würde auch keine Steuern zahlen, sondern habe nur einmalig 4 Millionen EUR an die Staatskasse abgeben müssen. Bóbolos, der in Athen lebe, halte 5% an Eldorado Gold und 5% an Hellas Gold. Dies alles sei ein einziges Geschenk der griechischen Regierung an Hellas Gold und Eldorado Gold. Anders als in den meisten anderen europäischen Staaten müßten sich in Griechenland nur drei oder vier Reiche die Macht teilen, sei es im Bereich Müll oder Immobilien. Diese Reichen führen einen Krieg gegen Syriza, weil die Partei ihre Macht beschneiden und ihren Reichtum besteuern wolle. Er selbst sei seit 1985 in der Linken aktiv und zuversichtlich, daß Syriza, sobald sie an die Macht käme, die Verträge mit Hellas Gold aufkündigen würde. Aber auch die BRD profitiere und habe bereits 60 Milliarden Gewinn gemacht. Griechenland schulde Deutschland 350 Milliarden EUR, die bereits alleine 700 Milliarden EUR Zinsen produziert hätten.

Wir gehen zurück zu unseren Fahrzeugen und folgen Lazarus, der wieder voran fährt. Alleine drei Fahrzeuge folgen unserem kleinem Konvoi: uniformierte Polizei, Zivilpolizei



Eine der vielen Polizeisperren

und auch noch ein Fahrzeug mit angestellten Sicherheitsleuten. Wir biegen vom Hauptweg ab und umfahren den Tagebau, bis uns ein Sattelzug mit Auflieger, der gerade am Wege gelagerte Stämme lädt, den Weg versperrt. Lazarus biegt kurzerhand kurz vor dem LKW in eine Sackgasse ab, die direkt am Zaun endet. Wir steigen aus und folgen ihm. Die Bäume um uns herum und diejenigen, die bereits gefällt wurden, seien teilweise 300-400 Jahre alt. Um das Gold abzubauen, würde Hellas Gold ein 250 Meter tiefes Loch mit einem Durchmesser von 750 Metern graben. Die Gold- und Erzader selbst verlaufe bis in eine Tiefe von 900 Metern. Ein Drittel solle mittels Tagebau abgetragen werden, zwei Drittel werde mittels der Bohrungen von unten herausgespült. Der Abbau je Tag belaufe sich auf 25.000 Tonnen. Zudem gebe es neun Bohrungen bis in die Tiefe von 900 Metern. Dadurch bestünde die Gefahr, daß alleine 14.000.000 qm ausgetrocknet werden würde. Der Abbau erfolge, indem 25.000 Tonnen zerkleinert werden. Je Tonne bräuchte man eine Tonne Wasser sowie einen Chemikalienmix. Das Ergebnis sei dann 1g Gold und 5kg Zink. Anders ausgedrückt: Hellas Gold investiert eine Milliarden EUR und mache damit einen Gewinn von 16 Milliarden EUR. In 20 Jahren sei dann alles vorbei. So lange reichen die Ressourcen. Der Anteil der Löhne der 1.000 Arbeiter und Angestellten würde dabei ca. 18 Millionen EUR ausmachen.



Wir folgen Lazarus mit unseren Fahrzeugen heraus aus der Sackgasse, der Sattelschlepper ist fort, der Weg frei. Unser „Geleitschutz“ ist verschwunden. Schon nach einigen hundert Metern passieren wir ein weiteres Tor und halten auf dem Gelände. Knapp 50m Meter hinter dem Tor ist eine Polizeisperre auf der Straße, die mitten auf das Gelände führt, aufgebaut. Dahinter: mehrere uniformierte Polizisten und ihre Fahrzeuge. Ein weiterer Weg führt direkt hinter dem Zaun bergab. Lazarus steigt aus und wir folgen ihm. Der Weg, der bergab entlang des Zauns führt, sei, obwohl auf dem Gelände des Unternehmens gelegen, noch immer eine öffentliche Straße, die einige Privatgrundstücke mit dem Ort verbinde. Darum sei sie noch nicht gesperrt. Aber man baue schon eine Umgehung, so daß auch dieses Tor bald geschlossen werde und die Grundstücke dann über eine alternative Route erreichbar seien.

Als wir uns den Polizisten an der Sperre nähern, tritt einer von ihnen im Alter von Lazarus vor und schüttelt die Hand des ehemaligen Bürgermeisters. Lazarus tauscht einige Worte mit ihm und dreht sich dann zu uns um. Er sei zusammen mit 350 anderen Menschen aus der Region wegen Terrorismus angeklagt. Der Polizist, der ihn damals hatte festnehmen müssen, sei der Sohn seiner Cousine gewesen. Er schmunzelt und deutet auf die Polizisten. Sie seien nicht freiwillig hier, sondern die Kommunalverwaltung bzw. die örtliche Polizeidirektion habe diese Polizisten angewiesen, das Gelände zu beschützen. Sie seien teilweise von hier und hätten sich das nicht ausgesucht. Danae, welche Lazarus Worte die ganze Zeit übersetzt, geht einige Meter vor und fragt, wie weit sie gehen dürfe? Bis hier? Oder noch weiter? Sie macht immer mehr Schritte hinter die Absperrung, aber keiner der Polizisten hält sie auf. Noch weiter? So weit? Sie dreht sich um und lacht.

Wir fahren weiter nach Megali Panagia, dessen Bürgermeister Lazarus früher gewesen ist. Mitten in diesem an den Hügeln gelegenen Ort halten wir an einer Gaststätte. Dort sitzen ein Dutzend Leute des Örtchens und essen Fisch, Salat und Schafskäse. Man lädt uns herzlich ein, gemeinsam zu speisen. Einer der Anwohner, Zacharakis, spricht Deutsch und erzählt uns über einen Halbmarathon, der am nächsten Tag hier als Protestaktion stattfinden solle. 250 Athleten würden teilnehmen. Er lädt uns ein über Nacht zu bleiben. Hans, Wolfgang und {...} nehmen das Angebot begeistert an, da sie noch länger in Thessaloniki bleiben und nicht mit uns anderen zurückfliegen werden. Wir anderen müssen ablehnen.

Sehr spät, die Sonne steht bereits tief, starten wir in Richtung Küste, nach Ierissos. Wir hatten schon am frühen Nachmittag hier sein sollen. Nun ist es bereits dunkel, als wir den Kulturverein SOS Chalkidiki in dem Touristenort betreten. Die Stimmung ist gedämpft und

viel reservierter als bei allen Treffen zuvor auf unserer Reise. Ist man verärgert, weil wir so spät kommen? Haben die ca. 10 Anwesenden vielleicht Stunden gewartet auf uns? Wir entschuldigen uns mehrmals.

Wir wollen wissen, wie viele Gemeinden sich zusammengeschlossen hätten und was ihre Hauptbewegungsgründe gegen den Goldabbau seien. Die Anwohner bestätigen die Zahlen, die uns auch Lazarus genannt hatte: Danach seien mehr als 95% der Einwohner gegen den Abbau. Die hier anwesenden repräsentierten fast 80% der Einwohner des Ortes. Die Kampagne SOS Chalkidiki sei so bekannt geworden, weil sich viele Wissenschaftler gegen den Abbau gewandt hätten. Der gemeinsame Nenner aller wäre der ökologische Moment. Auf diesen könnten sich alle trotz der unterschiedlichen politischen Einstellungen einigen. Trotz vieler Differenzen versuche man zusammenzubleiben. Dabei versuche man unterschiedlichste Mittel. Eines sei Körper gegen Körper, also die direkte Konfrontation mit den Sicherheitskräften. Dies habe aber dazu geführt, daß der Staat Aufstandspolizei aus Thessaloniki angefordert hätte, die auch vor den Häusern der Anwohner keinen Halt machen würden und schon viele selbst nachts durchsucht hätten.

Ein anderes Mittel sei der rechtliche Weg. Die Bewegung nutze jede Möglichkeit, die ihnen geboten würde. Beispielsweise sei man gegen die Lizenz, die der Staat Hellas Gold für den Abbau erteilt hatte, vorgegangen. Letztlich sei der Gerichtsprozeß verloren worden. Die Richterin gab indes zu, daß sie wisse, daß das Urteil moralisch falsch sei, die Rechtslage würde ihr aber keine andere Entscheidung offenlassen. Auch könne man nicht gegen eine Privatisierung vorgehen, weil genau genommen keine solche vorliegen würde.

Könne hier kein Gutachten weiterhelfen? Durch den Konzern bezahlte Wissenschaftler seien in einer Parallelsache zu dem Ergebnis gekommen, daß durch den Abbau keinerlei Gefahr für Mensch und Umwelt bestehen würde. Unbezahlte Wissenschaftler kamen hingegen zu einem gegenläufigen Urteil. Das Gericht stützte sich sodann auf das Gutachten der bezahlten Gutachter. Auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die der Staat durchführte, kam zu dem selben Ergebnis. Aber ist der Staat neutral? Die Troika, so erzählt man uns, habe das oberste Gericht besucht. Dies sei extrem ungewöhnlich gewesen. Nie würde das Gericht politischen Besuch empfangen. Ein solcher, vor allem eine Einflußnahme auf das Gericht, sei verboten. Kurz danach sei die Entscheidung der Richter ergangen, daß der Abbau legal sei. Dies habe das Vertrauen der Leute in den Staat und seine Gerichte schwer erschüttert.

Der Staat würde auch Repression gegen die Anwohner einsetzen. Die Polizei habe die Türen der Häuser Verdächtiger zerstört oder lade Zeugen und würde diese dann einfach als Beschuldigte vernehmen. Was war passiert? Im Februar 2013 wurden viele Baumaschinen auf dem Tagebaugelände in Brand gesetzt und dabei vollständig zerstört. Es entstand ein Millionenschaden. Die mutmaßlichen Verdächtigten kamen aus dem Ort. Im Oktober letzten Jahres wurden dann zwei der verdächtigten Aktivisten in Untersuchungshaft genommen, ein paar Monate zwei weitere. Darauf wurde ein Protestkonzert organisiert. Zu dem Solidaritätskonzert kamen über 40.000 Menschen. Bisher seien aber lediglich zwei der vier wieder freigekommen. Auch die Verhöre von ca. 200 der Anwohner würden den gesamten Ort gegen den Staat aufbringen. Die Polizisten hätten psychische und physische Gewalt eingesetzt und sogar Fingerabdrücke und DNA-Tests genommen. Drei der über 200 verhörten seien unter 18 Jahre alt, fast alle gehören zu der jüngeren Bevölkerung und alle seien schon seit langem dem Widerstand gegen den Tagebau angehörig. Die Polizei habe sie anhand von Spitzeln und Fotos von den Demonstrationen identifiziert und dann vorgeladen oder einfach auf der Straße abgefangen. Teilweise seien die Heranwachsenden 17 Stunden und länger spurlos verschwunden gewesen, ohne daß jemand, insbesondere die Eltern, wußte, wo sie waren. Letztlich seien von den 200 Verhörten mehr als 20 der Brandstiftung

beschuldigt worden. Die DNA-Tests habe man genommen, weil die Polizei angeblich Mützen und Zigarettenstummel gefunden hätten. Nur eine Woche vor der Explosion, die die Baufahrzeuge zerstörte, habe die Firma die Maschinen versichert. Und einen Tag nach dem Brand sei dann alles penibel gesäubert worden. Dieser Vorfall hätte dazu geführt, daß nunmehr fast 350 Leute als Angehörige einer kriminellen Vereinigung angeklagt seien.

Bevor wir zurück nach Thessaloniki fahren, schlagen wir vor, daß Kontakt zwischen der Bewegung in Gorleben und den Aktivisten in Chalkidiki hergestellt werden sollte, weil diese schon seit vielen Jahren verschiedenste Protestformen praktizieren und Erfahrung mit staatlicher Repression haben.



Gesamtspendenbericht

für das Solidaritätskonto „Griechenland-Soli“ (Manfred Klingele-Pape)
für den Zeitraum 2012 bis 2014

3000,-	Soziales Zentrum in Perama
2200,-	Vio.me, besetzter Metallbetrieb, Saloniki
2110,-	Zeitung der Redakteure, Athen
1840,-	Arbeiterzentrum in Livadia
1750,-	Solidarische Klinik, Saloniki
500,-	Solidarische Arztpraxis, Athen
500,-	Obdachlosenzentrum Klimaka, Athen
500,-	Soziales Zentrum Mirmigi, Athen
500,-	Ärzte der Welt, Athen
500,-	Flüchtlingsnetzwerk Diktyo, Athen
500,-	Kämpfende Putzfrauen, Athen
500,-	Selbstverwaltetes Gesundheitszentrum in Athen.
500,-	Soziales Zentrum in Athen.
500,-	Besetzter Campingplatz von Voula.
400,-	Beschäftigte des besetzten Senders ERT, Athen
250,-	ERT Open Athen
250,-	Gewerkschaft der Metrobeschäftigten, Athen
250,-	Basisgewerkschaft Buch und Papier
250,-	Entlassene Schulwächter/Hausmeister (Athen)
250,-	Bürgerinitiative gegen Goldabbau in Chalkidiki
200,-	Damon für Übersetzung
16750,-	Gesamtspendensumme

Der aktuelle (26.1.2015) Stand des Spendenkontos beträgt 1821,61 Euro.

Wir sammeln weiter!

Spenden auf das Solidaritätskonto: Manfred Klingele-Pape, Kto-Nr. 12 11 47 89 10,
Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Stichwort: Griechenland-Soli
(Wer ein bestimmtes Projekt unterstützen will, sollte das in der Überweisung angeben.)



Preis: Spende (3,- Euro aufwärts) zur Finanzierung der Druckkosten
Der Überschuss geht an die in der Broschüre genannten Projekte der Selbsthilfe und des Widerstandes.